

Heft 164

Ausgabe 4 | 2008
ISSN 0170-461
K 5361
5,00 Euro



spw

■ Pro und ■ Contra:
Brauchen wir neue
Kohlekraftwerke?
Stephan Kohler vs. Fabio Longo

»» **Alles gute Arbeit?**

Interview mit Adolf Bauer
Privatisierung sozialer Risiken
ist ein Irrweg

Olaf Struck
Die sorgenvolle Zukunft
der Arbeit

Ottmar Schreiner
Was ist gute Arbeit?

Kurzum | von Thomas Westphal

» Was hat die deutsche Romantik mit den globalisierten Finanzmärkten zu tun? Was sollen seelenlose Zahlen, Ratings, Bilanzen, Derivate, Swap-Geschäfte, Subprime-Kredite etc. schon mit einem Sinn für das Wunderbare, einem beschwingtem, verspielten Geist, einer schwärmerischen Poesie und einer fast postmodern zu nennenden Unbekümmertheit zu tun haben? Das Verbindungsstück heißt Sehnsucht. Sehnsucht, die aus einer gesteigerten Nüchternheit, aus einer künstlichen Ratio und aus einer Welt, die nur noch aus Fragmenten besteht, hervor wächst. Stück für Stück wird in den Kommentaren und den zeitgenössischen Betrachtungen dieser rein ökonomischen Entwicklung des Finanzmarktes und seiner Kultur nun auch der gesellschaftlich-geistige Überbau sichtbar.

Kurzum: An die Seite des „Sachismus“ gesellt sich in prallen Farben das sogenannte „ozeanische Gefühl“.

» Die prägende Erfahrung des drastisch Unstetigen, des ewigen Wandels, dieser aggressiven „nix is fix“ Kultur ruft eine tiefe, fast schwärmerische Sehnsucht nach Rast, nach „geräuschlosem Verschwinden unseres Daseins im Unermesslichen“ hervor. Wer unablässig Projekte, Erfolge, Hoffnungen und soziale Beziehungen begraben muss, der sehnt sich nach einer Form der Unsterblichkeit. Dabei geht es nicht um die Sache eines unsterblichen Lebens nach dem Tode. Es geht um die Partizipation am ewigen Leben im hier und jetzt. Getreu der Beschreibung des deutschen Romantikers Friedrich Schlegel: „Die Unsterblichkeit ist nichts anderes, als mitten in der Endlichkeit eins werden mit dem Unendlichen und ewig sein in einem Augenblick. Eine Erfahrung die Sigmund Freud das „ozeanische Gefühl“ genannt hat. Es ist kein Zufall, dass Schlegel, einer der Begründer der romantischen Gefühlsreligion war. Denn das sich in den ökonomischen und geistigen Eliten bahnbrechende ozeanische Gefühl ist das Fundament jener neuerlichen



↳ Thomas Westphal, Diplom-Volkswirt, spw-Mitherausgeber, er lebt und arbeitet in Weinheim.

Foto: privat

Religionswelle, die sich inmitten hoch rationalisierter Gesellschaften ausbreitet. Diese Religion braucht dabei nicht den klassischen christlichen Apparat des heiligen Schreckens, sie bedient sich schlicht der romantischen Ich-Begeisterung.

Kurzum: Die Dinge des Lebens, auch die täglichen Aufgaben, bleiben wichtig, aber sie relativieren sich vor einem Horizont des Ungeheuren. Sie behalten ihren Ernst, verlieren aber ihre bedrückende Schwere. Das Leben bekommt etwas Schwebendes.

» Ganz so, wie es sich die frühen Romantiker ausmalten, ist Religion heute die Entfaltung schöpferischer Freiheit im Menschen bis zur Selbstvergöttlichung. „Frei ist der Mensch, wenn er Gott hervorbringt“, postulierte Schlegel. Ganz in diesem Sinne ist der heutige Gotteswahn, der sich in unserer Gesellschaft breit macht, zu interpretieren. Religion als Erhabenheit vor der Endlichkeit, als die Suche nach dem Ich, als ganz persönlicher Gott, ist der individuelle Reflex auf eine entsolidarisierte Welt. Religion als Selbstbegeisterung in einer Welt ohne Enthusiasmus mag das individuelle Leben erleichtern, aber es ändert nichts an den Verhältnissen.

Kurzum: Auch in der Form der romantischen Gefühlsreligion, bleibt Religion Opium. Viel Spaß beim Schweben. ■

□ Impressum:

spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft

HerausgeberInnen:

Niels Annen (Hamburg)
 Jutta Blankau (Hamburg)
 Klaus Dörre (Jena)
 Iris Gleicke (Schleusingen)
 Michael Guggemos (Berlin)
 Michael R. Krätke (Amsterdam)
 Uwe Kremer (Dortmund)
 Detlev von Larcher (Weyhe)
 Benjamin Mikfeld (Berlin)
 Susi Möbbeck (Magdeburg)
 Andrea Nahles (Weiler)
 Horst Peter (Kassel)
 Florian Pronold (Deggendorf)
 Christel Riemann-Hanewinkel (Halle/S.)
 René Röspeil (Hagen)
 Ernst-Dieter Rossmann (Elmshorn)
 Sigrid Skarpelis-Sperk (Bonn)
 Thomas Westphal (Dortmund)

Redaktion:

Thorben Albrecht
 Claudia Bogedan
 Björn Böhning
 Cordula Drautz
 Sebastian Jobelius
 Oliver Kaczmarek
 Bettina Kohlrausch
 Anja Kruke
 Lars Neumann
 Dorothea Steffen
 Thilo Scholle
 Inken Wiese

Chefredaktion und V.i.S.d.P.:
 Stefan Stache

Abo-/Verlagsadresse:

spw-Verlag / Redaktion GmbH
 Postfach 12 03 33, 44 293 Dortmund
 Telefon 0231 - 2 02 00 11
 Telefax 0231 - 2 02 00 24
 spw-verlag@spw.de, www.spw.de

Redaktionsadresse:

spw-Verlag / Redaktion GmbH
 Müllerstraße 163, 13353 Berlin
 Telefon 030 - 4 69 22 35
 redaktion@spw.de, www.spw.de

Geschäftsführung:

Robin Baranski
 Hans-Joachim Olczyk
 Eckhart Seidel

Konto des Verlages:

Postbank Dortmund
 Kto. Nr. 32 44 34 68, BLZ 440 100 46

Die spw erscheint mit 8 Heften im Jahr.
 Jahresabonnement Euro 39,-
 (bei Bankeinzug Euro 37,-)
 Auslandsabonnement Euro 42,-
 Abbestellungen mit einer Frist von drei
 Monaten zum Jahresende.
 ISSN 0170-461 - K 5361
 ©spw-Verlag/Redaktion GmbH 2008.
 Alle Rechte vorbehalten.

Gestaltung:

liniezwei Kommunikationsdesign GbR,
 Düsseldorf

Titelfoto:

www.fotolia.de, ©Andreas Bonin

Druck:

Nolte-Druck, Iserlohn
 1.-3. Tausend, Mai 2008

■ Meinung

Die SPD nach dem Bahnkompromiss Franziska Drohsel	4
Deutschland reißt auseinander! Hilde Mattheis	5
Sozialverträgliche Studiengebühren kann es nicht geben Julian Zado	6
Das Rad muss in der Arbeitsmarktpolitik nicht neu erfunden werden Horst Palik	7
Konjunkturausblick: Wachstum schwächt sich ab Wilfried Kurtzke	9
☒ Pro: Brauchen wir neue Kohlekraftwerke? Stephan Kohler	10
☒ Contra: Brauchen wir neue Kohlekraftwerke? Fabio Longo	11
Privatisierung sozialer Risiken ist ein Irrweg Interview mit Adolf Bauer	12

■ ■ Im Fokus: Alles gute Arbeit?

Einleitung zum Schwerpunkt K. Burmeister, B. Kohlrausch, S. Stache	14
Die sorgenvolle Zukunft der Arbeit Olaf Struck	16
Niedriglöhne in Deutschland Thorsten Kalina, Achim Vanselow, Claudia Weinkopf	20
Was ist gute Arbeit? Ottmar Schreiner	25
Gute Arbeit im Niedriglohnssektor Sebastian Jobelius	29
Gute Arbeit – ein Beitrag zur gewerkschaftlichen Revitalisierung? Klaus Pickshaus	32
Aktivieren mit McKinsey geht eben nicht! Gespräch mit Wolfgang Uellenberg van Daven	36
Literaturschau Bettina Kohlrausch, Stefan Stache	40

■ ■ ■ Magazin

Kinderspiel Kapitalismus Alexandra Kramm	41
Stichwort zur Wirtschaftspolitik: Bankenkrise und Regulierung Arne Heise	42
Bahnprivatisierung: Trickreicher Verkauf Armin Duttine, Ralf Höschele	44
Alterssicherung – Erweiterung durch eine steuerfinanzierte vierte Säule Andrea Franz, Anton Schaaß	47
Landtagswahl in Niedersachsen 2008 – Epilog oder Neuanfang? Heiko Geiling	50
Anmerkungen zu einem Nachruf auf Peter von Oertzen Klaus Wettig	54

■ ■ ■ ■ Personen & Positionen

Meldungen: Detlev von Larcher aus SPD ausgeschlossen; Lehren aus Finanzkrise; Positionspapier des Forums DL-21 und der PL 5 Fragen an ... Ulrike Hensel	56 58
--	----------

Die SPD nach dem Bahnkompromiss

von Franziska Drohse

» Die jetzt durchgesetzte Bahnprivatisierung ist Ausdruck dessen, dass es derzeit nicht gelingt, das Bedürfnis für eine linke Politik in der Bevölkerung und an der Parteibasis in reale Politik zu gießen.

Was war passiert? Vor dem Hamburger Parteitag wurde lebhaft über die Privatisierung der Bahn diskutiert. Der Widerstand war groß und eine Grundsatz-Abstimmung in Hamburg über Pro und Contra hätte zu einer Niederlage der PrivatisierungsbefürworterInnen geführt. Aufgrund der Intervention von Kurt Beck gab es in Hamburg eine Mehrheit für den einstigen Kompromiss. Aber auch dieser war letztlich keine Haltelinie! Jetzt finden wir in den Vereinbarungen des Koalitionsausschusses keine Voraussetzung des Hamburger Parteitags erfüllt.

» Das Beispiel Bahn ist symptomatisch für die derzeitige Lage. Die Stimmung in der Öffentlichkeit und in der Bevölkerung hat sich gedreht. Ende der 90er hatten wir als Linke gegen einen neoliberalen Zeitgeist zu kämpfen, der scheinbar überall um sich griff. Damals war es ungleich schwieriger, für linke Positionen zu kämpfen, weil man von allen Seiten die neoliberale Doktrin der Sachzwänge zu hören bekam. Dies ist heute anders! Die Ergebnisse der neoliberalen Ära sind allgegenwärtig und werden mehrheitlich negativ bewertet: soziale Spaltung, mangelnde soziale Aufstiegschancen, prekäre Beschäftigungssituationen, steigende Armut. Heute gibt es eine Mehrheit für mehr soziale Gerechtigkeit. Eigentlich eine ideale Situation für die Linke in der SPD. Wir können jetzt diejenigen sein, die erstens Vorschläge für mehr soziale Gerechtigkeit unterbreiten und diese zweitens auch konsequent umsetzen.

» Derzeit mangelt es sowohl an Vorschlägen als auch an der Umsetzung. Angemessene Antworten auf die gegenwärtigen Probleme sind nicht moralisch aufgeladene Symbol-Debatten über Managergehälter, sondern konkrete Antworten auf die Fragen: Wie kann eine Umverteilung von oben nach unten organisiert werden? Was ist mit dem Spitzensteuersatz und der Erbschaftsteuer? Gibt es darüber hinaus Instrumente? Wie kann Verarmung verhindert werden und ein menschenwürdiger Umgang mit arbeitslosen Menschen aussehen? Diese Frage ist auch deshalb zentral, weil die zunehmende Angst der Mittelschicht vor sozialem Abstieg auf reale entwürdigende Kontrollen und harte Sanktionierung zurückgeht.

Vorschläge zu entwerfen ist das eine, der konsequente Einsatz dafür das andere. Wie es schon früher hieß: Die Organisationsfrage stellen heißt, die Machtfrage zu stellen. Darum muss es als Linke in der SPD gehen. Organisation und gemeinsames Agieren ist die Ausgangsbasis zur Durchsetzung politischer Positionen. Außerdem heißt es, wieder mehr Mut zu zeigen. Wir wissen uns derzeit mit unseren Fragestellungen und Positionen in der Mehrheit. Da muss die Zeit der Diplomatie und Vorsicht vorbei sein. Vielmehr muss es darum gehen, mit Mut und Leidenschaft offensiv für das zu kämpfen, wofür wir als Linke stehen. Nur so wird die SPD linke Volkspartei bleiben. ■



⇒ Franziska Drohse, ist Juso-Bundesvorsitzende und lebt in Berlin.

Foto: Hans-Christian Plambeck

Deutschland reißt auseinander!

von Hilde Mattheis ■ ■

Der Entwurf des 3. Armuts- und Reichtumsberichtes (ARB) bestätigt, dass die Schere der Einkommens- und Vermögensverhältnisse in den letzten Jahren extrem auseinandergegangen ist und Aufstiegsmöglichkeiten schwerer geworden sind, weil die Abschottung der Eliten nach unten zugenommen hat.

14,6 Prozent der Erwerbstätigen in Deutschland können von ihrer Arbeit nicht leben. 3,13 Millionen Haushalte sind überschuldet, eine weitere halbe Million steht knapp davor. Einmal unten angekommen gibt es für viele Menschen kaum noch Chancen wieder aufzusteigen – auch für ihre Kinder nicht, denn es zeigt sich ein hohes Maß an Bildungsungleichheit.

Mehrwertsteuererhöhung, Anstieg der Lebensmittel- und Energiepreise und Inflation sowie Reallohnverluste seit 20 Jahren und „Nullrunden“ für RentnerInnen belasten die kleinen Einkommen erheblich. Die großen Einkommen und Vermögen haben sich in bisher nicht gekanntem Ausmaß erhöht. Die zunehmende Spaltung zwischen Arm und Reich zeigt sich vor allem in der Verteilung der Vermögen. Die wohlhabendsten 10 Prozent der Haushalte besitzen mittlerweile fast 60 Prozent des gesamten Vermögens (2. ARB: 46,5 Prozent). Das private Nettovermögen beläuft sich insgesamt auf fast acht Billionen Euro. Bei den 300 reichsten Deutschen wuchs das Vermögen im letzten Jahr um 80 Milliarden Euro auf 475 Milliarden Euro an.



Der Berichtszeitraum des 3. ARB konzentriert sich auf die Auswirkungen rot-grüner Politik. Die theoretische Grundlage des Berichtes ist – wie beim 2. ARB – die Philosophie des Nobelpreisträgers Amartya Sen mit den zentralen Themen der Eigenverantwortung und der Chancen des Einzelnen auf Verwirklichung. Für diese Theorie stehen die Begriffe „Fördern und Fordern“.

Die jetzt bekannten Zahlen zeigen, dass Politik nicht nur Teilhabe- und Verwirklichungschancen im Blick haben muss, sondern auch den Aspekt der Verteilungsgerechtigkeit, um erzeugte Ungleichheiten nicht zu zementieren. Neben unseren wichtigen Forderungen nach Mindestlohn und garantierten gleichen Bildungschancen muss unsere sozialdemokratische Antwort auf die Entwicklung der Einkommens- und Vermögensverhältnisse sein:

1. Eine Neujustierung der Einkommenssteuer, die über eine geänderte Progression u. a. die Höhe der unverhältnismäßig stark gestiegenen hohen Einkommen berücksichtigt, also den Spitzensteuersatz erhöht, diesen allerdings nicht schon von mittleren Einkommen abverlangt.
2. Die Wiedereinführung der Vermögensteuer auf hohe Vermögen.
3. Das Erbschaftssteueraufkommen muss weit über der jetzt geplanten Beibehaltung des Erbschaftsteueraufkommens von maximal 4 Milliarden Euro liegen.
4. Die Finanzierung der Sozialversicherungen muss von allen getragen werden und die Leistungsfähigkeit der BeitragszahlerInnen berücksichtigen.



⇒ Hilde Mattheis, MdB, ist Berichterstatterin der SPD-Bundestagsfraktion zur Pflegeversicherung, stellv. SPD-Landesvorsitzende in Baden-Württemberg und Mitglied im Bundesvorstand des Forum DL21.

Foto: www.hilde-mattheis.de

Sozialverträgliche Studiengebühren kann es nicht geben

von Julian Zado

» 375 Euro pro Semester – zahlbar nach Abschluss des Studiums. Das war der Kompromiss, den die Hamburger Grünen vor kurzem eingegangen sind, um sich ihre Regierungsbeteiligung zu sichern. Verkauft wurde das ganze mal als „sozialverträgliche“ Studiengebühren, mal gar als deren „Abschaffung“. Solche Formulierungen waren natürlich nicht viel mehr als ein schlechter Aprilscherz: In Wirklichkeit wurden nur die Gebührenehöhe und der Zahlungszeitpunkt verschoben. Die SPD sollte sich in ähnlichen Situationen nicht auf derartige „Kompromisse“ einlassen.

» Erstens bedeuten auch nachgelagerte Studiengebühren eine Kommerzialisierung des Studiums. Bildung wird zur Ware, die erkaufte werden muss. Das kann nicht Grundlage sozialdemokratischer Politik sein. Bildung ist Voraussetzung für die freie Entfaltung der Persönlichkeit, jede und jeder muss daran teilhaben können. Deshalb muss Bildung ein öffentliches Gut bleiben. Zweitens sind auch nachgelagerte Studiengebühren zutiefst ungerecht. Ab einem Einkommensminimum – zurzeit sind in Hamburg 30.000 Euro brutto pro Jahr geplant – müssen alle Absolventinnen und Absolventen den gleichen Betrag bezahlen. Gerechtfertigt wird dies mit den durchschnittlich höheren Verdiensten von AkademikerInnen. Aber die Verdienste sind eben nur durchschnittlich höher, für viele AbsolventInnen wird es auch nach dem Studium sehr schwer sein, die Gebühren zu zahlen. Gleichzeitig werden aber die AbsolventInnen, die besonders viel verdienen, nicht stärker zur Finanzierung herangezogen, als solche mit geringem Einkommen. Auch dies ist ungerecht. Die Beteiligung an der Finanzierung öffentlicher

Güter muss sich an der wirtschaftlichen Leistungskraft orientieren. Sinnvoll ist deshalb nur eine Finanzierung der Hochschulen durch ein progressives Steuersystem, in dem höhere Einkommen auch stärker zur Finanzierung herangezogen werden.

» Gerade in Familien ohne akademischen Hintergrund wird sich die Aussicht, mit einem Schuldenberg ins – trotz Hochschulabschluss ungewisse – Berufsleben einzusteigen, negativ auf das Interesse an einem Studium auswirken. Außerdem werden für viele von ihnen noch BAföG-Schulden hinzukommen. In den Fällen, in denen sich die Aussicht auf einen Schuldenberg nicht negativ auf den Studierwillen auswirkt, wird sie die Studienwahl beeinflussen. In der sicheren Erwartung, auch bei einem sehr geringen monatlichen Einkommen über Jahre hinweg Studiengebühren abstottern zu müssen, werden viele ein Studium ergreifen, das sich später „auszahlt“, anstatt inhaltlichen Interessen nachzugehen. Ein Studium ist aber mehr als eine Berufsausbildung. Deshalb sind Gebühren eine Gefahr für ein emanzipatorisch-kritisches Studium.

Auch nachgelagerte Studiengebühren belasten also gerade sozial Schwache. Sie sind zur Finanzierung der Hochschulen zudem nicht notwendig. Die hessische SPD hat es vorgemacht und ein seriöses Finanzierungskonzept für eine vollständige Abschaffung von Studiengebühren vorgelegt. Nur das ist der richtige Weg. ■



☞ Julian Zado, ist seit 2006 Mitglied im Bundesvorstand der Jusos-Hochschulgruppen und ist deren Vertreter im Juso-Bundesvorstand. Er studiert Jura und lebt in Berlin.

Foto: www.jusos.de

Das Rad muss in der Arbeitsmarktpolitik nicht neu erfunden werden

von Horst Palik ■ ■

» Die „SPD betritt Neuland in der Arbeitsmarktpolitik!“ – so titelt Andrea Nahles in spw/161. Sie beschreibt die Aufgabe einer SPD-Projektgruppe „Arbeitsversicherung“ damit, handhabbare Konzepte für Weiterbildung und eine vorsorgende Arbeitsmarktpolitik zu erarbeiten. Muss dafür Neuland betreten werden? Vorsorgende Arbeitsmarktpolitik – und dazu zählt unstrittig Bildung und Weiterbildung – hat vor allem zwei Ziele: erstens, die Wirtschaft mit den von ihr benötigten Arbeitskräften zu versorgen und zweitens, Arbeitslosigkeit gar nicht erst entstehen zu lassen. Beides steht seit Jahren im Gesetz. Im Arbeitsförderungsgesetz von 1969 und seit 1998 im Sozialgesetzbuch SGB III. Allein deshalb überrascht die Aussage, damit Neuland zu betreten.

Die SPD-Bundestagsfraktion legte schon Anfang der 90er Jahre mit ihrem Arbeits- und Struktur-
föderungsgesetz dazu einen konkreten Entwurf vor. Darin ist u. a. vorgesehen

- dass mindestens 50 Prozent der Gesamtausgaben der Bundesagentur für Arbeit für aktive Arbeitsmarktpolitik bereitgestellt werden;
- den Trägern durch eine mittelfristige Absicherung von Maßnahmen eine verlässliche Planungsgrundlage zu geben;
- eine Trägerlandschaft und eine flächendeckende Weiterbildungsberatung zu etablieren.

Diese Vorschläge sind keineswegs verstaubt. Sie müssen nur zügig aus den Schubladen geholt werden!

» Heute ist konkretes Handeln geboten: Die BA überweist über den Eingliederungsbeitrag pro Jahr mehr als das fünfzehnfache der Mittel für das Programm WeGebAU (Weiterbildung Geringqualifizierter und beschäftigter Älterer in Unternehmen) an den Bundesfinanzminister. Dieser Missbrauch von Beitragsgeldern ist zu stoppen. WeGebAU zielt darauf ab, die Beschäftigungsfähigkeit gering qualifizierter und älterer Arbeitnehmer durch gezielte Qualifizierung nachhaltig zu stabilisieren. Dieses Programm ist auf eine solide Finanzierungsgrundlage zu stellen und von Barrieren zu befreien. Bis heute können z.B. keine Aufstocker von WeGebAU profitieren, weil sie zum Rechtskreis des SGB II zählen – WeGebAU ist aber ein SGB III-Programm. Widersinnig! Ein weiteres Handlungsfeld: Jeder gekündigte Arbeitnehmer muss sich umgehend bei den Agenturen melden. Gleichwohl erfolgt der Einsatz eines arbeitsmarktpolitischen Instruments häufig erst nach monatelanger Arbeitslosigkeit. Der Bundesverband der Träger beruflicher Bildung hat schon vor Jahren Vorschläge unterbreitet, wie mit einem schnelleren Einsatz die Zeit der Arbeitslosigkeit verkürzt, ein Übergang in den Alg II Bezug vermieden und die Gewöhnung an Arbeitslosigkeit verhindert werden kann.

Fazit: Für eine vorsorgende Arbeitsmarktpolitik muss das Rad nicht neu erfunden werden. Dabei führt aber an einer kritischen Betrachtung der letzten beinahe 10 Jahre sozialdemokratisch zu verantwortender Arbeitsmarktpolitik kein Weg vorbei. Dies ist Voraussetzung, um bei der jetzt gewollten Neuorientierung glaubwürdig zu sein. Und Glaubwürdigkeit ist zentrale Voraussetzung für erfolgreiche sozialdemokratische Reformpolitik generell. ■



☞ Horst Palik, ist als Beauftragter der Geschäftsführung beim Berufsbildungswerk (bfw) des DGB tätig.

Foto: privat

Konjunkturausblick: Wachstum schwächt sich ab

Schwacher Konsum belastet mehr als Finanzmarktkrise | von Wilfried Kurtzke ■ ■

» Seit fast einem Jahr lastet auf den internationalen Finanzmärkten eine Krise, die von faulen US-Hypothekenkrediten ihren Ausgang nahm und schnell auch Banken in Deutschland erfasst hatte. Der Umfang der Krise lässt sich noch nicht abschätzen. Über den Konjunkturprognosen schwebt die Krise seitdem wie ein Damoklesschwert. Mit jeder negativen Meldung fallen die Prognosen, mit jeder positiven hellt sich die Stimmung wieder auf. Allerdings erwartet auch der eher pessimistisch einschätzende Internationale Währungsfonds noch ein Wachstum der Weltwirtschaft in diesem und im nächsten Jahr von real über drei Prozent.

Für Deutschland werden sich die Folgen der Finanzmarktkrise in Grenzen halten. Eine ernsthafte Kreditverknappung für den Unternehmenssektor ist nicht eingetreten. Die nachlassende US-Konjunktur und der stark gestiegene Euro-Kurs belasten die Exportwirtschaft. Doch eine stabile Nachfrage aus stark expandierenden Schwellenländern – allen voran China – sorgt weiter für volle Auftragsbücher bei den deutschen Investitionsgüterproduzenten. Das sehr gute erste Quartal 2008, mit einem Wachstum gegenüber dem Vorjahr von 1,8 Prozent, unterstreicht die relativ stabile Konjunktur in Deutschland.

» Die deutsche Ökonomie leidet an ihrer alten Krankheit, den viel zu schwachen Konsumausgaben. 2007 waren sie, ein Novum im Aufschwung, sogar um 0,4 Prozent geschrumpft. Sie bilden aber das mit Abstand größte Nachfrageaggregat. Bei allen Exporterfolgen, der Außenhandel kann dafür kein Ersatz sein. Das Wachstum wird sich in diesem Jahr abschwächen, aber nicht dramatisch einbrechen. Die Frühjahrsporgnose der Institute, die eine Zunahme der

Wirtschaftsleistung von 1,8 Prozent erwartet, ist ein realistisches Szenario. Vom Außenhandel dürfte weiter ein Wachstumsimpuls ausgehen. Zwar werden die Exporte nicht mehr so stark wachsen, aber auch die Importe nehmen in geringerem Ausmaß zu. Bei der Binnennachfrage schwächt sich der Investitionsboom langsam ab, während der private Konsum nur moderat wächst. Der Anstieg der privaten Konsumausgaben speist sich aus einer zunehmenden Beschäftigung und guten Tarifabschlüssen.

Doch auf der anderen Seite entzieht der kräftige Preisanstieg Kaufkraft. Nachdem die Mehrwertsteuererhöhung eingepreist ist, wurde für 2008 vielfach ein sich deutlich abschwächender Preisauftrieb erwartet. Davon kann keine Rede sein. Vor allem Energie und Nahrungsmittel steigen im Preis kräftig. Eine Inflationsrate von etwa 2,6 Prozent für 2008 ist realistisch.

Wichtig sind real steigende Masseneinkommen. Ohne kräftigen Impuls des privaten Konsums wird das Wachstum einbrechen. Die schiefe Verteilung muss korrigiert werden. Hilfreich wären zudem eine Stützung der Konjunktur durch die Geldpolitik und deutlich mehr öffentliche Investitionen. Dann bleibt das Wachstum auch 2009 stabil, nur durch negative Kalendereffekte leicht eingebremst. ■



⇒ Wilfried Kurtzke, ist beim IG-Metall Vorstand in der Abteilung Wirtschaft-Technologie-Umwelt tätig. Er ist Mitglied der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, der „Memorandum-Gruppe“.

Foto: IG-Metall

+ Pro: Brauchen wir neue Kohlekraftwerke?

von Stephan Kohler



↳ Stephan Kohler,
 Vorsitzender der Geschäftsführung,
 Deutsche Energie-Agentur GmbH (dena).

Foto: www.dena.de

» Fossile Energien wie Kohle sind bis auf Weiteres für den Energiemix unverzichtbar, insbesondere für die Stromerzeugung. Es kommt darauf an, sie möglichst effizient zu nutzen. Gerade in Deutschland, wo der Ausstieg aus der Atomenergie beschlossen ist, droht sonst eine Effizienzlücke in der Stromversorgung. Um eine sichere, risikoarme, günstige und nachhaltige Stromversorgung zu gewährleisten, müssen dringend zusätzliche hocheffiziente Kohle- oder Gaskraftwerke gebaut werden.

Die dena hat den heutigen Kraftwerkspark und die in Planung befindlichen Kraftwerke analysiert. Demnach fehlt in Deutschland bis zum Jahr 2020 die Leistung von 15 Großkraftwerken, auch wenn man davon ausgeht, dass die Ziele der Bundesregierung erreicht werden, das heißt: Reduzierung des Stromverbrauchs um acht Prozent und Ausbau von erneuerbaren Energien auf 30 Prozent sowie von Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen auf 25 Prozent der Stromerzeugung bis 2020.

Gegen den Bau neuer Kraftwerke, insbesondere Kohlekraftwerke, gibt es auf politischer Ebene und an den jeweiligen Standorten heftige Proteste. Klimaschutz wird dabei als wichtigstes Argument angeführt – zu Unrecht. Wenn keine neuen hocheffizienten Kohle- oder Gaskraftwerke gebaut werden, bleiben alte, ineffiziente fossile Kraftwerke mit hohem CO₂-Ausstoß länger in Betrieb als geplant. KraftwerksbetreiberInnen müssen mehr Emissionszertifikate kaufen, das Angebot an Strom bleibt knapp und die Strompreise steigen. Das schadet dem Klimaschutz, der Wirtschaft und den VerbraucherInnen.

» Neue Kraftwerke fördern den Wettbewerb im Energiesektor. Hinter vielen der neu geplanten Kraftwerke stehen entweder Stadtwerke oder ausländische Unternehmen. Wenn diese Kraftwerke verhindert werden, wird die alte AnbieterInnenstruktur zementiert.

Der Neubau von Kohle- und Gaskraftwerken ist Teil einer energiepolitischen Gesamtstrategie. Gleichzeitig müssen die Stromeinsparpotenziale ausgeschöpft und regenerative Kraftwerke und KWK-Anlagen ausgebaut werden. Die gesteckten Ziele der Bundesregierung sind ehrgeizig. Gerade die Integration der regenerativen Energien ist eine große Herausforderung. Denn die Erzeugung von Strom aus Wind und Sonne unterliegt sehr starken natürlichen Schwankungen. Für die geplanten 55.000 Megawatt fluktuierende Leistung bis 2020 müssen neue Verbundleitungen gebaut werden, die den Strom zum Beispiel von den Offshore-Windanlagen in Nord- und Ostsee in den Süden leiten, – und auch effiziente fossile Kraftwerke für die notwendige Regel- und Reserveleistung. Ob die neuen Kraftwerke mit Kohle- oder Erdgas betrieben werden, müssen die Investoren entscheiden. Man kann keinen der beiden Energieträger ausschließen. Gaskraftwerke produzieren zwar weniger CO₂, aber Erdgas hat schon jetzt einen hohen Preis auf dem Weltmarkt. Es muss zügig gehandelt werden. Die Vorlaufzeiten in der Energiewirtschaft von Planung über Genehmigung bis Bau und Inbetriebnahme sind enorm. Die Investitionsentscheidungen müssen in den nächsten zwei bis drei Jahren fallen. Politik und Energiewirtschaft müssen jetzt gemeinsam die Voraussetzungen dafür schaffen.

■ Contra: Brauchen wir neue Kohlekraftwerke?

von Fabio Longo ■ ■



☞ Fabio Longo, Rechtsanwalt, Vorstandsmitglied EUROSOLAR Deutschland e.V., hat als Stadtverordneter in Vellmar die erste öffentlich-rechtliche Solarwärme-Baupflicht initiiert.

Foto: www.fabio-longo.de

Der Neubau gigantischer Kohlekraftwerke wäre ein verhängnisvoller Fehler der deutschen Politik. Solche Kraftwerksmonster verpesten die Umwelt mit Schwermetallen und schädigen das Klima mit CO₂. Es gibt keine ineffizientere Art, Strom zu erzeugen. Bis zum Endkunden gehen vom Kohleabbau über die Energieumwandlung rund zwei Drittel der Energie verloren. Der leicht verbesserte Wirkungsgrad in Kraftwerksneubauten ändert daran nichts; denn immer mehr Steinkohle muss rund um die halbe Welt transportiert werden. Die extrem teure und noch nicht realisierbare CO₂-Abscheidung würde den Wirkungsgrad unter das Niveau der alten Kraftwerke drücken.

» Neue Kohlegroßkraftwerke produzieren weit über 1.000 Megawatt Strom, der rund um die Kraftwerksstandorte gar nicht gebraucht wird. Der Großteil der Abwärme aus diesen Monstern bleibt ungenutzt. Diese riesigen Wärmelasten werden schlicht verschwendet, während gleichzeitig mehrere Millionen Heizungsanlagen zusätzlich Erdgas oder Heizöl verbrennen, um Wohnungen aufzuwärmen.

Warum sollen diese Kraftwerke gebaut werden? Weil sie einen etwas besseren Wirkungsgrad haben und pro Kilowattstunde etwas weniger CO₂ ausstoßen? Das ist ein Märchen. Denn die Energiewirtschaft will ja nicht nur die alten Kohlekraftwerke ersetzen, sondern auch einen Teil der Atomkraftwerke. Dadurch würde sogar mehr CO₂ entstehen. Der Neubau macht für die großen vier Energiekonzerne nur aus einem Grund Sinn: Die Perpetuierung ihres Energieoligopols in Deutsch-

land. Derzeit kontrollieren E.ON, RWE, Vattenfall und EnBW noch rund 80 Prozent der Kraftwerkskapazitäten in Deutschland. Vorausgesetzt die Politik hätte den Mut zu einer zukunftsfähigen Energiepolitik, verlören die Konzerne ihr Oligopol. Denn sie verlieren durch den Ausbau erneuerbarer Energien sowie der Kraft-Wärme-Kopplung und den schrittweisen Ausstieg aus der Atomenergie Marktanteile. Anstelle der gefährlichen Atomkraftwerke, die laut Atomgesetz bis zum Anfang der 20er Jahre vom Netz gehen, könnten erneuerbare Energien treten, die überwiegend nicht von den Konzernen betrieben werden. Denn die Dächer für Solaranlagen und die Felder für Windkraft und Biomasse gehören vielen Personen, die durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) in erneuerbare Energien investieren können. Auch Industriebetriebe brauchen keine Großkraftwerke mit über 1.000 MW Leistung. Sie können den Strom und die Wärme viel günstiger in kleinen effizienten Anlagen der Kraft-Wärme-Kopplung selbst erzeugen. Wenn endlich das neue Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz (KWKG) beschlossen würde, was von den großen Vier seit Jahren bekämpft wird, könnten viel mehr Stadtwerke, wie z.B. in Schwäbisch-Hall, kleine Heizkraftwerke errichten und ganze Altbausiedlungen mit Nah- bzw. Fernwärme versorgen. Hierbei geht die Abwärme nicht verloren.

» Deutschland braucht freie Fahrt für den Ausbau erneuerbarer Energien und keine verfehlte EEG-Novelle sowie einen Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung und ein starkes KWKG. Neue, Energie verschwendende Großkraftwerke müssen verboten werden. ■



Privatisierung sozialer Risiken ist ein Irrweg

Interview mit Adolf Bauer



➔ Adolf Bauer, ist Präsident des Sozialverbandes Deutschland SoVD.

Foto: www.sovd.de

spw: Der Sozialverband Deutschland (SoVD) hat gemeinsam mit dem Sozialverband Volkssolidarität die Initiative „Sozialabbau stoppen! Sozialstaat stärken!“ gestartet. Welche Ziele verfolgen Sie?

„ **Adolf Bauer:** Wir wollen ein klares Signal gegen Sozialabbau setzen und deutlich machen, welchen hohen Wert der Sozialstaat und die sozialen Sicherungssysteme für unsere Gesellschaft haben. Wir wehren uns dagegen, dass die sozialen Sicherungssysteme von neoliberalen Kräften schlecht geredet werden. Dem wollen wir etwas entgegensetzen. Der Sozialstaat ist kein „Ballast“, sondern eine unverzichtbare Voraussetzung für den wirtschaftlichen Erfolg der Bundesrepublik und auch wichtig für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

Die zunehmende Privatisierung sozialer Risiken ist ein Irrweg. Um nur ein Beispiel zu nennen: Die hohen Zuzahlungen, die für Medikamente und Behandlungen gezahlt werden müssen, sind für viele RentnerInnen, GeringverdienerInnen und chronisch Kranke eine schwere Belastung oder sogar unerschwinglich. Da kann sich mancher keine neue Brille leisten, auch wenn er sie dringend benötigt. Wir brauchen einen Kurswechsel in der Sozialpolitik. Der Sozialabbau der vergangenen Jahre muss gestoppt werden. Wir brauchen mehr Verteilungsgerechtigkeit statt Kürzungen bei sozialen Leistungen.

Das Thema soziale Gerechtigkeit bewegt ja auch die Bürgerinnen und Bürger ganz stark. Die Angst vor dem sozialen Abstieg reicht inzwischen bis in die Mittelschicht. Wenn Menschen nach einem Jahr Arbeitslosigkeit in Hartz IV abrutschen, weckt das Ängste. Die Menschen nehmen wahr, dass die Verteilung dessen, was erwirtschaftet wird, zunehmend ungerechter wird. Zugleich wird es schwieriger, den sozialen Aufstieg zu schaffen. Wer unten ist, bleibt unten. Das muss sich ändern. Die Menschen wollen, dass es gerecht zugeht und dass jeder eine Chance bekommt.

spw: Wie ist die bisherige Resonanz?

„ **Adolf Bauer:** Unsere Initiative stößt auf viel Zustimmung in den eigenen Reihen und auf breite Unterstützung bei befreundeten Verbänden und Gewerkschaften. In den ersten Wochen haben schon über 25.000 Menschen unseren Aufruf „Sozialabbau stoppen. Sozialstaat stärken“ unterzeichnet. Die Unterschriften wollen wir im Herbst der Bundeskanzlerin Angela Merkel überreichen und damit unseren Forderungen Nachdruck verleihen.

spw: Der Bundestag hat die Aussetzung des Riester-Faktors beschlossen, die Renten steigen um 1,1 Prozent bzw. zwei Prozent im nächsten Jahr. Wie bewerten Sie den Beschluss?

” **Adolf Bauer:** Es ist erst einmal positiv, dass die Bundesregierung erkannt hat, dass die Rentner in den letzten Jahren aufgrund der Nullrunden, steigender Preise und einer zunehmenden Inflation dramatische Kaufkraftverluste erlitten haben. Insofern ist die außerplanmäßige Rentenerhöhung von 1,1 Prozent ein erster Schritt. Das reicht aber nicht aus. Der SoVD fordert, den Riesterfaktor dauerhaft auszusetzen. Außerdem muss die lohnorientierte Rentenanpassung um eine Inflationsschutzklausel ergänzt werden. Denn es zeichnet sich ab, dass aufgrund der vielen Rentenkürzungsfaktoren die Rentenerhöhungen auf längere Sicht hinter der Inflationsrate zurückbleiben. Der Wertverlust der Renten muss aber gestoppt werden. Mit dem SoVD-Vorschlag würde die Rentenerhöhung bei ausreichender Lohnentwicklung mindestens in Höhe der Inflationsrate des Vorjahres erfolgen. Dabei stellt unser Vorschlag einen sozial gerechten Ausgleich zwischen den Interessen der Rentner und den Interessen der Beitragszahler dar: Für den Fall, dass die Bruttolohnentwicklung unterhalb der Inflationsrate liegt, erfolgt kein Inflationsausgleich, weil dann auch die Arbeitnehmer Reallohnverluste haben.

spw: Mit welchen Maßnahmen kann die Altersarmut bekämpft werden?

” **Adolf Bauer:** Der SoVD hat bereits im vergangenen Jahr zehn Forderungen zur Verhinderung von Altersarmut vorgelegt. Dazu zählen eine Mindestsicherung für Geringverdiener, die langjährig vollzeitbeschäftigt waren. Denn wer sein Leben lang in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt hat, darf im Alter nicht zum Sozialfall werden. Diese Gerechtigkeitslücke muss geschlossen werden. Außerdem muss die Mindestsicherung unbedingt durch die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns flankiert werden. Denn dies ist ein wichtiger Baustein für eine armutsfeste Rente. Für Hartz IV-Empfänger müssen höhere Beiträge zur Rentenversicherung gezahlt werden, damit sie höhere Rentenansprüche erwerben können. Zudem fordern wir die Weiterentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung.

spw: Was sind die Eckpunkte des Konzeptes für die Erwerbstätigenversicherung?

” **Adolf Bauer:** Der SoVD hat sich als erster Verband für den Ausbau der gesetzlichen Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung eingesetzt. In einem ersten Schritt müssen die drei Millionen Solo-Selbständigen, die keine Mitarbeiter beschäftigen und keine obligatorische Alterssicherung haben, in den Schutz der gesetzlichen Rentenversicherung einbezogen werden. Das sieht das gemeinsame Konzept von SoVD, DGB und Volkssolidarität vor. Denn viele kleine Selbständige können nicht ausreichend privat für das Alter vorsorgen und haben damit ein hohes Risiko späterer Altersarmut. Für die Einbeziehung der Selbständigen gibt es immer mehr Zustimmung, auch von der Rentenversicherung und aus dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales.

spw: Der 10-Punkte Plan des SoVD fordert eine sozial gerechte Förderung privater Vorsorge ein. Welche Rolle darf private Altersvorsorge vor dem Hintergrund wachsender sozialer Ungleichheit spielen?

” **Adolf Bauer:** Die gesetzliche Rentenversicherung muss die wichtigste Säule der Alterssicherung bleiben. Die private Vorsorge wird aber immer wichtiger, um den Lebensstandard halten zu können. Ein Erfolg unserer Arbeit ist, dass Erwerbsminderungsrentner bald in die Förderung der Riester-Rente einbezogen werden. Davon waren sie bislang ausgeschlossen. Aber grundsätzlich gilt: Wir brauchen guten Lohn für gute Arbeit – das ist die beste Absicherung gegen Altersarmut.

spw: Vielen Dank für das Gespräch. ■

☞ Das Interview führte Stefan Stache.

Der Aufruf „Sozialabbau stoppen. Sozialstaat stärken“ kann auch auf der Internetseite www.sozialabbau-stoppen.de unterzeichnet werden. Zehn Forderungen des SoVD gegen Altersarmut siehe www.sovd.de/altersarmut/



Foto: www.fotolia.de, © Andreas Bonin

Alles gute Arbeit?

Einleitung zum Heftschwerpunkt

von Kai Burmeister,

Bettina Kohlrausch und Stefan Stache



» Die Bundesregierung geht für das laufende Jahr von einem deutlichen Abbau der Arbeitslosigkeit aus und betrachtet Vollbeschäftigung als realistisches Ziel, so die Botschaft aus dem politischen Berlin. Haben sich damit mit Blick auf die nächsten Jahre die Diskussionen über eine Reform der Reform der Arbeitsmarktpolitik und die Erschließung neuer Beschäftigungsfelder erledigt? Werden wir eine Verschiebung der Debatte erleben, bei der es nicht mehr um die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit, sondern „nur“ noch über die gerechte Entlohnung (Mindestlöhne) und vielleicht noch um die Deckung des Fachkräftemangels geht?

Wahrscheinlicher ist, dass die Auseinandersetzung um Erwerbsarbeit grundsätzlicher werden wird, weil es nicht nur an den Rändern des Arbeitsmarktes zu einer massiven Ausweitung prekärer

Arbeit kommt, sondern auch die FacharbeiterInnenschaft massiven Veränderungen ausgesetzt ist. Hinzu kommt ein sich wandelndes Geschlechterverhältnis, bei dem es verstärkt um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Männer und Frauen gehen muss. Die notwendige Absicherung und Finanzierung der Beschäftigungsfähigkeit durch Weiterbildung für alle Erwerbstätigen spielt eine ebenso zentrale Rolle. Es wird um nichts anderes gehen, als eine Auseinandersetzung um ein neues Normalarbeitsverhältnis zu beginnen.

» „In der Arbeit kreuzen sich Herrschaft und Befreiung, Mühsal und Genuss, Entfremdung und Selbstverwirklichung, Entwicklung und Nichtentwicklung“. Entlang dieser Achsen umreißt das Historisch-Kritische Wörterbuch des Marxismus das Thema des aktuellen spw-Schwerpunktes. Auch in der seit einiger Zeit neu aufkeimenden Debatte um prekäre vs. gute Arbeit tauchen diese Achsen der marxistischen Arbeitsdebatte wieder auf. spw hat auf der Frühjahrstagung mit der Debatte fortgeführt und eine Bestandsaufnahme über den sich explosionsartig entwickelnden Niedriglohnsektor in Deutschland vorgenommen. Einige dieser Diskussionen werden in diesem Heftschwerpunkt dokumentiert.

□ Ende des Normalarbeitsverhältnisses?

Jede und jeder meint heute zu wissen, dass das klassische Normalarbeitsverhältnis nicht mehr existiert. Welcher Erkenntnisgewinn steckt hinter dieser nahezu inflationär gebrauchten Aussage? Schließlich ist bei dieser gängigen These nur in den seltensten Fällen geklärt, worin die einstige Norm bestanden haben soll. Zur Unschärfe trägt bei, dass das Bild des männlichen Facharbeiters in der Automobilindustrie der 1960er Jahre immer nur ein Idealtyp gewesen ist, der zwar hinsichtlich der Arbeitsorganisation etc. prägend für die Hochphase des Fordismus war, aber auch vor 40 Jahren immer nur einen geringen Teil der Arbeitsverhältnisse ausmachte.

» Die neue Realität in der Industriearbeit und im Dienstleistungssektor umfasst neben der klassischen, tariflich abgesicherten Vollzeitwerbstätigkeit auch Beschäftigungsformen, wie z.B. Solo-Selbständigkeit, Mini-Jobs, Leiharbeit oder Teilzeitbeschäftigung. Ursächlich für diese Entwicklung sind technische Veränderungen, die Logik der auf kurzfristige hohe Rendite orientierten Unternehmensführungen und deren Auswirkungen auf die verschärften Verteilungskonflikte in den Betrieben. Dieser Wandel geht weit über den einzelnen Betrieb hinaus und umfasst grundlegend das Verhältnis von Arbeit und Kapital. Die Renditevorstellungen institutioneller Investoren zeigen heute radikal, dass die Form der als Sozialpartnerschaft bezeichneten Phase des Kapitalismus vorbei ist.

» Geändert hat sich auch die Form der sozialstaatlichen Einbettung von Erwerbsarbeit. Dies bezieht in erster Linie den verstärkten Druck zur Arbeitsaufnahme im Zuge der Hartz-Reformen mit ein. Der politisch beförderte Ausbau von Niedriglohnbeschäftigung hat mittlerweile dazu geführt, dass über sechs Millionen Menschen zu nicht ausreichenden Löhnen beschäftigt sind. Auf diesen Befund gehen Thorsten Kalina, Claudia Weinkopf und Achim Vanselow (Institut Arbeit und Qualifikation) in ihrem Beitrag ein. Einen Blick über die Berliner Käseglocke hinaus bietet Wolfgang Uellenberg von Daven (DGB-Regionalvorsitzender Köln), der in einem Interview auf den Mythos des Fördern und Forderns eingeht und dessen Folgen für die Arbeit vor Ort aufzeigt. Neben dem erhöhten Druck zur Arbeitsaufnahme zeigen sich weitere Defizite. So wurden beispielsweise die Sozialversicherungen (noch) nicht in die Lage versetzt, neue Beschäftigungsformen und damit vor allem junge Erwerbstätige sozialstaatlich abzusichern. In diesen Kontext stellt Olaf Struck (Uni Jena) seinen Beitrag über das Zusammenwirken von Flexibilität und Sicherheit und plädiert für eine Beschäftigungsversicherung.

Das bloße Wissen um die arbeitsweltliche Realität allein kann für die sozialdemokratische Linke nur der erste Schritt sein, der in einem zweiten

Schritt in einen Streit um die arbeitspolitischen Leitbilder überführt werden muss. Schließlich stehen sich mindestens zwei grundlegende Strömungen mit sich widersprechenden Leitbildern gegenüber.

Die „Hauptsache Arbeit“-Fraktion forciert eine sich weiter auseinanderentwickelnde Arbeitsgesellschaft, bei der neben der unter permanent im internationalen Wettbewerb stehenden Industriearbeit vor allem auf einfache Dienstleistungstätigkeit gesetzt wird. In der christlich-sozialen Variante wird dieses Szenario um die mehr oder weniger freiwillige Bürgerarbeit ergänzt. Dieses Szenario geht einher mit einer Verschärfung der sozialen Polarisierung.

» Zunehmend entwickelt sich eine „Gute Arbeit“-Fraktion in den linken Parteien, den Gewerkschaften und auch in einigen Wissenschaftsdisziplinen, die neben mehr Beschäftigung auch wieder qualitative Aspekte der Arbeit wie ausreichende Einkommen, gesundheitserhaltende Arbeitsbedingungen und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie thematisiert. Die drei Beiträge von Klaus Pickshaus (IG Metall), Sebastian Jobelius (Mitglied der spw-Redaktion) und Ottmar Schreiner (AfA-Vorsitzender) skizzieren mögliche Leitbilder von Guter Arbeit aus ihrer jeweiligen Perspektive.

Die Auseinandersetzung auf der politischen Bühne, um gesetzliche Mindestlöhne als auch die gewerkschaftlichen Erfahrungen, „Gute Arbeit“ als betriebliches Widerstandskonzept gegen maßlose Leistungsanforderungen einzusetzen, verweisen auf notwendige Hartnäckigkeit und Konfliktbereitschaft. Ein neues Normalarbeitsverhältnis, bzw. eine neue Form der Institutionalisierung der Klassenauseinandersetzungen um Erwerbsarbeit, wird sich in der Zuspitzung der arbeitspolitischen Leitbilder entscheiden. Die Schlussfolgerung für die SPD-Linke: Gute Arbeit wird sich nicht nur diskursiv erreichen lassen! ■

☞ Kai Burmeister, ist Mitglied im spw-Arbeitsausschuss und Gewerkschaftssekretär. Er arbeitet in Frankfurt am Main und lebt in Offenbach.

☞ Bettina Kohlrusch, ist Sozialwissenschaftlerin. Sie arbeitet in Göttingen und lebt in Hannover.

☞ Stefan Stache, ist spw-Chefredakteur. Er arbeitet in Berlin und Hannover und lebt in Hannover.

Die sorgenvolle Zukunft der Arbeit

Flexibilität benötigt Sicherheiten –

Die Ängste steigen

schneller als die Risiken

von Olaf Struck

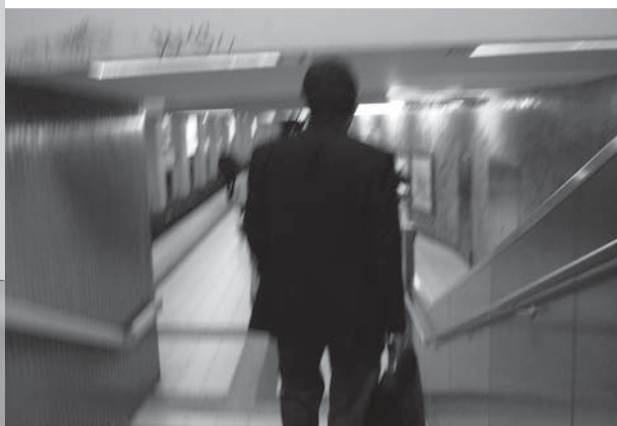


Foto: Christian Kiel

» Folgt man den derzeit häufig beschworenen Zeitdiagnosen (etwa Pierre Bourdieu, Robert Castel, Klaus Dörre), dann lauert die Angst vor Abstiegen nicht mehr nur in den Wartezonen der Arbeits- und Sozialverwaltungen, sondern sie kriecht unaufhaltsam durch die Werkhallen und erklimmt zunehmend die Angestelltenetagen der Verwaltungstürme. Dementsprechend würden Prekarisierungsprozesse bis weit in die „Mitte der Gesellschaft“ hineinreichen und Ängste vor Statusverlust, Verunsicherung und Orientierungslosigkeit befördern.

» Nun sind solche Aussagen zunächst mit Vorsicht zu betrachten. Erstens variieren Zukunftssorgen in starkem Maße mit der allgemeinen Wirtschaftslage. Zweitens bildet nicht jede Sorge das reale individuelle Gefährdungspotential ab. Die Mobilität auf Arbeitsmärkten hat sich in den letzten 20 Jahren erhöht und viele Menschen fühlen sich von Arbeitslosigkeit bedroht. Jedoch haben – wie eigene Untersuchungen zeigen – vor allem direkte Betriebswechsel und nicht Übergänge in Arbeitslosigkeit zugenommen. Zudem weist das DIW aus, dass sich der Anteil derjenigen Haushalte, die über ein bedarfsgewichtetes Nettoeinkommen bis unter 70% des Medianeinkommens verfügen, von 1996 mit 20,7% um 4,7 Prozentpunkte in 2006 erhöht hat. Zugleich ist aber auch der Anteil jener Haushalte, die über 130% des Medianeinkommens verfügen von 18% auf 20,5% gestiegen. Ungeachtet der verschlechterten Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage ist nach Angaben der OECD in der gleichen Zeit der Wert Gini-Koeffizient – als Kennzahl für die Ungleichverteilung von Einkommen – in Deutschland zwischen 1995 und 2005 sogar von 29 auf 28 gesunken.

Wenn also die objektiven Abstiegsrisiken der sogenannten „gesellschaftlichen Mitte“ zunächst nicht oder nur gering zugenommen haben, warum steigen dann die Ängste und Sorgen um Abstiege in ungleich höherem Maße?

□ Ursachen der Abstiegsängste

Insbesondere zwei Ursachenbündel sind hierfür maßgeblich: erstens Veränderungen in der Arbeitswelt, zweitens Veränderungen der sozialen Sicherungssysteme.

a) Veränderungen in der Arbeitswelt

Lange Zeit war in Deutschland die Erzielung von Leistungsbereitschaft an Sicherheitsversprechen seitens der ArbeitgeberInnen gekoppelt. Das Erwerbssystem war durch Berufsfachlichkeit und kollektive Lohnfindungsprozesse gekennzeichnet, die wiederum Einkommensstabilität und ein Exis-

tenz sicherndes Lohnniveau gewährleisten. Doch mehr und mehr kommt es zu Auflösungen der impliziten und der tarifvertraglich oft auch explizit geregelten Kontrakte „Leistung gegen Sicherheit“. Mit der Ausweitung und Öffnung der Finanz- und Gütermärkte gewannen sowohl kurzfristige als auch höhere Gewinnerwartungen der nunmehr weltweit flexibleren KapitalgeberInnen an Bedeutung. In diesem alltäglichen Gefecht der Unternehmen um KapitalgeberInnen und Gewinnerwartungen haben sich die Aushandlungsergebnisse zu Ungunsten der Beschäftigten verschoben. Hinzu kommt eine hohe Arbeitslosigkeit, die Betriebsausstritte gefährlich erscheinen lässt. Eine solche Situation bietet ManagerInnen neue Optionen und so brechen sie – häufig selbst unter Druck – die lang tradierten Leistungs-Sicherheits-Kontrakte. Die Stichworte sind: Entlassungen zur Steigerung einer häufig ohnehin schon hohen Kapitalrendite, Leistungsverdichtung, Lohnsenkung, Outsourcing, Absenkung des Krankenstandes, Zuwachs zeitflexibler Vertragsformen wie Zeitarbeit und geringfügiger Beschäftigung sowie Angriffe auf bestehende Schutzmechanismen, von der tariflichen Begrenzung der Wochenarbeitszeiten bis hin zum arbeitsrechtlichen Kündigungsschutz. Marktrisiken werden unmittelbarer als zuvor an die Belegschaften weitergegeben und deutlich stärker unter den Bedingungen von Beschäftigungsunsicherheit vollzogen.

» Dabei sind vor allem qualifizierte Beschäftigte und hier insbesondere jene, die betriebsspezifische Qualifikationen besitzen, immer noch vergleichsweise wenig gefährdet. Allerdings beträgt der Anteil der „unentbehrlichen“ betriebsspezifisch qualifizierten Beschäftigten nach einer eigenen Befragung von Personalverantwortlichen heute lediglich 20%. So steigt der Druck auch auf die längerfristig beschäftigten und häufig auch qualifizierten InsiderInnen. Sie sind gefordert, zusätzliche Leistungen aufzubringen. Anerkennung findet, wer die höheren Leistungsnormen erfüllt und wer auch in Zukunft gebraucht wird. Doch wer weiß schon, wer mit welchen Qualifikationsprofilen in Zukunft benötigt wird. Zudem

sehen auch vergleichsweise stabil Beschäftigte, was passiert, wenn bestimmte Qualifikationen nicht mehr benötigt werden, wenn durch kritische Lebensereignisse, Alter oder partielles Aussetzen durch längere Krankheiten, Erziehungs- und Pflegezeiten sowie Arbeitslosigkeit die Leistungsfähigkeit gemindert ist oder Qualifikationen nur schlechter signalisiert werden können. Sie sehen: Jenen, die einmal „draußen“ sind, ist der Weg zurück in den internen Arbeitsmarkt zumeist verschlossen.

» Wenn aber Arbeit mobiler und flexibler wird und wenn die Unsicherheit von Investitionen in Beruf und Bildung steigt, weil sich die Berufsbilder und die Anforderungen zusehends schneller ändern, dann müssen Lösungen gefunden werden, die Flexibilität und Mobilität auf effiziente Weise fördern und zugleich Polarisierungen zwischen InsiderInnen und OutsiderInnen vermeiden. Dies stellt neue Anforderungen an die Systeme sozialer Sicherheit.

b) Veränderungen der sozialen Sicherungssysteme

Systeme sozialer Sicherheit sind in national spezifischer Weise an Arbeitsmärkte und damit an Lohn Einkommen gekoppelt. In Deutschland ist diese Kopplung institutionell geprägt durch „Normalarbeitsverhältnisse“ (als zeitlich stabile Existenz sichernd entlohnte, arbeits- und sozialrechtlich geregelte, abhängige Vollzeittätigkeiten) und die Lohnarbeitszentriertheit der sozialen Sicherungssysteme. Das Verhältnis zwischen beiden ist komplementär: Insbesondere durch gesicherte Finanztransfers einerseits und durch die Aufrechterhaltung bzw. Herstellung von Arbeitsfähigkeit und -bereitschaft andererseits wird beiderseitig Stabilität erzeugt. Dabei sollen und können die zwei Einkommensarten nicht als frei wählbare Option betrachtet werden. Vielmehr ist der Transfer von Sozialleistungen im Grundsatz an drei lohnarbeitszentrierte Prinzipien geknüpft: Anwartschaft durch Lohnarbeit (zeiten), (Status)Äquivalenz durch Anspruchsgewährung entsprechend der vorherigen Lohnhöhe sowie Arbeitsbereitschaft.

» Eine solche Kopplung zwischen Erwerbsarbeit und sozialen Sicherungssystemen ist voraussetzungs-voll: Es muss ausreichend Erwerbsarbeit für alle Erwerbspersonen vorhanden sein und die Erwerbseinkommen müssen ein aktuell Existenz sicherndes Mindesteinkommen überschreiten, um Abgaben sowie Ansprüche auf Sozialversicherungsleistungen sicherzustellen.

Beide Funktionsvoraussetzungen sind derzeit nicht gegeben. Angesichts von (Langzeit-)Arbeitslosigkeit und den stark zunehmenden, vom Normalarbeitsverhältnis abweichenden und vielfach nicht Existenz sichernden abhängigen Beschäftigungsformen droht die Verbindung zwischen Erwerbsarbeit und den normalarbeitsfixierten und lohnarbeitszentrierten sozialen Sicherungssystemen zu zerreißen.

» Dabei sind flexible Beschäftigungsformen und -erwerbsverläufe im Grundsatz unproblematisch. Problematisch ist allerdings, dass Arbeitslosigkeit, mangelnde Wiedereintrittschancen nach Betriebsaustritten und eine steigende Anzahl zeitflexibler von Beschäftigungsverhältnissen, die vom System sozialer Sicherungen vorausgesetzte Stabilität und Kontinuität vermissen lassen, und ein nachhaltiger Schutz durch ein vorrangig beitragsfinanziertes und lohnarbeitsfixiertes Sicherungssystem nicht sicherzustellen ist.

Neben gänzlich Chancenlosen, die einen erheblichen Teil der Langzeitarbeitslosen ausmachen, wechseln viele Beschäftigte zwischen kurzen Phasen befristeter Erwerbsarbeit, Arbeitslosigkeit und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen. Holger Alda zeigt im Rahmen der Berichterstattung zur sozio-ökonomischen Entwicklung in Deutschland, dass eine solche Situation – je nach Indikator – auf etwa 10 bis 15% im Westdeutschland und 27 bis 35% in Ostdeutschland zutrifft. Frauen sind von einer solchen prekären Situation häufiger betroffen als Männer und Ältere etwas häufiger als Jüngere. Dabei ist nicht zuletzt durch die so genannte „Hartz-Gesetzgebung“ die Gefahr einer beschleunigten

Entwertung der bisherigen Lebensleistungen gestiegen. Die Verkürzung des Arbeitslosengeldanspruches auf ein Jahr, ein über diese Frist hinausreichender hoher Langzeitarbeitslosigkeitsanteil von 50%, Aktivierungsanforderungen, die durch das Fehlen von Arbeitsplätzen am ersten Arbeitsmarkt in sehr vielen Fällen scheitern müssen, die rigide Anerkennung von Vermögen und Haushaltseinkommen etc. gefährden maßgeblich den einmal erworbenen Status von einmal arbeitslos gewordenen Menschen.

Wie real diese hilflose Situation ist, verdeutlicht dann auch der Ausgabenrückgang einer aktiven Arbeitsmarktpolitik. Diese sind preisbereinigt stetig und ungeachtet der schwierigen Situation am Arbeitsmarkt von 22,2 Mrd. Euro im Jahre 2000 auf 13,6 Mrd. im Jahr 2006 gesunken.

» **Die Folge:** Status- und Anerkennungsängste nehmen zu. Das eigene Erleben von Flexibilität, Mobilität und Leistungsanforderungen in den Unternehmen, Arbeitslosigkeit, der Abbau von Status und Anerkennung sichern Sozialleistungen und der zunehmende Druck zur Selbstaktivierung auch bei Nichtexistenz einer realistischen Übergangschance in den ersten Arbeitsmarkt verunsichern dann zunehmend auch die „Mitte der Gesellschaft“.

□ Wo kann politische Steuerung ansetzen?

Es stellt sich die Frage, in welcher Weise eine sozialstaatliche Neuausrichtung die Bedürfnisse der Wirtschaft und Gesellschaft nach Anpassungsflexibilität und Risikobereitschaft und damit aber auch nach Sicherheit für Investitionen und Anpassungsbereitschaft sowohl für Beschäftigte wie auch für ArbeitgeberInnen verbindet. Erst in einer solchen Konstellation kann der Sozialstaat seine Funktion als Produktivkraft voll entfalten und zu einer Entlastung der angespannten Situation am Arbeitsmarkt und in den sozialen Sicherungssystemen beitragen.

Sozialversicherungen sind im Grundsatz in der Lage, innovative Verhaltensrisiken zu stärken. Versicherungen fördern nicht nur Versuchen zur „Mitnahme“ von Leistungen – die dementsprechend zu berücksichtigen sind – sondern ebenso die Bereitschaft für Investitionen und riskante Entscheidungen, die sonst ausbleiben würden.

Heute bietet der deutsche Sozialstaat jedoch weder ausreichend Schutz gegen drohende Risiken und normale Brüche im Erwerbsleben, noch schafft er hinreichende Anreize für den Einzelnen, sich offensiv den veränderten Herausforderungen zu stellen. Dabei mangelt es vor allem an einer Absicherung der „neuen“ Risiken, die es den Menschen erlauben, während ihres Lebenslaufs kritische Übergänge zu wagen. Hierbei handelt es sich insbesondere um zeitweilige Übergänge zwischen Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigung sowie zwischen abhängiger Beschäftigung und Selbständigkeit und vice versa, um Übergänge in einen zweiten oder auch dritten Bildungsweg, um die Kombination von Arbeit und Bildung, um flexible Übergänge zwischen Erwerbstätigkeit und Pflegezeiten von Angehörigen oder um graduelle (anstelle abrupt) Übergänge in die Rentenphase.

Einen wichtigen Ansatzpunkt bietet hier die Weiterentwicklung der Arbeitslosenversicherung zu einer Beschäftigungsversicherung (siehe Schuster SPW143). Eine Beschäftigungsversicherung würde nicht nur das Einkommensrisiko bei Arbeitslosigkeit, sondern auch die Einkommensrisiken bei kritischen Übergängen im Lebenslauf absichern. Eine solche Weiterentwicklung des sozialen Sicherungssystems ließe sich sowohl finanzieren als auch gesellschaftlich legitimieren, indem sie an bestehende Transferleistungen anknüpft, etwa an BAFöG, Arbeitslosengeld, Weiterbildungs- und Umschulungsprogramme, Familienförderung, Existenzgründerhilfen oder die soziale Grundsicherung etc.

Zentrale Vorteile einer Beschäftigungsversicherung sind dann:

1. Eine Stärkung des innovativen Verhaltensrisikos sowohl auf ArbeitnehmerInnen- als auf ArbeitgeberInnenseite. Die Neugestaltung zielt darauf, die Flexibilität der Arbeitszeiten im Lebenslauf, die zwischenbetriebliche Mobilität und die Weiterbildungsbereitschaft zu steigern. Sie bietet Schutz vor Abstiegen bei Entlassungen, Anreize zur Steigerung der Beschäftigungsfähigkeit und sie verbessert Chancen, Arbeit und Leben besser miteinander zu vereinbaren. Ein derart an gesellschaftlichen Reproduktionsnotwendigkeiten orientiertes soziales Sicherungssystem würde also zugleich die wirtschaftliche Produktivität, Lernen und Innovationen steigern.
2. Schutz der aktuell Beschäftigten vor Lohndumping und übergebührlischen Flexibilitäts- und Leistungsanforderungen.
3. Und nicht zuletzt ermöglicht es die soziale Sicherung von Flexibilität, den Menschen – auch in höheren Lohn- und Qualifikationsgruppen – zeitweise ihre Erwerbsarbeitszeiten zu vermindern oder für eine gewisse Zeit aus der Erwerbsarbeit auszusteigen. Dies bietet Erwerbschancen für Arbeitssuchende, vorausgesetzt, eine aktive Arbeitsmarkt- und Qualifizierungspolitik sichert anforderungsgerechte Kompetenzen.

Eine solche Stärkung des innovativen Verhaltens der so genannten „Mitte“ unterstützt ökonomische Effizienz und bietet Teilhabechancen vor allem auch für prekär Beschäftigte und Arbeitslose – eine gute Basis für gesellschaftliche Akzeptanz und politische Umsetzungsbündnisse. ■

☞ PD Dr. Olaf Struck, (Universität Jena) ist zurzeit Vertretungsprofessor für Soziologie in Göttingen.

Niedriglöhne in Deutschland

2006 bereits 6,5 Millionen Betroffene

von Thorsten Kalina, Achim Vanselow und Claudia Weinkopf



» In der Vergangenheit gehörte eine relativ ausgeglichene Einkommensstruktur zu den typischen Merkmalen Deutschlands im Vergleich mit anderen Ländern. Heute müssen wir feststellen: Diese Zeiten sind vorbei. Die deutsche Niedriglohnquote ist mittlerweile höher als in Ländern wie Frankreich, den Niederlanden, Dänemark und Großbritannien. In keinem der anderen Länder ist die Niedriglohnbeschäftigung in den vergangenen Jahren so stark gestiegen wie in Deutschland. Und nirgendwo sonst ist ein weiteres „Ausfransen“ der Löhne nach unten wie in Deutschland festzustellen, weil gesetzliche oder tarifliche Mindestlöhne dies verhindern. Die Entwicklung, der aktuelle Umfang und die Struktur der Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland werden hier auf der Basis einer aktuellen Analyse des Instituts für Arbeit und Qualifikation IAQ skizziert (Kalina/Weinkopf 2008). Die Berechnungen beziehen sich auf alle abhängig Beschäftigten und basieren überwiegend auf Befunden einer großen internationalvergleichenden Studie zu Niedriglohnbeschäftigung in Europa und in den USA, die auch

Betriebsfallstudien in mehreren Niedriglohnbranchen beinhaltet. An der Studie im Auftrag der amerikanischen Russell Sage Foundation waren neben dem IAQ für Deutschland Teams aus Dänemark, Frankreich, Großbritannien und den Niederlanden beteiligt. Die Ergebnisse für Deutschland sind im Oktober 2007 im Campus-Verlag veröffentlicht worden (Bosch/Weinkopf 2007a).

□ Wie hat sich die Niedriglohnbeschäftigung entwickelt?

Die Datengrundlage der Längsschnittauswertungen des IAQ ist das sozio-ökonomische Panel (SOEP) des DIW, das die Möglichkeit bietet, auch Teilzeitbeschäftigte und Minijobs einzubeziehen, derzeit bis zum Jahr 2006 (zur Methode vgl. Kalina/Weinkopf 2008). Als Maß für die Niedriglohnschwelle hat sich international etabliert, zwei Drittel des Medianlohnes zu verwenden.

		Getrennte Niedriglohnschwellen für Ost und West	Einheitliche Niedriglohnschwelle
Niedriglohnschwelle (brutto pro Stunde)		9,61 € (West) 6,81 € (Ost)	9,13 €
Niedriglohnanteil	Westdeutschland	22,2%	19,1%
	Ostdeutschland	22,1%	41,1%
	Deutschland	22,2%	22,6%

Tabelle 1: Niedriglohnschwellen (Brutto) und Anteil der Niedriglohnbeschäftigten (2006, alle abhängig Beschäftigten inklusive Teilzeit und Minijobs) ; Quelle: SOEP 2006, eigene Berechnung.

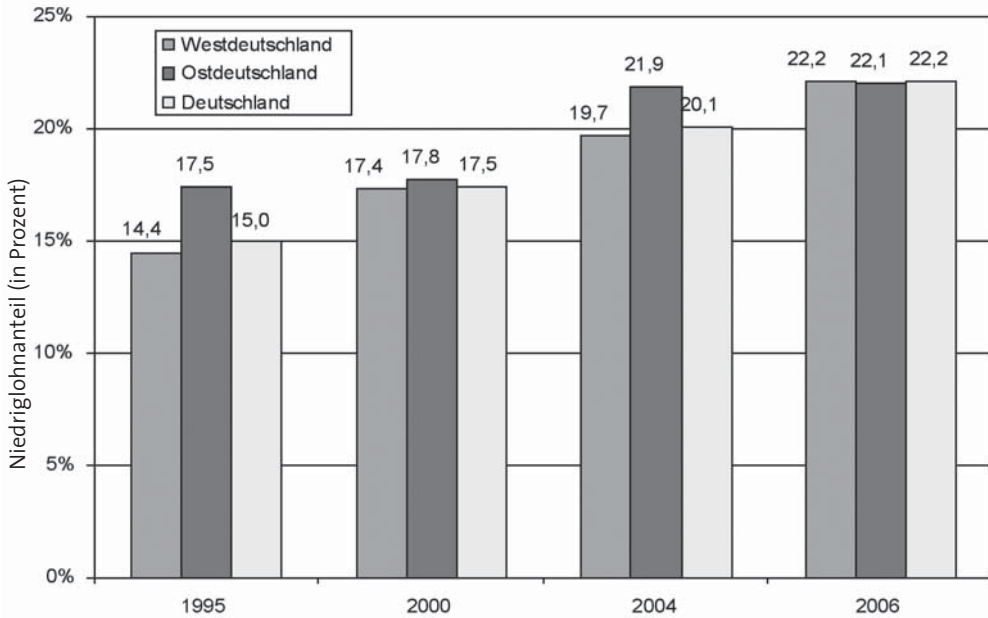


Abbildung 1: Anteil der Niedriglohnbeschäftigten unter abhängig Beschäftigten – differenzierte Niedriglohnschwellen für Ost- und Westdeutschland (inklusive Teilzeit und Minijobs, in %), Quelle: SOEP 2006, eigene Berechnung.

» Aufgrund der erheblichen Lohnunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland stellt sich zudem die Frage, ob eine einheitliche Niedriglohnschwelle für Gesamtdeutschland oder getrennte Niedriglohnschwellen für Ost und West verwendet werden sollten. Ein Vergleich der Ergebnisse macht deutlich, dass die Werte für Gesamtdeutschland relativ nah beieinander liegen (in absoluten Zahlen 6,47 Millionen bzw. 6,59 Millionen Betroffene), es aber bezogen auf das Ausmaß der Niedriglohnbeschäftigung in Ostdeutschland einen erheblichen Unterschied macht, welche Niedriglohnschwelle zugrunde gelegt wird (Tabelle 1).

Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf die Ergebnisse mit differenzierten Niedriglohnschwellen, damit die Strukturanalysen nicht durch ein Übergewicht des ostdeutschen Arbeitsmarktes verzerrt werden. Da wir bestimmte Gruppen ausgeschlossen haben (z.B. Auszubildende, Personen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen sowie SchülerInnen, Studierende, RentnerInnen – vgl. ausführlicher Kalina/Weinkopf 2008), wird das

Ausmaß der Niedriglohnbeschäftigung insgesamt eher unter- als überschätzt.

Wie hat sich die Niedriglohnbeschäftigung der abhängig Beschäftigten im Zeitverlauf entwickelt? Wie Abbildung 1 zeigt, stieg die gesamtdeutsche Niedriglohnquote zwischen 1995 und 2006 von 15,0 auf 22,2% deutlich an, was einem Zuwachs des Prozentanteils von etwa 48% innerhalb von nur elf Jahren entspricht.

Allein zwischen 2004 und 2006 stieg die Niedriglohnbeschäftigung um rund 700.000 Betroffene. Dies ist umso beachtlicher, als die Niedriglohnschwellen im Jahr 2006 im Vergleich zu 2005 erstmals gesunken sind und zudem auch unter den Werten für 2004 liegen (Tabelle 2). Genauere Analysen zeigen, dass offenbar nicht nur der Umfang des Niedriglohnsektors in Deutschland wächst, sondern dass sich das Lohnspektrum zudem nach unten weiter ausdehnt. Seit 2004 sind die durchschnittlichen Stundenlöhne der Niedriglohnbeziehenden gesunken.

	1995	2000	2004	2005	2006
Niedriglohnschwelle West	8,19	8,89	9,71	9,77	9,61
Niedriglohnschwelle Ost	5,73	6,26	7,14	7,22	6,81
Ø Niedriglohn West	5,93	6,75	7,25	7,16	6,89
Ø Niedriglohn Ost	4,63	4,95	5,48	5,38	4,86

Tabelle 2: Entwicklung der Niedriglohnschwellen und der Stundenlöhne von Niedriglohnbeziehenden 1995 bis 2006 (alle abhängig Beschäftigten inklusive Teilzeit und Minijobs, in €); Quelle: SOEP 2006, eigene Berechnung.

□ Wer sind die Niedriglohnbeziehenden?

Die statistische Analyse der Art der Beschäftigungsverhältnisse und der strukturellen Merkmale der betroffenen Personen liefert näheren Aufschluss zur Struktur der Niedriglohnbeschäftigung (für weitere Informationen z.B. nach Branchen und Betriebsgrößen vgl. ausführlich Bosch/Kalina 2007). Die Anteile der unterschiedlichen Beschäftigungsformen innerhalb des Niedriglohnsektors haben sich zwischen 1995 und 2006 deutlich verschoben. Das höchste Niedriglohnrisiko tragen MinijobberInnen (mit einem Niedriglohnanteil von fast 92%). Ihr Anteil am gesamten Niedriglohnsektor hat sich zwischen 1995 und 2006 auf 29,7% nahezu verdoppelt. Dies hängt auch damit zusammen, dass sich die Struktur der Beschäftigung insgesamt verändert hat: Der Anteil der Minijobs an der Gesamtbeschäftigung hat sich von 2,6% (1995) auf 7,1% (2006) fast verdreifacht, was nicht nur durch die starke Zunahme der Zahl der Minijobs, sondern auch durch einen deutlichen Rückgang der Vollzeitbeschäftigten bedingt ist. Der Anteil von Teilzeitbeschäftigten und MinijobberInnen ist auf knapp 54% der Niedriglohnbeschäftigten gestiegen, obwohl ihr Anteil unter allen Beschäftigten im SOEP nur 29,5% beträgt. Dies liegt vor allem an dem extrem hohen Niedriglohnanteil bei den Minijobs. Der Anteil der Vollzeitbeschäftigten ist hingegen rückläufig (1995: knapp 58%; 2006: 46%). Dies bedeutet allerdings nicht, dass diese 2006 im geringeren Maße von Niedriglöhnen betroffen waren. Im Gegenteil: Arbeitete 1995 noch jede/r neunte Vollzeitbeschäftigte für einen Niedriglohn, so war es 2006 bereits jede/r Siebte.



Die Betrachtung der Niedriglohnanteile in ausgewählten Beschäftigtengruppen liefert ein zu erwartendes Ergebnis: Besonders hohe Niedriglohnanteile weisen gering Qualifizierte (45,6%), Frauen (30,5%), Jüngere (56,3%) und AusländerInnen (38,9%) auf. Überraschend ist jedoch, dass in den vergangenen elf Jahren Männer, aber auch Jüngere (bis 34 Jahre) und AusländerInnen die höchsten Steigerungsraten aufweisen. Auch eine abgeschlossene Berufsausbildung schützt immer seltener vor dem Bezug von Niedriglöhnen: Während der Niedriglohnanteil der qualifizierten Beschäftigten 1995 noch unterdurchschnittlich war, lag er 2000 und 2006 bereits über dem Durchschnittswert für alle Beschäftigten.



Neben der Entwicklung innerhalb einzelner Beschäftigtengruppen sind auch die Anteile einzelner Gruppen am gesamten Niedriglohnbereich von Bedeutung: 2006 hatten schon drei von vier Beschäftigten im Niedriglohnbereich eine abgeschlossene Berufsausbildung oder sogar einen akademischen Abschluss. Entsprechend ist der Anteil der gering Qualifizierten unter den Niedriglohnbeschäftigten seit 1995 deutlich gesunken (Tabelle 3). Bei Strukturmerkmalen wie Geschlecht und Alter zeigen sich hingegen nur geringfügige Veränderungen zwischen 1995 und 2006. Frauen stellen nach wie vor die große Mehrheit der Niedriglohnbeziehenden. Der Anteil der mittleren Altersgruppen (35 bis 54 Jahre) am gesamten Niedriglohnbereich ist gestiegen.

□ Triebkräfte der Niedriglohnentwicklung und ihre Auswirkungen

Der Anteil der Niedriglöhne ist in den vergangenen Jahren besonders stark in den Bereichen gewachsen, in denen das Lohnniveau ohnehin bereits unterdurchschnittlich war bzw. der Niedriglohnanteil über dem Durchschnitt lag. Dafür sind nicht nur „weiße Flecken“ in der Tariflandschaft und die mangelhafte Durchsetzung von Arbeitsstandards verantwortlich. Outsourcing, Zeitarbeit und Lohnabschläge bei Minijobs verstärken diese Tendenzen häufig noch. Der Niedriglohnssektor ist in Unordnung geraten und zieht immer weitere Kreise. Die Politik hat mit der umfassenden Deregulierung der Zeitarbeit und veränderten Rahmenbedingungen bei den Minijobs, die deren Ausweitung begünstigt haben, im Jahre 2003 sogar weitere Schleusen geöffnet, die das Lohnniveau weiter unter Druck gesetzt haben (Bosch/Weinkopf 2007b).



Unsere Betriebsfallstudien in verschiedenen Niedriglohnbranchen haben deutlich gemacht, dass die Option von Arbeitgebern, auf niedriger bezahlte Beschäftigte zurückgreifen zu können, vielfach nicht ohne Rückwirkung auf die übrigen Arbeitsplätze bleibt. Durch billigere MinijobberInnen, aber auch Zeitarbeitskräfte und die Möglichkeit des Outsourcings von Tätigkeiten in Bereiche ohne Tarifbindung oder mit niedrigen Tariflöhnen ist das Lohngefüge am unteren Rand des Lohnspektrums erheblich unter Druck geraten. Um Arbeitsplätze im Betrieb zu halten oder zurück zu gewinnen, sehen sich Gewerkschaften und Betriebsräte häufig gezwungen, der Streichung von Zuschlägen, der Verlängerung von Arbeitszeiten oder der Kürzung von Löhnen zuzustimmen. Oder es werden Zugeständnisse zu Lasten bestimmter Beschäftigtengruppen (neben geringfügig Beschäftigten und Zeitarbeitskräften häufig auch für Neueinstellungen) gemacht, um Besitzstände von Kernbelegschaften zu schützen (vgl. ausführlicher Bosch/Weinkopf 2007b).

	Kategorie	1995	2000	2006
Qualifikation	Ohne Berufsausbildung	33,5	26,1	26,4
	Mit Berufsausbildung	58,6	66,4	67,5
	Universität/Fachhochschule	7,9	7,5	6,1
Geschlecht	Männer	27,5	30,6	31,9
	Frauen	72,5	69,4	68,1
Alter	unter 25	13,8	15,2	12,3
	25 - 34	26,2	24,3	23,4
	35 - 44	22,3	25,8	29,9
	45 - 54	20,8	21,0	19,8
	55+	16,9	13,7	14,7
Nationalität	Deutsche	88,5	87,8	87,9
	AusländerInnen	11,5	12,2	12,1
Gesamt (Deutschland)		100,0	100,0	100,0

Tabelle 3: Anteil unterschiedlicher Beschäftigtengruppen im Niedriglohnssektor (Deutschland, alle Beschäftigten, getrennte Niedriglohnschwellen für Ost- und Westdeutschland, in %); Quelle: SOEP 2006, eigene Berechnung



» In kaum einem anderen Land ist die Niedriglohnbeschäftigung in den vergangenen Jahren so stark gestiegen wie in Deutschland. Bemerkenswert ist auch, dass eine Ausdifferenzierung der Löhne nach unten, wie wir sie für Deutschland festgestellt haben, in den europäischen Nachbarländern undenkbar ist, weil gesetzliche Mindestlöhne zwischen acht und neun Euro oder tarifliche Standards (in Dänemark) dies nicht zulassen. Selbst verglichen mit den USA, für die der Niedriglohnanteil auf rund 25% beziffert wird (Solow 2007), liegt die Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland (bezogen auf alle Beschäftigte) mit einem Anteil von mindestens 22,2% nicht mehr weit entfernt.

» Deutschland leistet sich zudem den „Luxus“, dass rund drei Viertel aller Niedriglohnbeschäftigten eine abgeschlossene Berufsausbildung oder sogar einen akademischen Abschluss aufweisen. Dies ist umso gravierender, als die Chance, aus einem Niedriglohnjob in besser bezahlte Beschäftigung zu kommen, hierzulande besonders gering ist (Kalina 2008). Kein Ruhmesblatt für ein Land auf dem Weg in die Wissensgesellschaft. ■



Foto: www.fotolia.de, © Ilan Amith

☞ Dr. Claudia Weinkopf, ist stellvertretende Geschäftsführende Direktorin des Instituts Arbeit und Qualifikation (IAQ) der Universität Duisburg-Essen und Leiterin der Forschungsabteilung Flexibilität und Sicherheit.

☞ Thorsten Kalina und Achim Vanselow, sind wissenschaftliche Mitarbeiter in dieser Forschungsabteilung des IAQ.

Literatur

- Bosch, Gerhard / Kalina, Thorsten (2007): Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland – Zahlen, Fakten, Ursachen. In: Bosch, Gerhard / Weinkopf, Claudia (Hg.): Arbeiten für wenig Geld: Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland. Frankfurt: Campus: 20-105.
- Bosch, Gerhard / Weinkopf, Claudia (Hg.) (2007a): Arbeiten für wenig Geld: Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland. Frankfurt: Campus.
- Bosch, Gerhard / Weinkopf, Claudia (2007b): Arbeiten für wenig Geld – Zusammenfassung und politischer Handlungsbedarf. In: Bosch, Gerhard / Weinkopf, Claudia (Hg.): Arbeiten für wenig Geld: Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland. Frankfurt: Campus: 286-312.
- Kalina, Thorsten (2008): Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland: Sprungbrett oder Sackgasse? In: Arbeit 17: 21-37.
- Kalina, Thorsten / Weinkopf, Claudia (2008): Weitere Zunahme der Niedriglohnbeschäftigung: 2006 bereits rund 6,5 Millionen Beschäftigte betroffen. IAQ-Report 2008-01. Institut Arbeit und Qualifikation. Gelsenkirchen.
- Solow, Robert M. (2007): Vorwort. In: Bosch, Gerhard / Weinkopf, Claudia (Hg.): Arbeiten für wenig Geld: Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland. Frankfurt: Campus: 7-14.

Was ist gute Arbeit?

von Ottmar Schreiner ■ ■

» Vor allem die IG Metall bemüht sich seit einigen Jahren um die Wiederbelebung von Arbeitspolitik, die Qualitätsmaßstäbe für gute Arbeit setzt und auch umsetzen will. Das neue Gewerkschaftsprojekt „Gute Arbeit“ umfasst Aspekte wie Arbeitszeitgestaltung, Gesundheitsschutz, altersgerechte Arbeitsplätze und die Förderung der beruflichen Weiterbildung. Die bisherigen Ergebnisse der Studien sind eindeutig: Aspekte der Einkommens- und Beschäftigungssicherheit rangieren klar vor anderen Aspekten wie etwa Arbeitsbedingungen und -inhalten. Ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis sowie ein regelmäßiger und auskömmlicher Lohn sind für den allergrößten Teil der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Kern von guter Arbeit.

» Im Jahr 2007 hat der DGB ein neues Bewertungsinstrument, den DGB-Index Gute Arbeit, der die Qualität der Arbeit in Deutschland kenntlich machen soll, sowie erste Ergebnisse einer repräsentativen Befragung vorgestellt. Bundesweit wurden Berufstätige befragt, einschließlich geringfügig Beschäftigter, LeiharbeiterInnen oder Teilzeitbeschäftigte und unabhängig von ihrer Gewerkschaftsmitgliedschaft. Die Ergebnisse der Studie bestätigen erneut mit allem Nachdruck, dass aus Sicht von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Arbeit nur dann als gut bezeichnet wird, wenn damit berufliche Zukunftssicherheit verbunden ist und die Einkommen als ausreichend und leistungsgerecht empfunden werden. Die Befunde machen deutlich, dass die zunehmende Prekarisierung der Arbeit auch von den (noch) nicht Betroffenen als latente Bedrohung wahrgenommen wird.



Foto: www.fotolia.de, © Rainer Schmittchen

» Sicherlich gibt es auch Beschäftigungsgruppen, die trotz flexibler Arbeitsformen fest in den Arbeitsmarkt integriert sind und häufig auch über hohe Einkommen verfügen. Dazu gehören Selbstmanager, wie z.B. Freelancer oder (Schein-) Selbständige in der Werbe- oder der Medienbranche, aber auch akademisch hochqualifizierte Angestellte. Bei den Betroffenen dominiert oft der Freiheitsgewinn, der aus flexiblen Arbeitsformen resultiert, über das Empfinden sozialer Unsicherheit. Dies ändert aber nichts an der hohen Wertschätzung, die das normale Arbeitsverhältnis bei der ganz überwiegenden Mehrheit der Menschen erfährt. Hier liegt eine große Chance für Gewerkschaften und Mitte-Links-Parteien, den Trend zu unsicherer Beschäftigung aufzuhalten und umzukehren. Dabei kann es aber nicht um ein bloßes „zurück-zu“ gehen, also um die Wiederherstellung eines flächendeckenden Normalarbeitsverhältnisses „alten Typs“.



□ Für ein modernes Normalarbeitsverhältnis

Das Normalarbeitsverhältnis hatte in Westdeutschland über lange Zeit eine politisch unbestrittene Orientierungsfunktion für die allgemeinen Einkommens- und Sicherheitsstandards. Arbeitsrechtliche Deregulierungen, wie z.B. die Lockerung des Kündigungsschutzes, die politisch gewollte Förderung und Begründung atypischer Beschäftigung (z.B. Minijobs und Leiharbeit), die Ausbreitung des Niedriglohnssektors sowie die Neukonstruktion der aktiven und passiven Arbeitsmarktpolitik entfalten auf breiter Front eine Hebelwirkung, die das Normalarbeitsverhältnis immer stärker zurückdrängt. Damit wächst der Druck auf die Menschen zur ungeschützten Verwertung ihrer Arbeitskraft um nahezu jeden Preis (Re-Kommodifizierung). Eine emanzipatorische Politik, die eine gesteigerte Handlungsautonomie der Menschen fördern will, müsste aber gerade auf die Stärkung und nicht die Schwächung der Erwerbspersonen am Arbeitsmarkt und in der sozialen Sicherung setzen. Das Normalarbeitsverhältnis soll die besondere „Ware Arbeitskraft“ vor den Wechselfällen des Arbeitsmarktes schützen. Ein absoluter Schutz etwa im Sinne einer Arbeitsplatzgarantie ist naturgemäß in einer Marktwirtschaft nicht möglich. Das Normalarbeitsverhältnis will dreierlei erreichen: Zum einen befördert es den Aufbau langfristiger Vertragsbeziehungen zwischen Unternehmen und Beschäftigten. Zweitens beruht es auf einem zumindest existenzsichernden Lohn. Schließlich umfasst es Eingriffe in den Arbeitsmarkt, die den Warencharakter der Arbeit, auf deren Verkauf sich die materielle Existenz des Arbeitnehmers gründet, einschränken soll. Damit wird der fundamentalen Besonderheit der Arbeitskraft Rechnung getragen: Die Vorgänge auf dem Arbeitsmarkt haben für den Besitzer der Arbeitskraft nicht nur eine ökonomische, sondern existenzielle Bedeutung. Sie ist zudem nicht nur Kosten-, sondern auch Nachfragefaktor.

» Vor allem aber: der Arbeitsmarkt ist deshalb kein Markt wie jeder andere, weil Menschen im Gegensatz zur Gemüsegurke oder zum Autoreifen eine besondere Würde haben. Das neoliberale Dogma, wonach der Arbeitsmarkt ein Markt wie jeder andere sei, der nur nach den Gesetzen von Angebot und Nachfrage funktioniert, erniedrigt den Menschen zu einem bloßen Objekt der Märkte und ist zutiefst inhuman.

» Ein breit gefächertes Regulierungsinstrumentarium reicht von der Bindung des Arbeitgebers an feste Regeln (beispielsweise Kündigungsschutz) über Arbeitsschutzmaßnahmen zum langfristigen Erhalt der Arbeitskraft bis hin zu einem verlässlichen Sozialschutz, der im Falle von Arbeitslosigkeit oder Krankheit sowie im Alter den erworbenen Lebensstandard in angemessenem Umfang sichern soll (Statusgarantien des Normalarbeitsverhältnisses). Die so erworbene relative Sicherheit stärkt die Verhandlungsmacht der abhängig Beschäftigten auf dem Arbeitsmarkt und sichert ihre Teilhabe am wirtschaftlichen Fortschritt. Das Normalarbeitsverhältnis wurde damit zu einem wesentlichen Garanten des sozialen Friedens. Allerdings hatten sich auch innerhalb des Normalarbeitsverhältnisses flexible Gestaltungsmomente ausgebreitet, wie zum Beispiel flexible Arbeitszeiten und Entgelte.

□ Gleichberechtigung bei Erwerbs- und Familienarbeit

Der normative Schutz des Normalarbeitsverhältnisses will die Existenzsicherung, die auf Erwerbsarbeit beruht, zur Grundlage eines auf Dauer planbaren Lebens machen. Bei allen notwendigen Veränderungen in der Arbeits- und Sozialpolitik muss als Leitbild an eben diesem normativen Grundanliegen festgehalten werden. Dies gilt für die sich verändernden herkömmlichen Dauerarbeitsverhältnisse, aber auch für neue Beschäftigungsformen. Der herkömmliche Begriff des Normalarbeitsverhältnisses muss durch ein erneuertes Leitbild ersetzt werden, ohne das zentrale

Bedürfnis nach sozialem Schutz preiszugeben. Auch das „alte“ Verständnis von normaler Arbeit enthielt schwere Diskriminierungselemente und war von Einstellungen, Verhaltensweisen und Prägungsmustern des Lebenslaufs bestimmt, die heute – wenn überhaupt – nur noch sehr begrenzt gelten. Dies gilt in besonderem Maße für die traditionelle Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen mit der Hausfrauenehe als Regelfall. Vor allem aufgrund der Bildungsexpansion ist die Bildungsbeteiligung der (westdeutschen) Frauen seit Anfang der 1970er Jahre ebenso beständig gestiegen wie ihre Beteiligung an der Erwerbsarbeit. Ein zeitgemäßes Verständnis von Normalarbeitsverhältnis muss dem verbreiteten Wunsch gerecht werden, dass beide Geschlechter sich gleichberechtigt die Erwerbs- wie auch die Familienarbeit teilen können. Frauen müssen einen prinzipiell eigenständigen Status von Beschäftigungs- und sozialer Sicherheit erwerben können, der unvereinbar ist mit dem Abdrängen auf prekäre Beschäftigung in Form eines das Einkommen des Mannes ergänzenden „Hinzuverdienstes“.

□ Für eine lebenslauforientierte Arbeitsversicherung

Ein modernes Normalarbeitsverhältnis muss nicht nur Flexibilisierungsrisiken absichern, sondern auch Flexibilisierungschancen eröffnen. Denkbar ist ein Umbau der Arbeitslosenversicherung in eine Arbeits- oder „Arbeitslebensversicherung“ (Günther Schmid). Diese soll nicht nur dann Leistungen erbringen, wenn das Risiko Arbeitslosigkeit eingetreten ist, sondern auch (gewollte) Übergänge und (ungewollte) Brüche in der Erwerbsbiographie absichern. Viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wünschen in bestimmten Lebensphasen eine weniger starke Einbindung in die betriebliche Arbeitswelt. Vorübergehende Erwerbsunterbrechungen oder Teilzeitarbeit sind vor allem für viele Frauen in erheblichem Umfang willkommen, um persönliche und berufliche Zeitwünsche einander anzugleichen. Dies gilt für individuelle Ansprüche auf Qualifizierung und Weiterbildung wie für Personen mit Zeitnot und

Fürsorgeverpflichtungen, die das Ausmaß der Erwerbstätigkeit jeweils ihren individuellen Bedürfnissen und Lebensumständen anpassen wollen. Umstände, die sich im Lebensverlauf ändern können – und ohne dass sie dadurch Nachteile erfahren.

Nur wenn das Normalarbeitsverhältnis auch neue Formen lebenslauforientierter Sicherung einschließt, wird es in seiner Funktion als zentrale arbeitsgesellschaftliche Bezugsnorm auch künftig bestehen können. Flexible und unterschiedliche Formen der Erwerbsarbeit dürfen nicht zu Lücken bei der sozialen Sicherung führen. Nur eine umfassende Versicherungspflicht, die den Zugang zu allen sozialen Sicherungssystemen unabhängig vom Status als Arbeitnehmer verbreitert und die Anreize zur Umgehung oder Einschränkung der Versicherungsbeträge abschafft (z.B. bei den Mini- und Midijobs und Selbständigkeit), kann verhindern, dass die Lasten einer späteren Grundversicherung immer größer werden.

Auch bei Selbständigen wächst das Armutsrisiko. Über die Hälfte arbeitet ohne Beschäftigte und lebt als „Solo“-Selbständige allein vom Verkauf ihrer Arbeitskraft, viele als Geringverdiener; häufig beauftragt von Unternehmen, die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung abgebaut haben und stattdessen die ökonomische Misere und Versicherungsfreiheit der meisten Selbständigen zur Kostenreduktion nutzen. Eines der wenigen positiven Elemente der Hartz-Gesetzgebung, die freiwillige Arbeitslosenversicherung für langjährig Selbständige, wurde in einer gesetzgeberischen Nacht- und Nebelaktion wieder abgeschafft. Der Wechsel von abhängiger Beschäftigung zu einer selbständigen Tätigkeit muss ebenso sozial geschützt werden wie der umgekehrte Weg. Zu einem erweiterten Verständnis von Normalarbeit gehört auch, dass die interne Flexibilität, wie z.B. intensive Weiterbildung in einem Unternehmen, absoluten Vorrang vor externen Maßnahmen wie Entlassungen hat. Soweit dafür auch flexible Entgelte und Arbeitszeitregelungen erforderlich sind, müssen diese tariflich geregelt werden. ▶

» Die Politik muss sich wieder trauen, Halte-
linien nach unten durchzusetzen und der
Wirtschaft bei der Behandlung von Arbeit-
nehmerinnen und Arbeitnehmern arbeitsrecht-
liche Standards abzuverlangen, die zum Schutz
der Beschäftigten unabdingbar sind. Der Arbeits-
vertrag ist für die allermeisten Menschen das
wichtigste Rechtsverhältnis ihres Lebens. Nicht
jede Arbeit ist besser als keine, sondern jede Arbeit
muss Grundlage sein können für ein selbstverant-
wortetes Leben und eine verantwortungsvolle
Lebensplanung, für eine angemessene Wohnung
und die Gründung einer Familie.



Foto: www.fotolia.de, ©Susanne Güttler

» Ein zeitgemäßes Verständnis von normaler
Arbeit bedarf zudem einer grundlegenden
Neuorientierung der Arbeitsmarktpolitik.
Seit der Hartz-Gesetzgebung reproduziert die
Arbeitsmarktpolitik die Aufspaltung der Arbeit in
sichere und prekäre Beschäftigung. Es wurde ein
zweistufiges Arbeitsmarktsystem installiert, das
die beitragsfinanzierte Arbeitslosenversicherung
sowohl rechtlich wie organisatorisch von der steu-
erfinanzierten Grundsicherung trennte. Bei der
Hartz IV-Grundsicherung aber handelt es sich
nicht mehr um eine wie auch immer geartete
Arbeitsmarktpolitik, sondern um die Umwandlung
von Arbeitsmarktpolitik in Armuts-„Fürsorge“.
Deshalb brauchen wir eine grundlegende Erneue-
rung der Arbeitsmarktpolitik. ■

↳ Ottmar Schreiner, ist SPD-Bundestagsabgeordneter und Vorsitzen-
der der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen AfA in der SPD.

PapyRossa Verlag



**Georg Fülberth: »Doch wenn sich die Dinge
ändern« – Die Linke | Broschur;**
169 Seiten; EUR 12,90

»Die Linke« will das Vakuum füllen, das der
Untergang des bundesdeutschen Sozialstaats und der
DDR hinterlassen hat. Georg Fülberth fragt nach ihrem
Platz in der Opposition gegen Marktradikalismus und
neue deutsche Weltpolitik.



Rolf Verleger:
Israels Irrweg – Eine jüdische Sicht
Broschur; 163 S.; EUR 12,90

„Das Judentum ist Leuten in die Hände gefallen, denen
Volk und Nation höhere Werte sind als Gerechtigkeit
und Nächstenliebe.“ Rolf Verleger, Mitglied im Direkto-
rium des Zentralrats der Juden in Deutschland, möchte
dies ändern und kritisiert Israels Politik als fatal.

Tel. (02 21) 44 85 45 | Fax 44 43 05 |
mail@papyrossa.de | www.papyrossa.de



Foto: Christian Kiel

» In der Debatte um die Gestaltung des Niedriglohnssektors in Deutschland haben sich – einhergehend mit seiner deutlichen Zunahme – die Schwerpunkte deutlich verschoben. Standen zuerst die „beschäftigungsfeindlichen“ Strukturen des deutschen Sozialstaats im Mittelpunkt, richtet sich der Blick nun auf die abnehmende Gestaltungskraft der Sozialpartner auf dem Arbeitsmarkt.

Eine kurze Rekapitulation ist angebracht: In den 90er Jahren gewann im Zuge der steigenden Arbeitslosigkeit in Deutschland und dem beschäftigungspolitischen Erfolg anderer Länder die Debatte über ein angebliches Beschäftigungsdefizit Deutschlands im Dienstleistungsbereich an Bedeutung. Da Arbeit auf Grund hoher Anspruchslöhne, Sozialabgaben und Steuern zu unattraktiv und teuer sei, würden viele, insbesondere einfache, Dienstleistungsarbeiten nicht angeboten. Der konservative Wohlfahrtsstaat stecke in der Klemme, da er weder nach angelsächsischem Modell einfache Dienstleistungsarbeit im privaten Sektor ermöglichen, noch auf Grund der Transferlastigkeit des Sozialstaats nach skandinavischem Vorbild neue Dienstleistungsbeschäftigung im öffentlichen und sozialen Sektor erschließen könne. Die Analyse wurde auch im sozialdemokratischen Umfeld weitgehend geteilt. Das Spektrum der möglichen Lösungen reichte dann von einer Absenkung der Sozialhilfe auf 50 Prozent („aktivierende Sozialhilfe“) in der neoliberalen Variante bis zur Subventionierung der Sozialabgaben von Geringverdienern oder der Schaffung zusätzlicher Anreize zur Stärkung der Nachfrage nach Dienstleistungen in der

Gute Arbeit im Niedriglohnsektor

Was steht auf der Agenda?

von Sebastian Jobelius ■ ■

sozialdemokratischen Variante. Letzteres hat entsprechend auch konkreten Niederschlag in der sozialdemokratischen Regierungspraxis der letzten Jahre gefunden.

» Durch ein verstärktes Fördern und Fordern in der Arbeitsmarktpolitik wird seitdem versucht, Arbeitslose schneller wieder in Arbeit zu vermitteln. Mit der Senkung des Einkommenssteuersatzes von 25 auf 15 Prozent, der Ausweitung der so genannten Mini-Jobs und der Einführung einer Gleitzone bei den Sozialabgaben im Bereich von 400 bis 800 Euro ist die Aufnahme einer niedrig bezahlten Arbeit für Beschäftigte und ArbeitgeberInnen attraktiver gemacht worden. Ins Feld dieser Maßnahmen gehören auch die steuerlichen Entlastungen für Haushalte, die haushaltsnahe Dienstleistungen nachfragen. Zu einer grundsätzlichen Verschiebung der Strukturen im Niedriglohnbereich, wie sie beispielsweise zu Beginn im wiederbelebten Bündnis für Arbeit angedacht war, ist es freilich nicht gekommen.

Im gleichen Zeitraum hat sowohl der gewerkschaftliche Organisationsgrad als auch die Tarifbindung in vielen Branchen dramatisch abgenommen – die Zunahme des Niedriglohnssektors ist die Folge: Kein Versäumnis der Gewerkschaften, sondern Ergebnis anhaltend hoher Arbeitslosigkeit, des wirtschaftlichen Strukturwandels hin zu kleineren Dienstleistungsunternehmen und des wachsenden Wettbewerbsdrucks.





Mit der Einführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende als einheitliche Leistung für alle Menschen, deren Arbeitseinkommen für sich bzw. ihre Bedarfsgemeinschaft nicht ausreicht, und der Öffnung der Lohnskala nach unten als Folge unzureichender oder fehlender tariflicher Absicherung, ist nun eine ordnungspolitisch untragbare Situation entstanden. Ein transparenteres System der Einkommenssicherung auf der einen Seite und eine nach unten grenzenlos offene Lohnskala schafft heute die besten Voraussetzungen, um in Branchen ohne Tarifbindung Lohn-dumping in nicht gekannter Form zu praktizieren.

Eine Weiterentwicklung der sozialdemokratischen Agenda zur Gestaltung des Niedriglohnsektors ist vor diesem Hintergrund notwendig. Vier Ziele könnten hierbei konkret handlungsleitend sein. Diese werden im Folgenden kurz benannt und konkretisiert.

Erstens: Jeder Vollzeitbeschäftigte muss mindestens soviel verdienen, dass davon der eigene Lebensunterhalt bestritten werden kann.



Unumstritten ist mittlerweile in SPD, Gewerkschaften und weiten Teilen der Bevölkerung, dass die Lohnskala nach unten durch einen tariflichen oder einen gesetzlichen Mindestlohn begrenzt sein muss. Schwieriger ist die Frage, wie hoch ein Mindestlohn sein und wie diese Höhe festgelegt werden soll. Als Richtschnur sozialdemokratischer Politik macht es Sinn, den durchschnittlichen Bedarf eines allein stehenden ALG II Empfängers zum Maßstab zu nehmen. Entsprechend erscheinen Mindestlöhne zwischen sechs und 7,50 Euro angemessen. In Deutschland arbeiten gegenwärtig ca. 5,5 Millionen Menschen für Stundenlöhne unter 7,50 Euro. Angesichts dieser Dimensionen macht es Sinn, die Verbreitung von Mindestlöhnen schrittweise vorzunehmen. In Großbritannien, das keine mit Deutschland vergleichbaren Tarifstrukturen aufweist, ist der gesetzliche Mindestlohn zunächst sehr niedrig eingeführt und dann erstreckt auf mehrere Jahre schrittweise angehoben worden. In Deutschland sind

bereits erste Erfahrungen mit Mindestlöhnen über den Weg des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes gemacht worden. Weitere Branchen werden im Rahmen des gerade anlaufenden Gesetzgebungsprozesses zur Überarbeitung dieses Gesetzes und des Mindestarbeitsbedingungengesetzes hinzukommen. Das Mindestarbeitsbedingungengesetz soll dabei die Möglichkeit schaffen, über eine unabhängige Kommission in solchen Branchen Mindestlöhne gesetzlich festzulegen, in denen die Tarifbindung bei unter 50 Prozent liegt. Welcher Spielraum dann zur Festlegung eines gesetzlichen Mindestlohns nach der nächsten Bundestagswahl besteht, wird abzuwarten sein.

Zweitens: Auch Personen, deren Erwerbsbiografie von niedrig entlohnter Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und atypischen Arbeitsformen geprägt ist, müssen mit der gesetzlichen Rente und ergänzender privater Vorsorge Rentenansprüche oberhalb der Grundsicherung im Alter aufbauen können.



Zu einer finanziellen Absicherung der Arbeitnehmer im Niedriglohnbereich gehört aufbauend auf einen Mindestlohn ebenso die Sicherung ausreichender Rentenansprüche im Alter. Legt man eine Lohnuntergrenze von 7,50 Euro und eine kontinuierliche Erwerbsbiografie zu Grunde, würde ein Arbeitnehmer, der zu diesem Lohn beschäftigt ist, in Kombination mit einer Riesterrente eine eigene Rente deutlich über Grundsicherungsniveau erreichen. Nicht die Forderung nach einer Mindestrente, sondern nach einem Mindestlohn gehört daher auch ins Zentrum der Alterssicherungspolitik – sofern es um die Vermeidung von Altersarmut geht. Auffällig ist, dass viele Vorschläge aus der jüngeren Zeit, die mit dem Ziel vorgetragen werden, Altersarmut in Zukunft zu vermeiden, auf eine Mindestrente nach langer Beitragsdauer abzielen. Sie stellen damit auf ein Problem ab, das so nicht existiert, ohne eine Lösung für die Personen bereitzuhalten, die vielleicht wirklich in Zukunft von Altersarmut bedroht sind. Dabei handelt es sich vor allem um diejenigen, die längere Phasen von geringer oder keiner Beitragsleistung aufzuweisen haben – zum

Beispiel auf Grund von längerer oder häufig eingetretener Arbeitslosigkeit, selbständiger Arbeit, Teilzeitarbeit oder vorübergehender Inaktivität. Insbesondere für die beiden erst genannten Gruppen sind scheinbar direkte Verbesserungen in der Altersversorgung angebracht.

Drittens: Jeder im Niedriglohnbereich Beschäftigte muss Chancen bekommen, durch Weiterqualifizierung, betrieblichen Aufstieg oder den Wechsel des Arbeitsplatzes oder der Beschäftigungsform den Niedriglohnsektor verlassen zu können.

Dies ist ein Kernpunkt sozialdemokratischer Politik. Politik und Tarifparteien sind gleichermaßen gefordert. Beispielhaft wird dies für die Leiharbeit deutlich. Sie ist in vielen Fällen ein Instrument, mit dem Arbeitslose den Wiedereinstieg in eine dauerhafte Beschäftigung schaffen können. Der Gesetzgeber hat daher den Tarifparteien die Möglichkeit gegeben, in hohem Maße die Bedingungen im Leiharbeitssektor mit zu gestalten. Auch dadurch, dass sie mit Tarifvertrag von dem Grundsatz „equal pay“ abweichen können. Jedoch wird nicht immer von diesen Möglichkeiten im Sinne der Beschäftigten gebrauch gemacht. Es ist daher auf Seiten der Sozialpartner notwendig, den Einsatz der Leiharbeit verstärkt auf betrieblicher und tariflicher Ebene zu begleiten. Seitens der Politik muss diskutiert werden, ob die Möglichkeit, dauerhaft vom Grundsatz „equal pay“ per Tarifvertrag abweichen zu können vor dem Hintergrund der gemachten Erfahrungen haltbar ist.

Viertens: Die Kinder von wenig verdienenden Eltern dürfen keine schlechteren Bildungschancen haben als andere.

» Selbst wenn Eltern dauerhaft einer Beschäftigung im Niedriglohnbereich nachgehen, ist für sie die Botschaft wichtig, dass für Ihre Kinder Aufstieg durch Bildung möglich ist. Dies ist heute nur unzureichend der Fall. Die Chancen, mit einem Hauptschulabschluss einen ungeforderten Ausbildungsplatz zu bekommen sind erschreckend gering, die soziale Schief-

lage des deutschen Bildungswesens ist bekannt. An dieser Stelle dürfen insbesondere die Bundesländer nicht aus der Verantwortung entlassen werden. Von der Lehrmittelfreiheit und der Kosten für das Mittagessen an Schulen bis zur Durchlässigkeit des Bildungssystems liegen die Gestaltungsmöglichkeiten bei ihnen. Der Bund kann beispielsweise mit Instrumenten der Arbeitsmarktpolitik versuchen, auf die schlimmsten Folgen unzureichender Bildungspolitik zu reagieren. Eine wirkliche Mobilität nach oben im Generationenverlauf wird aber nur möglich sein, wenn die Benachteiligungen vor Eintritt in das Erwerbsleben abgebaut werden. ■

☞ Sebastian Jobelius, arbeitet als Referent im Planungs- und Leitungsstab des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales in Berlin und ist Mitglied der Redaktion von spw. Der Artikel gibt seine persönliche Meinung wieder.

LINKE?
Bei uns schon
seit 1863!

Mitglied werden!

DL 21

Forum demokratische Linke
Die Linke in der SPD

www.forum-dl21.de

Gute Arbeit – ein Beitrag zur gewerkschaftlichen Revitalisierung?



von Klaus Pickshaus



Foto: www.fotolia.de, © reiro

» Dass die Gewerkschaften nicht die beste Performance aufweisen, ist kein Geheimnis. Und so kreisten lange Zeit viele Debatten um die diversen Phänomene einer „Krise der Gewerkschaften“. Neuerdings häufen sich aber Hinweise über neue Lebenszeichen – sei es durch erfolgreiche Tarifbewegungen oder durch innovative Kampagnen zur Mitgliedererwerb. Nicht zuletzt auch angestoßen durch angelsächsische Erfahrungen unterschiedlicher „Organizing“-Ansätze hat sich das Interesse in der Diskussion und zum Teil auch der Gewerkschaftsforschung verschoben: Nicht mehr Niedergangsprognosen, sondern zunehmend mögliche Revitalisierungschancen der Gewerkschaften rücken in den Mittelpunkt. Dies belebt die Strategiedebatten, die weit über die Gewerkschaften hinaus auch für die politische Linke befruchtend sein können.

» Klaus Dörre konstatiert angesichts der Fixierung in der Publizistik auf US-amerikanische Organizing-Ansätze, dass nicht übersehen werden dürfe, „dass die deutschen Gewerkschaften den amerikanischen „Organizing-Unions“ auf vielen betriebspolitischen Feldern ein gutes Stück voraus sind. Das gilt z.B. für arbeitspolitische Gestaltungsansätze, wie sie im IGM-Projekt „Gute Arbeit“ zu unterschiedlichen Themen (Gesundheitsprävention, demografischer Wandel, Leistungssteuerung) erprobt werden. Diese Ansätze sind auch geeignet, in den expandierenden Segmenten mit qualifizierten, teilweise managementnahen

Tätigkeiten Beachtung zu finden.“ Soweit die Bewertung des Jenaer Industriesoziologen.

Schauen wir uns das erwähnte Projekt Gute Arbeit der IG Metall näher an. Drei Dimensionen seiner Anlage und Wirkung fallen ins Auge:

□ 1. Erfolgreiches Agenda Setting

Das Thema Gute Arbeit ist bekanntlich seit einigen Jahren in aller Munde: die SPD nutzt es für ihre Wahlkämpfe und Programmdebatte. Die Linke im Bundestag ergriff eine Initiative Gute Arbeit – gutes Leben. Der Europäische Rat nutzt den Begriff – nicht zuletzt auf Veranlassung des deutschen Arbeitsministers – ebenfalls, um für seine Flexicurity-Strategie Akzeptanz zu schaffen. Also: Ein erfolgreiches gewerkschaftliches Agenda setting?

» Auf die arbeitspolitische Agenda gesetzt hatte die IG Metall 2004 das Thema mit einem dreijährigen Projekt „Gute Arbeit“, das nunmehr in den gewerkschaftlichen Organisationsstrukturen als festes Arbeitsfeld – als IG Metall-Initiative Gute Arbeit – fortgeführt wird. Und schon im Jahre 2002 war eine neue Humanisierungsoffensive von Hans-Jürgen Urban und Klaus Pickshaus eingefordert worden, um „ein arbeitspolitisches, Einzelthemen integrierendes Reformkonzept für eine moderne, humane Arbeitswelt

zu entwickeln“. Die Vermutung damals: „Eine solche ‚konkrete Utopie einer ‚guten Arbeit‘ (könnte) auch heute, allem Wertewandel zum Trotz, weitreichende Ausstrahlungskraft erzeugen.“

Das Original der Initiative Gute Arbeit kann also bei der IG Metall entdeckt werden. Was waren hierfür die Anstöße?

Ausschlaggebend war vor allem der arbeitspolitische Problemdruck. Neben klassischen Belastungen und Gefährdungen hat insbesondere arbeitsbedingter Stress zugenommen und ist zur zentralen Zumutung der neuen flexibilisierten Arbeitsverhältnisse geworden.

Der Anteil qualifizierter Tätigkeit mit gewachsener Autonomie und weniger Hierarchie ist gestiegen; gleichzeitig nahm jedoch der Druck in der Arbeit erheblich zu. Mehr Autonomie führt keineswegs automatisch zu mehr Humanität in der Arbeit, sondern produziert vielfach neue Risiken und Gefährdungslagen.

Zugleich lassen sich Tendenzen einer Retaylorisierung von Arbeitsverhältnissen und die Rückkehr kurzer Arbeitstakte und repetitiver Arbeitsvorgänge mit traditionellen Gesundheitsgefährdungen beobachten.

Zusätzlicher Handlungsdruck entsteht durch die demografischen Veränderungen, auf die die Unternehmensleitungen bislang keinerlei Antworten gefunden haben. In vielen Großbetrieben steigt der Altersdurchschnitt stetig, und der Anteil von gesundheitlich eingeschränkten nimmt zu, ohne dass noch Ausweichearbeitsplätze zur Verfügung stehen.

Und schließlich ruft die Ausweitung prekärer Arbeitsverhältnisse wachsende Problempotentiale hervor. Bei diesen prekären Arbeitsverhältnissen kumulieren sämtliche alten wie neuen Gesundheitsbelastungen.

Mit dem Projekt Gute Arbeit hat die IG Metall als erste Gewerkschaft versucht, diese zentralen Handlungsfelder aufzugreifen. Drei Themen standen im Mittelpunkt: „Der Arbeit ein gesundes Maß geben – Arbeitszeit und Leistung begrenzen“, „alternsgerechte und lernförderliche Gestaltung der Arbeit“ sowie „prekäre Beschäftigung eindämmen – Belastungen und Risiken verringern“. Mit dem „Handbuch Gute Arbeit“ konnte ein betriebspolitischer Werkzeugkasten entwickelt werden, der konkrete Instrumente wie z.B. einen Arbeitszeit-TÜV enthält. Mittlerweile hat die IG Metall zu einzelnen vom Projekt thematisierten Schwerpunkten wie der Eindämmung von Leiharbeit eine große Kampagne gestartet.

Die Ziele waren von vorneherein ambitioniert: Aus einer Situation gewerkschaftlicher Defensive sollte eine neue Perspektive für Arbeitspolitik erschlossen werden. Denn gegenüber der Zeit, als die Humanisierung der Arbeit ein weithin akzeptiertes Projekt war, haben sich im Finanzkapitalismus die Grundkonstellationen in mehrerer Hinsicht verändert:

Die Auseinandersetzung um Gute Arbeit findet heute unter weitreichend veränderten Modi der Unternehmenssteuerung, der Arbeits- und Sozialverfassung, sowie eines Um- und Rückbaus der Sozialsysteme statt. Mit der Durchsetzung eines neuen Finanzmarktkapitalismus bestimmen die SchlüsselakteurInnen und Spielregeln der globalen Finanzmärkte die Konstellationen in Unternehmen, Gesellschaft und Politik. Die auf den Kapitalmärkten erzielbaren Renditen werden zu Messlatten der betrieblichen Rentabilität und der Shareholder Value avanciert zur zentralen Steuerungsgröße der Unternehmensführung. Es zieht eine neue Maßlosigkeit in die Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit ein. In der Folge ist ein arbeitspolitischer Rollback zu konstatieren und neue Problemlagen, insbesondere eines erheblichen Zeit- und Leistungsdrucks, nehmen für fast alle Beschäftigten zu. „Win-Win“-Konstellationen einer betrieblichen

Kompromissbildung, wie sie aus alten Humanisierungsprojekten bekannt waren, werden sehr viel schwieriger, da die FinanzerInnen und ControllerInnen im Management die Oberhand gewonnen haben.

Allein schon als Antwort auf diese neuen ökonomischen Konstellationen und gegen diesen neo-liberalen Mainstream musste eine gewerkschaftliche Initiative Gute Arbeit neue Akzente setzen.

□ 2. Repolitisierung der Arbeitsbedingungen

Die Initiative Gute Arbeit zielt darauf, sowohl die betriebliche Gestaltung von Arbeitsbedingungen erneut ins Zentrum zu rücken als auch die Qualität der Arbeit zu einem gesellschaftspolitischen Thema zu machen. Insofern geht es um die Re-Politisierung eines Handlungsfeldes, das die Gewerkschaftsbewegung von ihren Anfängen an wesentlich geprägt hat.

Ein solches, an bisherigen Arbeitspolitiken ansetzendes und zugleich die neue Realität des Finanzmarktkapitalismus reflektierendes Konzept enthält drei strategische Stoßrichtungen:

I.

„Gute Arbeit“ ist unter den gegenwärtigen Handlungskonstellationen zuallererst ein Widerstandskonzept. Es gilt, schlechter Arbeit Grenzen zu setzen und Widerstandslinien aufzubauen, um die Anpassungsspirale von Standards guter Arbeit nach unten zu stoppen. Dies bedeutet in erster Linie, einen Kampf gegen weitere Arbeitszeitverlängerung und die Ausweitung von prekären Jobs zu führen.

II.

„Gute Arbeit“ ist darüber hinaus auch eine Interventionsstrategie, um in zentralen Feldern der Gestaltung von Arbeitsbedingungen vor allem betriebspolitisch handlungsfähig zu werden und eigene Konzepte von guter Arbeit in die Auseinandersetzungen einzubringen.

III.

„Gute Arbeit“ ist aber auch ein Zukunftskonzept, das in einer Situation der arbeitspolitischen Defensive die Ansprüche und Interessen der Beschäftigten an gute Arbeit und gutes Leben stärkt und ihre soziale Phantasie auch in einer Widerstandssituation freisetzen hilft.

» Mit diesem Ansatz und der IG Metall-Initiative Gute Arbeit soll ein Beitrag zu einer notwendigen arbeitspolitischen Zukunftsdebatte geleistet werden, in der die aktuellen Veränderungen in der Arbeitswelt bearbeitet und Entwürfe für mehr und bessere Arbeitsplätze sowie für eine humane Arbeitsorganisation präsentiert werden können. Im Unterschied zu alten Humanisierungskonzepten müssen gegenwärtige Konzepte der intensiveren Verschränkung von Arbeits- und Lebenswelten sehr viel stärker Rechnung tragen und dabei die veränderten Erwerbs- und Lebensentwürfe von Frauen und Männern berücksichtigen.

» Solche konzeptionellen Ansätze einer revitalisierten Arbeitspolitik werden in der IG Metall-Diskussion mit betriebs- und branchenorientierten Innovationsstrategien („besser statt billiger“) sowie sozial- und gesellschaftspolitischen Reformalternativen verknüpft. Gute Arbeit kann ein wichtiges Feld einer gewerkschaftlichen Revitalisierung bilden – wenn betriebspolitische Handlungsfähigkeit gestärkt und mit gesellschaftspolitischer Intervention verknüpft wird.

□ 3. Gesellschaftspolitische Intervention

Da Gute Arbeit mittlerweile den gesellschafts- und auch parteipolitischen Diskurs erreicht hat, wächst das Bedürfnis nach Klarheit und Trennschärfe, was gute Arbeit eigentlich ausmacht. Insofern kam die gemeinsame gewerkschaftliche Initiative, einen DGB-Index Gute Arbeit zu entwickeln, zur rechten Zeit.

Das arbeitswissenschaftlich gestützte Instrumentarium des DGB-Index mit Hilfe einer repräsentativen Befragung liefert einen Maßstab aus Sicht der Beschäftigten selbst, ein menschliches Maß für Arbeit. Der Index fragt erst einmal, was die Beschäftigten selbst unter guter Arbeit verstehen und ermittelt dann ein realistisches Bild über die Kluft zwischen diesen Ansprüchen und der erlebten Wirklichkeit. Zentrale Dimensionen sind: Die erlebten Belastungen, die vorhandenen Ressourcen zur Bewältigung von Anforderungen, sowie die Einkommens- und Beschäftigungssicherheit. Das Ergebnis, das 2007 erstmals erhoben wurde und nunmehr eine kontinuierliche Sozialberichterstattung einleitet, zeigt: Schlechte Arbeit ist stärker als gute Arbeit verbreitet – auch als Folge einer Politik derjenigen Regierungsverantwortlichen, die jetzt Gute Arbeit als Leitbild neu entdeckt haben.

Wie steht es nun mit der politischen Debatte um eine Qualität der Arbeit? Von der Bundesregierung wird „Gute Arbeit“ neuerdings für das europäische Sozialmodell beansprucht, das im Rahmen des Lissabon-Prozesses nicht nur mehr, sondern auch bessere Arbeitsplätze gewährleisten sollte, um Europa zum „wettbewerbsfähigsten ... Wirtschaftsraum der Welt“ zu machen. Auch in der neuen Flexicurity-Strategie der Europäischen Union, die ein Gleichgewicht zwischen wirtschaftlicher Flexibilität und sozialer Sicherheit schaffen will, wird das Leitbild Gute Arbeit bemüht. Sowohl im Konzept wie in den sozialen Realitäten, in denen zunehmende Prekarisierung der Arbeit statt neuer Balance von Flexibilität und sozialer Sicherheit anzutreffen sind, dominiert das Ziel der Wettbewerbsfähigkeit.

» Gegenüber einer solchen wettbewerbspolitischen Vereinnahmung muss nach Meinung der IG Metall eine Initiative für eine gute Arbeit als „gegengendenzieltes Projekt“ verstanden und praktiziert werden. „Als ein Projekt, das vor allem die gesundheitlichen, sozialen und arbeitsinhaltlichen Interessen der Beschäftigten zur Geltung bringt; und das aus den produktivitäts- und wettbewerbsfördernden Impulsen durchaus Bewegungsenergie bezieht, sie aber nicht zum zentralen Bewertungs- und Rechtfertigungskriterium erhebt.“

Gute Arbeit kommt ohne Konflikt- und Gegenmachtfähigkeit nicht aus. Die gegenwärtigen ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen verlangen einen solchen strategischen Ansatz, wenn die Interessen der Beschäftigten als Maßstab gelten sollen.

» Dieser Maßstab gilt auch als Bewertung gegenüber allen parteipolitischen Versuchen – sei es von der SPD oder der „Linken“ –, das Thema Gute Arbeit zu besetzen. So positiv dieser neue politische Diskurs ist, gilt auch hier das Motto des diesjährigen Ersten Mai: „Gute Arbeit muss drin sein.“ Etikettenschwindel wäre es etwa, Hartz IV oder die Rente mit 67 mit Guter Arbeit zu kaschieren. Eindeutigkeit ist hier gefragt, nur dann entsteht neue Glaubwürdigkeit.

Gewerkschaftliche Revitalisierung beinhaltet auch eine neue strategische Flexibilität gegenüber den politischen Parteien. Statt Pflege „privilegierter Partnerschaften“ ausschließlich mit einer Partei sind Stärkung der eigenen Mobilisierungspotentiale und gleichzeitiger Dialog mit der Politik, aber auch der Aufbau neuer bündnispolitischer Konstellationen angesagt. Dies gilt auch für das Zukunftsfeld Gute Arbeit. ■

☞ Klaus Pickshaus, ist Leiter des Funktionsbereichs Gesundheitsschutz und Arbeitsgestaltung beim Vorstand der IG-Metall.



Aktivieren mit McKinsey geht eben nicht!

Interview mit Wolfgang Uellenberg van Daven

↳ Dr. Wolfgang Uellenberg van Daven, ist Vorsitzender der DGB-Region Köln-Leverkusen-Erft-Berg. Foto: DGB



spw: Eine neue Balance von „Fördern“ und „Fordern“ sollte das arbeitsmarktpolitische Leitbild der Regierungspolitik seit 2002 bestimmen. Wie gleichgewichtig sind diese beiden Zielvorgaben in der Praxis?

Wolfgang Uellenberg van Daven: Derzeit wird weder richtig gefordert noch gefördert. Das Fördern verliert Qualität und die Maßnahmen reichen kaum aus. Beim Fordern höre ich mehr markige Reden als das sanktioniert wird, denn der arbeitsscheue Langzeitarbeitslose als Idealtyp existiert nur in den Phantasien von Reformern. Es gab im Kölner Modell sieben Prozent der Kunden, die ihre Mitwirkung verweigerten. Daraus eine Strategie zu machen, hat wohl mehr mit einem autoritären Weltbild zu tun, in dem der Staat sich anmaßt, Menschen vorzuschreiben wie sie leben sollen, als mit dem wirklichen Leben, in der ein gewisser Druck dann helfen kann, wenn es eine gute und ausreichende Förderung gibt.

spw: Mit „Jobcenter“, „Fallmanager“ und anderen Wortschöpfungen wurde der Umbau Arbeitsvermittlung umschrieben. Was hat sich seitdem, vor dem Hintergrund Deiner regionalen Erfahrungen, getan?

Wolfgang Uellenberg van Daven: Die ursprüngliche Idee des Kölner Jobcenters war gut: Die Arbeitsvermittlung sollte vom Geruch des Amtes befreit, die ArbeitsvermittlerInnen von Griff in den Zettelkasten freigestellt und zu

einer an der Person orientierten Förderung ermuntert werden. Leider hat die Geschwindigkeit der Einführung von Hartz IV – die Clementsche Turbopolitik – das ganze Unternehmen an den Rand des Ruins getrieben: Überall fehlen ausgebildete Fachkräfte und die, die es gibt, sind völlig überlastet. Zum einen entspricht der tatsächliche Personalschlüssel bei weitem nicht den Vorgaben, dann gibt es im SGB II große Rekrutierungsprobleme. Dann werden Leihkräfte von Vivento oder nur befristet Beschäftigte eingesetzt. Zum anderen ändern sich dauernd die Vorschriften, der Gesetzgeber verschlimmbessert laufend das Gesetz – die GesetzesmacherInnen im Ministerium leben in einem Wolkenkuckucksheim – und die EDV bricht immer wieder zusammen.

spw: Die Neuausrichtung der Arbeitsmarktpolitik ging einher mit einer Stärkung der Bundesagentur. Wie sieht hier Deine Bilanz aus?

Wolfgang Uellenberg van Daven: Gerster und Clement als geistesverwandte Zentralisten haben es geschafft, alle reformwilligen Beteiligten vor Ort vor den Kopf zu stoßen. Das Kölner Modell wurde von einem breiten Konsens örtlicher Akteure getragen und auch hier entwickelt. Wie man eine solche dezentral entwickelte Reform von enormer Tragweite mit einer zentralistischen Bürokratie umsetzen wollte, ist mir völlig schleierhaft. Hartz hatte ausdrücklich an die Ideen und das Engagement der örtlichen Akteure appelliert – Clement hat diesen jede Form der

Mitwirkung genommen. Gewinner ist die Bundeszentrale, die nun wieder fröhlich administriert und ihren örtlichen Agenturen kaum Spielraum lässt.

spw: Ein Vorwurf lautet, Langzeitarbeitslose werden aus der Vermittlung herausgenommen und die Integrationsbemühungen konzentrieren sich auf die leichten Fälle.

Wolfgang Uellenberg van Daven: Das ist richtig: Langzeitarbeitslose werden klassifiziert in solche, die ohne Hilfe klar kommen, in solche, die nur ein wenig Hilfe brauchen und in die mehr oder weniger schweren Fälle, die eigentlich längere Hilfsangebote benötigen oder gar keine Chance mehr haben. Dies ist auf der einen Seite sinnvoll, denn warum soll ein bedürftiger Selbständiger Medienunternehmer, der gerade kein Geld verdient in Trainingsmaßnahmen gesteckt werden, die ein anderer braucht. Undurchsichtig sind aber die Kriterien, nach denen entschieden wird und nach welchen Gesichtspunkten dann welche Fördermaßnahmen ergriffen werden. Zudem besteht die Gefahr der Ausgrenzung der besonders Hilfsbedürftigen durch ein überlastetes Personal.

spw: Was beobachtest Du auf Seiten der Beschäftigten der Arbeitsmarktverwaltung unter dem Stichwort Vermarktlichung?

Wolfgang Uellenberg van Daven: Die Beschäftigten der Arbeitsverwaltung werden immer mehr reglementiert – nicht über Vorschriften, sondern über so genannte Handlungsprogramme, die jeden Schritt vorschreiben. Phantasie ist da nicht mehr gefragt, sondern nur noch Handgriffe. Die Statistik nimmt zudem einen immer größeren Raum ein.

spw: Und wie sieht es bei den TrägerInnen aus?

Wolfgang Uellenberg van Daven: Bei der TrägerInnenlandschaft regiert der Rotstift. Kostensenkung hat die oberste Priorität. Die wesentlichen Förderinstrumente für die Arbeitslosen wie Fortbildung und Trainingsmaßnahmen

werden über die Regionalen Einkaufszentren der Regionaldirektionen der Bundesagentur ausgeschrieben und dann entscheidet der Preis. Viele qualitativ hochwertige BildungsträgerInnen mussten schon aufgeben oder über Billigstangebote Aufträge hereinholen. Lohndumping für die dort Beschäftigten ist an der Tagesordnung und ein erschreckender Verfall der Qualität dazu. Da alle Maßnahmen in größeren oder kleineren Abständen neu ausgeschrieben werden, können die TrägerInnen ihre Beschäftigten fast nur noch befristet einstellen. Wenn der Auftrag verloren geht, werden sie entlassen. So produziert die neue Politik zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit neue Arbeitslose.

Für die Langzeitarbeitslosen werden bisher vor allem die Ein-Euro-Jobs angeboten. Nur durch besondere Förderketten oder in Kombination mit den sonstigen Leistungen des SGB II können noch hochwertige Angebote gemacht werden. Diese sonstigen Leistungen werden aber nun per Weisung des Bundesministeriums streng reglementiert.

Zudem sind viele der BetreuerInnen völlig überfordert, Menschen mit vielen Problemen gezielt zu helfen. Darum wird die ganze Förderkette wiederum an soziale und freie TrägerInnen als Wohlfahrtsverbände usw. abgegeben. Für diese gilt aber wiederum die Ausschreibungspraxis. Auch dies trägt nicht zur qualitativen Steigerung der Förderqualität bei. Aktivieren mit McKinsey geht eben nicht!

spw: Was wäre nötig, um den neuen Berufsgruppen mehr Sicherheit zu geben? Wäre eine Erwerbstätigenversicherung ein realistisches Vorhaben?

Wolfgang Uellenberg van Daven: Eine Erwerbstätigenversicherung würde zumindest verhindern, dass die Soloselbständigen aus der sozialen Sicherung herausfallen oder so viel aufwenden müssen, um sich privat zu versichern, dass sie nur noch dafür arbeiten. Aber man könnte auch über eine Art negative Einkommensteuer für diese Gruppe – und nur für die – nachdenken, um ihnen wenigstens das Existenzminimum zu sichern.

spw: In der spw 145 „Job-Gipfel“ beschreibst Du das Kölner Modell und seine Potentiale der stadtteilbezogenen Beschäftigungspolitik. Wie steht es um dieses Modell?

Wolfgang Uellenberg van Daven: Im Kölner Modell haben wir mit den Jobbörsen und mit Beschäftigungs- und Qualifizierungsprojekten gute Erfahrungen gemacht. Allerdings hat die Vermarktlichung des Fördersystems dazu geführt, dass TrägerInnen möglichst viele Arbeitslose zugeteilt bekommen müssen, um existieren zu können. Es gibt nur noch eine personen- aber nicht mehr eine projektbezogene Förderung. Wenn den Trägern die Arbeitslosen ausgehen, sind sie pleite – welch ein Wahnsinn!

Zudem hat die von oben verordnete Massenförderung durch die Ein-Euro-Euro Jobs mit einer Dauer von drei bis sechs Monaten Geld und Potenziale für sinnvolle Beschäftigungsprojekte auf ein Minimum reduziert. Wenn aber Mittel gebraucht werden, um größere Projekte zu finanzieren, dann sind diese meist nicht vorhanden. Die durchaus sinnvolle Entgeltvariante – die Beschäftigung auf Tarifvertragsbasis von 11 Monaten – wurde völlig heruntergefahren, obwohl sie gute Vermittlungserfolge hatte. Bei den Ein-Euro-Jobs wurden nur zwei Prozent vermittelt.

spw: Wieso plädiert Du für eine Stärkung regionaler Ansätze bzw. des Flickenteppichs? Anders herum, welche Gefahren bzw. Risiken begleiten regionale Ansätze aus Deiner Sicht?

Wolfgang Uellenberg van Daven: Die regionalen Arbeitsmärkte unterscheiden sich sehr stark voneinander. Darum müssen zwar die Leistungen im Grunde gleich sein, aber sie müssen auch regional aufgestockt werden können. Auch die Förderstrategien müssen sich an den regionalen Besonderheiten orientieren und die regionalen AkteurInnen brauchen mehr Spielräume. Die Gefahr einer kompletten Regionalisierung liegt darin, dass dann klamme Kommunen Arbeitsplätze abbauen und Arbeitslose als Billigstarbeitskräfte öffentliche Aufgaben übernehmen.

Zudem sollte man es nicht den Landtagswahlen überantworten, ob sich autoritär konservativ oder gemäßigt moderne rot – grüne Ansätze der Arbeitsförderung durchsetzen.

spw: Spannungsfeld Bundesministerium und Agentur für Arbeit. Der Bundesarbeitsminister will offensichtlich einen stärkeren Zugriff auf die Bundesagentur haben. Ein richtiger Schritt?

Wolfgang Uellenberg van Daven: Die Bundesagentur wird von den VertreterInnen der Beitragszahler zumindest dem Anspruch nach gelenkt. Wenn wir künftige die gesamte Arbeitslosenversicherung aus Steuermitteln finanzieren wollen, dann wäre eine Steuerung durch das BMAS gerechtfertigt. Ansonsten sollte das Ministerium mehr überwachen und weniger steuern.

spw: Stichwort Selbstverwaltung. Können auf bundes- als auch auf regionaler Ebene hier noch von Seiten der Gewerkschaften Impulse gesetzt werden? Ist die Selbstverwaltung noch ein lohnenswertes Instrument?

Wolfgang Uellenberg van Daven: Wir setzen Impulse mit Ideen, Vorschlägen und einer öffentlichen kritischen Begleitung der Arbeit der ARGE und der Agentur. Dadurch bauen wir Druck auf, der auch hilft. So mussten wir intervenieren, weil die Bearbeitung von Widersprüchen gegen Entscheidungen der ARGE 12 Monate dauerte. Wir sind in die Öffentlichkeit gegangen, das Arbeitsministerium NRW hat eingegriffen und jetzt wird mit Hochdruck in der ARGE an einer Verkürzung der Bearbeitungszeiten gearbeitet. Aber eine Selbstverwaltung, die vor Ort kaum etwas zu sagen hat, lohnt am Ende nicht. Die Alternative kann nur heißen: mehr Entscheidungskompetenz für die örtliche Selbstverwaltung über die Geschäftsführung, den Eingliederungstitel und die Steuerung der ARGEN.

spw: Prekäre Arbeit ist zum oft gebrauchten Begriff geworden. Wie erlebst Du diesen Trend vor Ort?

” **Wolfgang Uellenberg van Daven:** In Köln wird fast nur noch befristet eingestellt. Wir haben 100.000 MinijobberInnen – davon zwei Drittel im Alleinverdienst, die Leiharbeit ist auf 13.000 Personen angestiegen. Wir haben eine wachsende Zahl von Soloselbständigen und die Zahl der AufstockerInnen, die arbeiten und Grund-sicherung erhalten, liegt bei 11.000. Das verunsichert und macht die Menschen ärmer.

spw: Klassisch waren die FacharbeiterInnen das Rückgrat der Gewerkschaften in Deutschland. Können die Prekären zu einer neuen Machtressource der Gewerkschaften werden? Wie steht es um die Organisierung der Unorganisierbaren?

” **Wolfgang Uellenberg van Daven:** Da müssen die Gewerkschaften noch viel mehr tun. Das ist eine strategische Frage, wohin ich welche Ressourcen lenke. Denn die Organisation und Betreuung der Prekären ist ein Verlustgeschäft – auf den ersten Blick. Aber wenn wir nicht die Prekarisierung stoppen, dann werden unsere Bastionen in den Stammebelegschaften unter-spült. Insofern verfolgt die Kampagne Leiharbeit den richtigen Ansatz.

Wir als DGB haben Materialien für MinijobberInnen in deutsch – russisch und türkisch produziert, einen Ratgeber Selbständige und unterstützen die Gewerkschaften bei der Leiharbeit.

spw: Neuerdings ist wieder viel von Vollbeschäftigung die Rede. Werden wir bei „Armut trotz Vollbeschäftigung“ landen, bei der viele Beschäftigte ihren Lohn aufgestockt bekommen?

” **Wolfgang Uellenberg van Daven:** Die De-regulierung des Arbeitsmarktes, wie sie durch Hartz erfolgt ist, hat die Beschäftigungsschwelle gesenkt. Jetzt wird bei niedrigeren Wachstumsraten schon eingestellt – aber nur in prekären Formen. Der Staat muss sich entscheiden, ob er mit Milliarden die ArbeitgeberInnen von der Verpflichtung entbindet, Löhne zu zahlen, von denen man leben kann und selbst aus Steuermit-

teilen den Niedriglohnsektor subventioniert oder ob er Mindestlöhne einführt und die Tarifautonomie stärkt. Wenn er weiter einen Niedriglohnsektor stützt, dann wird einer der wichtigsten der so genannten Standortfaktoren geschwächt: die hohe Produktivität. Denn steigende Löhne sind eine Peitsche, um produktiver zu arbeiten – das zeigt das Beispiel der Niederlande wo die Akzeptanz niedriger Löhne zu Produktivitätsverlusten geführt hat. Und die Qualität der Arbeit nimmt ab, denn die hat viel mit Erfahrung, Motivation, Engagement zu tun. Wer aber leistet heute denn gute Arbeit für wenig Geld?

spw: Ist für eine Vollbeschäftigungsperspektive nicht wieder eine neue Arbeitszeitdebatte nötig?

” **Wolfgang Uellenberg van Daven:** Wir stecken mitten in einer solchen Debatte: Elternzeit, Pflegezeit, Altersteilzeit in neuer Form – das alles wird sozialrechtlich abgesichert. Was aber fehlt ist die Zeitsouveränität. Was ist, wenn das Baby schreit und die ArbeitgeberIn verweigert die Elternzeit? Niemand hat einen arbeitsrechtlichen Anspruch auf Zeitsouveränität. Der Kölner Professor Peter Hanau verweist darauf und im Juni werden wir mit ihm dazu eine Veranstaltung machen. Ich denke, damit treffen wir die Bedürfnisse vieler Menschen. Und dann muss auch über die Arbeitszeitregimes nachgedacht und politisch gestritten werden.

spw: Vielen Dank für das Gespräch! ■

☞ Das Interview führte Kai Burmeister.



Foto: Christian Kiel

Literaturschau

von Bettina Kohlrausch
und Stefan Stache

» » Dass sich der Niedriglohnsektor ausweitet und die Einkommenssituation der NiedriglohnbezieherInnen weiter verschlechtert, haben Kalina, Weinkopf und Vanselow in dieser Ausgabe gezeigt. Ausführlichere Ergebnisse ihrer Forschungen sind im Report des Instituts für Arbeit und Qualifikation dargestellt (Kalina, Thorsten/Weinkopf, Claudia: Weitere Zunahme der Niedriglohnbeschäftigung: 2006 bereits rund 6,5 Millionen Beschäftigte betroffen. IAQ-Report 2008-01. Institut Arbeit und Qualifikation. Gelsenkirchen. <http://www.iaq.uni-due.de/iaq-report/2008/report2008-01.pdf>).

» » Die abnehmende Bedeutung des Normalarbeitsverhältnisses bei Zunahme von atypischen, flexiblen Beschäftigungsverhältnissen wie befristete Beschäftigung, geringfügige Beschäftigung, Leiharbeit und neuer (Schein-)Selbständigkeit haben dazu geführt, dass die sozialen Sicherungssysteme immer weniger ArbeitnehmerInnen Schutz bieten und gleichzeitig prekäre Arbeitsbedingungen zunehmen. In einem Band aus dem Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) werden die flexiblen Beschäftigungsformen beschrieben und auf ihre Folgen für die soziale Sicherung und das Beschäftigungsniveau analysiert (Keller, Berndt / Seifert, Hartmut (Hg.): Atypische Beschäftigung – Flexibilisierung und soziale Risiken Atypische Beschäftigung – Flexibilisierung und soziale Risiken. Reihe: Forschung aus der Hans-Böckler-Stiftung, Bd. 81., Berlin 2007).

Keller und Seifert schätzen den Prekaritätsgrad häufiger atypischer Beschäftigungsformen anhand der Kriterien Einkommen, Beschäftigungsfähigkeit, Beschäftigungsstabilität und Integration in die soziale Sicherung ein. Sie kommen zu dem

Ergebnis, das die atypischen Formen – gegenüber dem Normalarbeitsverhältnis – durch niedrigere Einkommen und sehr geringe Möglichkeiten zum Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit, z.B. über Weiterbildung, gekennzeichnet sind (Keller/Seifert: Atypische Beschäftigungsverhältnisse. Flexibilität, soziale Sicherheit und Prekarität, in: WSI-Mitteilungen Ausgabe 05/2006, S. 253-240. http://www.boeckler.de/pdf/wsimit_2006_05_Keller.pdf).

» » Ebenfalls vom WSI wurde im Zuge der öffentlichen Diskussion um die Einführung gesetzlicher Mindestlöhne in Deutschland ein Band herausgegeben, der Erfahrungen aus einzelnen Niedriglohnbranchen darstellt und konkrete Umsetzungsschritte aus der gewerkschaftlichen Debatte beschreibt (Sterkel, Gabriele/Schulten, Thorsten/Wiedemuth, Jörg (Hg.): Mindestlöhne gegen Lohndumping. Rahmenbedingungen – Erfahrungen – Strategien, VSA-Verlag 2006).

» » Im Jahr 2007 stellte der DGB erstmalig die Ergebnisse des DGB-Index Gute Arbeit vor, der die Arbeitsbedingungen aus Sicht der Beschäftigten evaluiert. Nur 12 Prozent der Beschäftigten in Deutschland bewerten ihre Arbeitssituation positiv, 34 Prozent arbeiten dagegen unter miserablen Bedingungen mit hohen Belastungen und wenig Sicherheit, 54 Prozent stufen ihre Arbeitsbedingungen als mittelmäßig ein (Ergebnisse unter: <http://www.dgb-index-gute-arbeit.de/downloads/publikationen>).

» » Um Gruppen wie Solo-Selbständige in die soziale Sicherung einzubeziehen und Weiterbildungsphasen für alle ArbeitnehmerInnen finanzieren zu können, fordert Joachim Schuster die Schaffung einer Beschäftigungsver-sicherung (Schuster, Joachim: Die Beschäftigungsver-sicherung: Die Antwort auf Hartz und die Bundesanstalt für Arbeit, in: spw 3/2005, S. 20-22. http://www.spw.on.spirito.de/data/schuster_spw143.pdf?pid=51).

Kinderspiel Kapitalismus – Jagdfieber

von Alexandra Kramm



» Sonntagsmorgen, halb zehn. Berlin-Prenzlauer Berg. Sie kommen aus allen Richtungen. Große und kleine Menschen. Mit dem Fahrrad, der Straßenbahn oder zu Fuß. Voll gepackt mit Kisten oder erwartungsfroh leeren Beuteln. Heute scheint die Sonne und das zieht noch mehr Leute an. Früher ging man sonntags in die Kirche, heute auf den Flohmarkt. Das gehört einfach dazu. Wir bummeln zwischen Ständen mit altem Ramsch und unnötigen, aber schönen Sachen. Es riecht nach Keller, Kaffee und Mottenpulver. Jeder trägt seine neueste Sonnenbrille in freudiger Erwartung auf ein Schnäppchen spazieren.

» Gleich zum Anfang gibt es frisch gepressten Orangensaft, für einen Euro. Da kann ich nicht vorbei gehen. Danach hat jeder von uns seinen eigenen Plan. Mein Mann sucht Platten und CDs. Fachmännisch durchstöbert er LP-Kisten und CD-Berge, immer auf der Suche nach der Musik, die uns nachmittags begleiten wird. Am besten sind die privaten Stände. Sie wollen mit möglichst wenig nach Hause fahren. Sie kommen vor allem wegen des guten Gefühls, brauchbare Sachen nicht wegschmeißen zu müssen. Sie wollen das Verkaufserfolgsenerlebnis. Der Preis ist nicht das Wichtigste, darum kann man mit ihnen gut handeln: „Was soll'n die kosten?“ „5 Euro.“ „Und die?“ „Drei Euro.“ „Oder die?“ In schnellem Wechsel hält er die besten Hüllen hoch, verwirrt den Verkäufer damit, um dann zum entscheidenden Schlag auszuholen: „Und alle zusammen?“ Hier zeigt sich, dass der Pisa-Test nicht ganz falsch liegen kann, denn beim zusammenrechnen gibt es erstaunliche Ergebnisse, die nicht mehr in die übliche Rabattpanne fallen können. Am Ende sind beide glücklich und überzeugt, ein gutes Geschäft gemacht zu haben.

» Unsere Tochter liebt Bibi Blocksberg. Sie hat einen professionellen Scanner-Blick nach strohblonden Haaren mit roter Schleife und Besenbegleitung. Wir sind noch nie ohne Buch, Video oder Kassette nach Hause gekommen. Mehr als 2 Euro darf so etwas nicht kosten. Kinderamüsierzeug gibt es hier reichlich, und das Prinzip „Angebot-und-Nachfrage-bestimmen-den-Preis“ lernen hier schon die Kleinen. Seit wir selber schon mal unseren Kellerinhalt angeboten haben, handeln wir deutlich weniger. Die Erfahrung, sich rund elf Stunden für 80 Euro die Beine in den Bauch gestanden zu haben, vereint. Der gefühlte Wert liegt natürlich höher, denn dieses Geld wurde im Gegensatz zum Bürojob mit körperlichen Strapazen erwirtschaftet.

Neben Pullis, Hosen und Jacken für unsere Tochter kaufe ich vor allem wichtige Accessoires für mein Büro auf dem Flohmarkt. Kerzenständer, kleine Dosen und Blumenübertöpfe – eben all das, was ein Büro lebenswert macht. Nichts davon brauche ich wirklich. Aber das Erfolgsgefühl, das richtige Kinkerlitzchen zum Schnäppchenpreis bekommen zu haben, möchte ich nicht missen. Es ist immer wieder eine spannende Jagd mit Rückschlägen, harten Verhandlungen und zähem Suchen, bis ich meine Trophäe befriedigt in den Beutel stecke und den Kapitalismus als „ungeheure Warensammlung“ (Marx) ein klein wenig lieb gewonnen habe.

Bleibt die Frage, ob Flohmärkte unsere Wirtschaft schädigen, weil Wegschmeißen und Neukaufen die Nachfrage stärken. Ich denke nicht, denn die glücklichen Sonntags-Gesichter sind sicher eine gute Grundlage zur Ausbeutung der Arbeitskraft in der nächsten Woche. ■

↳ Alexandra Kramm, ist selbständige Kommunikationsberaterin und Coach in Berlin (www.schulter-blick.de).

Stichwort zur Wirtschaftspolitik: Bankenkrise und Regulierung

von Arne Heise

» Die kapitalistische Marktwirtschaft hat zwei wesentliche Probleme: Erstens kann sie nicht allen Menschen, die ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, um leben zu können, eine Erwerbsarbeit garantieren – Arbeitslosigkeit ist deshalb kein Ergebnis fehlfunktionierender Märkte, sondern ein Systemmerkmal durchaus wohl funktionierender Märkte. Zweitens unterliegt das Marktgeschehen zyklisch wiederkehrenden Schwankungen, ist also mehr oder weniger instabil. Beides zusammen kann zu lang anhaltenden sozialen Problemen, leider aber auch immer wieder zu dramatischen Verwerfungen führen, die unsere Wirtschaftsweise in Frage stellen und vorher den internationalen Konkurrenzkampf in gefährlicher Weise ausweiten.

Foto: www.fotolia.de, © Dream-Emotion



» Hintergrund beider Schwachstellen ist die systemimmanente Unsicherheit, die einerseits große Verdienstchancen ermöglicht, andererseits aber auch die Gefahren der Insolvenz (Unternehmen) oder des Verlustes des wirtschaftlichen Unterhalts (Haushalte) bergen. Der Kern dieser kapitalistischen Dynamik besteht ursächlich darin, dass wir nicht auf hohem, geldlich vermitteltem Niveau reale Dinge gegeneinander tauschen, sondern allgegenwärtige Kreditbeziehungen (also Gläubiger-Schuldner-Verhältnisse) den Zwang zur Erwirtschaftung immer größerer Werte (monetärer Mehrwert) ausüben. Dies kann durch Investitionen in reale Produktion ebenso geschehen wie durch Erwerb und Wertsteigerung bereits vorhandener Vermögensgegenstände wie z.B. Aktien, Immobilien oder etwa Edelmetalle. Von John Maynard Keynes stammt die Metapher, dass finanzielle Investition („Spekulation“) solange unproblematisch ist, solange sie „der Schaum auf dem steten Strom der Realinvestition“ ist, aber hochgefährlich wird es, wenn „die Realanlage die Blasen auf einem Strudel der Spekulation wird“.

» Banken und andere Finanzintermediäre sind die Schnittstellen zwischen dem Unternehmertum der Realwirtschaft und der ausschließlich auf monetären Mehrwert ausgerichteten Finanzseite des Kapitalismus. Solange sie die liquiden Mittel der Gläubiger den Unternehmen als Schuldner zu Verfügung stellen und diese sie produktiv investieren, entstehen reale Werte und Beschäftigung. Aufgrund der mit jeder in die Zukunft gerichteten Aktion – was Kreditvergaben immer sind – verbundenen Unsicherheit können hierbei Fehleinschätzungen über die Bonität des Schuldners eintreten und somit gelegentliche Verluste (bei Unternehmenskonkursen), aber auch vergebene Chancen (wenn die Ertragskraft von Unternehmen falsch eingeschätzt werden) entstehen. Doch diese Risiken sind gewöhnlich in den Kreditkonditionen berücksichtigt. Problematischer ist die Tatsache, dass Banken von der Natur ihrer ökonomischen Aufgabe dazu vorgesehen sind, große Risiken zu übernehmen – ihr Eigenkapitalanteil macht nur einen minimalen Anteil am



Foto: liniezwei

Bilanzvolumen aus – und deshalb ein überragendes Interesse an Vertrauen in die Stabilität des Finanzsystems haben müssen. Jede nachhaltige Erschütterung dieses Vertrauens könnte auch die ‚vorsichtigste‘ Bank in Schwierigkeiten bringen.

» Dieser etwas grundlegendere Einstieg soll einerseits zeigen, dass Banken unverzichtbar für eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung sind und allzu zurückhaltende Banken durchaus zu einer Belastung, z.B. für die Beschäftigungsentwicklung werden können (‚Kreditrationierung‘), andererseits Banken auch große Sorgfalt bei der Prüfung von Kreditrisiken walten lassen müssen, soll es nicht zu gefährlichen Kreditaufblähungen und, in der Folge, zu Vertrauensverlusten kommen, die die Stabilität nicht nur des Bankensystems gefährden. Der enorme Konkurrenzkampf und sich selbst verstärkende Entwicklungen führen leider immer wieder zu Verwerfungen: In der 2. Hälfte der 1990er Jahre kam es zu einer Spekulationsblase an den Börsen, die Anfang des Jahrzehnts platzte. Gegenwärtig befinden wir uns in einer vom Immobilienmarkt ausgehenden Finanzmarkturbulenz. Hier zeigt sich fast exemplarisch, wie mangelnde Vorsicht der Banken zwangsläufig zu Instabilitäten auf den Finanzmärkten und – fast unvermeidlich – auch auf den Realmärkten führen muss: Infolge der starken Zinssenkungen, welche die US-Notenbank Anfang des Jahrzehnts als Reaktion auf die Aktienkrise durchsetzte, begannen Banken, Kredite für den Erwerb von Immobilien feilzubieten. Dies war durchaus gewollt, um die erlahmende Konjunktur anzukurbeln. Allerdings ließen die Banken jede Vorsicht darüber fahren, ob die Immobilienkredite hinreichend besichert oder zumindest durch die Einkommenssituation der Schuldner abgesichert waren. Selbst einkommenslose Schuldner erhielten Immo-

bilienkredite, die anfallenden Zins- und Tilgungszahlen wurden durch neue Kredite auf die zwischenzeitlich stattgefundene Wertsteigerung der Immobilien finanziert. Diese Praxis wurde den US-Banken zusätzlich durch Finanzinnovationen erleichtert, indem sie ihre Gläubiger-Risiken verkaufen (‚verbriefen‘) konnten, wenn Rating-Agenturen nur die Bonität dieser Kreditpapiere bestätigten. Dies geschah allzu leichtfertig auch deshalb, weil die Rating-Agenturen ihr Geschäft nicht nur mit der Beurteilung von Schuldner-Bonitäten machten, sondern auch mit der Beratung von potentiellen Gläubigern. Insgesamt entstand einmal mehr ein Kredit-Kartenhaus, dessen Einsturz durch einen kleinen Vertrauensverlust ausgelöst und ohne staatliche Intervention, z.B. den Aufkauf von dubiosen Kreditpapieren durch die US-Notenbank oder den Liquiditätszuschuss an ebenfalls betroffenen öffentliche Kreditinstitute, nicht mehr aufgehalten werden kann.

» Wir müssen aus dieser neuerlichen Bankenkrise lernen, dass finanzielle Instabilität zum Kapitalismus gehört wie dessen Innovationskraft und, leider auch, anhaltende Arbeitslosigkeit. Der Ruf nach Regulierung ist berechtigt – die Rating-Agenturen müssen ebenso aus ihrem Anreizdilemma befreit werden, wie ein Mindestmaß an Substanzkraft bei einem Schuldner vorausgesetzt und die Einhaltung internationaler Vereinbarungen (Basel-II) überwacht und durchgesetzt werden müssen. Und doch bleibt die Voraussetzung der finanziellen Instabilität, die Unsicherheit, dem Kapitalismus immanent. ■

☞ Dr. Arne Heise, ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg.

Bahnprivatisierung: Trickreicher Verkauf

von Armin Duttine und Ralf Höschele



» Mit dem Beschluss des SPD-Parteirats zur Teilprivatisierung der Deutschen Bahn AG fand die Auseinandersetzung um die Zukunft der Bahn innerparteilich ihr vorläufiges Ende. Dieser Entscheidung in der SPD war eine intensive Diskussion vorausgegangen, wie sie bei (fachpolitischer) Regierungspolitik selten der Fall ist. Umso enttäuschender fällt das Ergebnis aus.

Nach dem Hamburger Bundesparteitag sah es zunächst so aus, dass die umstrittene Kapitalprivatisierung der DB AG verhindert werden könnte: Das vom Parteitag beschlossene Volksaktienmodell stieß beim Koalitionspartner auf Ablehnung und für andere Privatisierungsmodelle machte der Beschluss eine erneute Entscheidung durch einen Bundesparteitag erforderlich. Im Beschluss wurden vier zentrale Kriterien festgelegt, die bei einer Kapitalprivatisierung aus SPD-Sicht erfüllt sein müssen: (1) Kein Einfluss privater Investoren auf die Unternehmenspolitik der Bahn, (2) Privatisierung ausschließlich über stimmrechtlose Vorzugsaktien, (3) Erhalt des integrierten Konzerns sowie (4) der Verbleib der Infrastruktur in Bundeseigentum.

Die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder haben – federführend durch Peer Steinbrück – nur wenige Tage nach dem Bundesparteitag mit dem Holdingmodell ein neues Privatisierungskonzept in die Debatte gebracht, das den Kriterien des Parteitagsbeschlusses in zentralen Punkten widersprach. So wurde bewusst die Chance vertan, die Union zum Vorlegen eines eigenen Privatisierungsvorschlags zu zwingen.



Foto: Christian Kiel

□ Völliger Widerspruch zum Parteitagsbeschluss

Das nun vom Parteirat beschlossene Privatisierungsmodell entspricht weitgehend dem Holdingmodell:

» Der Einfluss privater Investoren wird nicht wirksam ausgeschlossen. Im Parteiratsbeschluss sollte dies durch eine Begrenzung des Privatisierungsanteils auf max. 24,9 Prozent als „rote Linie“ gewährleistet werden, damit Private keinen Anspruch auf ein Aufsichtsratsmandat erhalten. Doch diese Begrenzung wurde bereits bei der Koalitionsvereinbarung gekippt. Vertraglich ist sie – entgegen anderslautender Aussagen u.a. vom damaligen TRANSNET-Vorsitzenden Norbert Hansen in der Parteiratssitzung – nirgends abgesichert. Man kann also davon ausgehen, dass es sich bei den 24,9 Prozent nur um die erste Tranche handelt, die noch in dieser Wahlperiode veräußert werden soll, weitere werden folgen.

Die Teilprivatisierung soll nun – völlig im Widerspruch zum Beschluss des SPD-Bundesparteitags stehend – durch Stammaktien mit Stimmrecht erfolgen. Dadurch erhalten private Investoren auch auf der Hauptversammlung maßgeblichen Einfluss.

» Der Erhalt des integrierten Konzerns ist nicht gesichert. Die Verkehrs- und Logistiksparte (VuL) ist de facto keine „Tochter“ der DB-Holding, sondern aufgrund ihrer Börsennotierung und ihrer Ausstattung mit Personal, Management und Steuerungsfunktionen ein eigenständiges Unternehmen, das wiederum selbst aus relativ eigenständigen Untergesellschaften besteht, die ihrerseits teilprivatisiert werden können. Der Koalitionsbeschluss schließt dagegen noch nicht einmal eine vollständige Privatisierung der Tochtergesellschaften oder von Unternehmensteilen zweifelsfrei aus. Es gibt auch keine belastbaren Beschäftigungsgarantien: Der Tarifvertrag zwischen TRANSNET/GDBA und der DB AG enthält nur Zusagen zu Verhandlungen.

Die Infrastruktur wird das Eigentum der Deutschen Bahn AG – und nicht des Bundes – sein. Zukünftig bestimmen aber die Interessen privater Anteilseigner über den Gesamtkonzern. Aufgrund des Aktiengesetzes dominieren die Anlegerinteressen die VuL direkt und so vermittelt auch den Infrastrukturbereich.

» Auch finanziell und haushaltspolitisch ist die Privatisierung nicht sinnvoll. Die zu erwartenden Erlöse werden derzeit auf ca. vier bis acht Mrd. geschätzt. Ein Drittel dieses Betrags soll für Investitionen zur Verfügung stehen – angesichts der jährlich vom Bundeshaushalt zur Verfügung gestellten Summe und des bestehenden Investitionsstaus eine fast unerheblich geringe Summe. Damit ist letztlich noch nicht einmal gewährleistet, dass ein relevanter Mindestbetrag für Investitionen im Inland wirklich zur Verfügung steht. Die im derzeitigen Börsenumfeld zu realisierenden geringen Erlöse werden nur den Ruf nach weiteren Privatisierungsschritten lauter werden lassen. Der Bund übernimmt darüber hinaus zusätzliche und neue Haushaltsrisiken großen Ausmaßes, auch weil die bestehenden Schulden der DB AG (2007: 16,5 Mrd. EUR) sowie „überzähliges“ Personal weitestgehend bei der Holding geparkt werden, für die der Bund alleine geradesteht.

□ Negativbeispiel Post

Die negativen Auswirkungen der Bahnprivatisierung werden schnell sichtbar werden, das zeigt auch die Erfahrung bei anderen Privatisierungen von Bundesunternehmen, z.B. der Bundespost:

» Die Privatisierung der Post folgte dem klassischen Muster – erst Deregulierung und Liberalisierung, dann Privatisierung. Die Postreform 1 hat im Jahre 1989 insbesondere die Aufspaltung der organisatorischen Einheit von Postdienste, Postbank und Telekommunikation in drei eigenständige Unternehmen und die gewinnwirtschaftliche Ausrichtung dieser Unternehmen bewirkt. Der Bundestag hat am 29.06.1994 mit den Stimmen der CDU/CSU/FDP und großen Teilen der SPD in einem weiteren Schritt das Gesetz zur Postreform 2 beschlossen und gab damit grünes Licht für ein bisher beispielloses Privatisierungsunterfangen.

Seit der Privatisierung gibt es in immer mehr Orten inzwischen keine Postfilialen mehr, sondern nur noch „Postagenturen“ in Supermärkten mit einem abgesenkten Leistungsangebot. Die Post expandiert v.a. ins Ausland. Inzwischen ist sie durch Zukäufe der weltgrößte Logistikkonzern. Die wirtschaftlichen Risiken durch das Auslandsengagement, jüngst sichtbar in den USA, nehmen dabei stark zu. Besonders gravierend für die Beschäftigten ist die Entwicklung bei der Deutschen Telekom. Hier erfolgte jüngst eine Auslagerung Zehntausender Beschäftigter in Servicegesellschaften. Federführend dabei war der Private Equity Fonds Blackstone, der mit nur 4,5% Aktienanteil die wirtschaftliche Richtung vorgibt.

Es ist zu befürchten, dass die mit der Postprivatisierung gemachten Erfahrungen auch bei der Bahn gemacht werden. Dies bedeutet Rückzug aus der Fläche, Konzentration auf das Auslandsgeschäft, Erhöhung des Leistungsdrucks auf die Beschäftigten und weiterer Abbau von Arbeitsplätzen, Privatisierung der Gewinne und Sozialisierung der Verluste. Notwendig gewesen wäre

dagegen eine öffentliche Bahn als Rückgrat des Schienenverkehrs in Deutschland, die Verbesserung der Wettbewerbsbedingungen für die Schiene bei Steuern und Abgaben sowie die Internalisierung externer Kosten im Verkehrsbereich. Hierzu gehört hätte eine Investitionsoffensive der öffentlichen Hand für die Schiene.

» Die SPD hat mit der Einigung auf eine Kapitalprivatisierung der Bahn ein wichtiges politisches Profilierungsthema leichtsinnig vertan, das für die Sozialdemokratie im Parteiwettbewerb zu einem inhaltlichen Alleinstellungsmerkmal hätte werden können. Statt die Chance zu nutzen, sich glaubwürdig als Gewährleisterin einer öffentlichen Daseinsvorsorge zu profilieren, drückt man nun zusammen mit der Union gegen die Mehrheit der Bevölkerung und gegen die Mehrheit der SPD-Mitglieder die Bahnprivatisierung durch.

□ Bündnis „Bahn für Alle“

Die Zeit drängte bei der Bahnprivatisierung. Das stetige Gewinnwachstum der letzten Jahre drohte abzukicken und der Bundestagswahlkampf rückte bedrohlich nah, während öffentliche Umfragen eine klare und konstant ablehnende Mehrheit von über zwei Dritteln gegen die Privatisierung zeigten. Wichtig hierfür war die Kampagne des Bündnisses „Bahn für Alle“, bei der sich auch ver.di und die Jusos maßgeblich einbrachten sowie die klare Haltung des DGB gegen die Bahnprivatisierung. Die Mehrheit der SPD-Landesverbände hat Beschlüsse gegen eine Privatisierung der Bahn gefasst. Der SPD-Bundesparteitag setzte den PrivatisierungsbefürworterInnen hohe und kaum noch zu überwindende Hürden. Die noch vor kurzem dominante neoliberale Privatisierungsideologie hatte nach den rot-grünen Regierungsjahren ihre Deutungshoheit auch in der SPD verloren. Die PrivatisierungskritikerInnen schafften es zunehmend, die öffentliche Debatte mit klaren Botschaften und Sachkenntnis im Detail zu dominieren. Innerparteilich konnte die Bahnprivatisierung deshalb nur noch durch Desinformation und eine

Vermischung von Sach- und Personalfragen durchgesetzt werden, die insbesondere die PrivatisierungskritikerInnen spaltete. Das Verhalten von Hansen und Steinbrück war sinnbildlich für den gesamten Entscheidungsprozess.

» Die Kampagne gegen die Bahnprivatisierung hatte Erfolge, sie war nicht weit davon entfernt, ihr realpolitisches Ziel zu erreichen. Der steigende Druck auf die Beschäftigten und die zu erwartenden Verteuerungen und Einschränkungen des Schienenverkehrs werden in Zukunft mit der Privatisierung in Verbindung gebracht werden, ein Prozess permanenter kollektiver Bewusstseinsbildung wurde so in Gang gesetzt, die Privatisierungsideologie in der öffentlichen Debatte zurückgedrängt. Das gibt Mut für die Abwehr weiterer Privatisierungsvorhaben und bei der Auseinandersetzung um die Rekommunalisierung von Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge.

» Die gemachten Erfahrungen bei der Zusammenarbeit in einem breiten Bündnis kann für weitere politische Auseinandersetzungen genutzt werden. Das Bündnis „Bahn für Alle“ war ein erfolgreiches Labor für den Austausch unterschiedlicher politischer Kulturen, das Auffinden neuer Kampagnenwege und der Schaffung neuer gesellschaftlicher Bündnisse. Zu wünschen wäre, dass diese Struktur die Zusammenarbeit sogenannter alter und neuer sozialer Bewegungen auch bei anderen politischen Themen stärkt. ■

☞ Armin Duttine, ist Gewerkschaftssekretär bei ver.di und Mitglied der SPD.

☞ Ralf Hörschle, ist stellvertretender Juso-Bundesvorsitzender. Beide sind im Bündnis „Bahn für Alle“ aktiv.

Alterssicherung – Erweiterung durch eine steuerfinanzierte vierte Säule

von Andrea Franz und Anton Schaaf



» Vor mehr als 50 Jahren ist die dynamische Rentenversicherung in Deutschland eingeführt worden. Seitdem hat Altersarmut an Bedeutung verloren. Von den über 60jährigen sind 8,2 Prozent von Einkommensarmut betroffen, gegenüber 12,7 Prozent der Gesamtbevölkerung. Auf die bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter nach dem SGB XII sind 2,3 Prozent der über 65-jährigen angewiesen, nur ein Teil dieser Gruppe bezieht eine gesetzliche Rente. Wir laufen Gefahr, diese sozialpolitische Errungenschaft zu verlieren: Seit Einführung der Grundsicherung ist – wenn auch auf niedrigem Niveau – eine steigende Tendenz der Inanspruchnahme zu verzeichnen. Auf die seit den 1980er Jahren festzustellenden Veränderungen in den Erwerbsverläufen folgen niedrigere Renten. Ein angemessenes Einkommen im Alter muss aber über die Vermeidung von Altersarmut hinaus das Ziel sein.

Die Rahmenbedingungen für die Alterssicherung ändern sich kontinuierlich. Während die vergangenen Rentenreformen die demographische Entwicklung in den Mittelpunkt rückten, müssen wir nun Antworten auf den Wandel in der Arbeitswelt finden, der sich in Niedriglöhnen, Minijobs, Solo-Selbständigkeit, mehr Teilzeit- weniger Vollzeitarbeit, Langzeitarbeitslosigkeit und insgesamt unstabileren Erwerbsbiographien ausdrückt. Das Normalarbeitsverhältnis verliert weiter an Bedeutung. Reformen im Rentensystem allein können die Ursachen zukünftiger Altersarmut daher nicht beheben.

□ Erwerbstätigenversicherung nicht ausreichend

Der Ausbau der Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung oder die Aufstockung von Kleinstrenten können weitere Teile der Erwerbstätigen in die Sicherung einbeziehen und ein zu starkes Absinken der Renten verhindern. Auf den Wandel der Arbeitswelt liefern diese Maßnahmen jedoch nur bedingt Antworten. So ist die Ausweitung des Niedriglohnsektors – der den Versicherten auch bei einem langen Erwerbsleben eine geringe Rente einbringt – nur durch die Einführung von Mindestlöhnen einzudämmen.



Foto: Christian Kiel

Literatur

- Deutsche Rentenversicherung Bund (Hg.) 2007: AVID 2005. Alters-einkommen und Biografie., DRV-Schriften, Band 75, Berlin
- ifo (Institut für Wirtschaftsforschung) 2007: Das Rentenmodell der katholischen Verbände, ifo Forschungsberichte, Nr. 34, München
- Rische, Herbert 2008: Weiterentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung. Ansätze zur Begründung und konkreten Ausgestaltung, RVaktuell, Nr.1, Berlin





Tatsächlich sehen wir die Notwendigkeit, dem heutigen System der Alterssicherung eine weitere steuerfinanzierte Säule hinzuzufügen. Diese kann die (Teil-)Vorsorge für das Alter der Gesamtbevölkerung organisieren. Eine volle Sockelrente sollte erhalten, wer für eine bestimmte Anzahl von Jahren in Deutschland einkommenssteuerpflichtig war. Darüber hinaus erwerben die Versicherten weiterhin Ansprüche aus der gesetzlichen Rentenversicherung, die zwar entsprechend niedriger sein werden als heute, aber das Alterseinkommen insgesamt erhöhen. Demgegenüber stehen niedrigere Beitragssätze zur Rente.

Die steuerfinanzierte Sockelrente ist voraussetzungslos, d.h. bedarfsunabhängig zu gewähren und orientiert sich in ihrer Höhe an der heutigen bedarfsabhängigen Grundsicherung im Alter. Zugleich muss die Leistungshöhe den Anreiz erhalten und verstärken, möglichst lang erwerbstätig zu sein. Die bedarfsorientierte Grundsicherung muss weiterhin bestehen bleiben, um im Falle unzureichender Ansprüche aus den anderen Vorsorgesäulen Armut zu vermeiden.



Überzeugend am Modell der Sockelrente sind die Beteiligung aller Arten von Einkünften an der Altersvorsorge und deren voraussetzungslose Gewährung. Ein gewisser Grundstock verlässlicher Einkünfte im Alter macht weitere Anstrengungen zur zusätzlichen Absicherung des Lebensstandards sinnvoll. Damit wäre auch die Sicherung eines Einkommens im Alter deutlich über der Existenzsicherung aus den beiden Hauptsäulen (gesetzliche Rente und Sockelrente) viel leichter als heute nur über die gesetzliche Rente möglich. Dem derzeitigen Akzeptanzverlust der gesetzlichen Rente würde damit ebenfalls entgegengewirkt. Die Finanzierung aus dem Steuertopf erlaubt die Umverteilung von oben nach unten: Hohe Einkommen werden stärker belastet, ohne dass hohe Ansprüche entstehen – ein Vorteil gegenüber einer reinen Erwerbstätigenversicherung. Eine steuerliche Bemessungsgrenze – wie sie bspw. im Modell der katholischen Arbeitnehmerbewegung für eine Sockelrente enthalten ist – sieht

unser Vorschlag nicht vor, um ein Höchstmaß an Umverteilung zu ermöglichen. Weitere Überlegungen sind hinsichtlich des Anspruchserwerbs und der Finanzierung wie auch der Neujustierung der Verhältnisse zwischen den Sicherungssäulen (private und betriebliche Säule) anzustellen. Insgesamt wäre ein System, das die Gesamtbevölkerung einschließt, bei der Bekämpfung von Altersarmut den anderen derzeit diskutierten Ansätzen deutlich überlegen.

□ Mindestrente legitimiert Niedriglöhne

Die Forderung nach einer Mindestrente für langjährige Beitragszahler der gesetzlichen Rente – 35 Jahre sind derzeit im Gespräch – erscheint zunächst erstrebenswert, legitimiert aber nachträglich Niedriglöhne während der Erwerbsphase, welche die niedrige Rente verursachen. Die richtige Antwort ist ein Mindestlohn, der nicht nur auf den individuellen Rentenanspruch, sondern auch auf das allgemeine Rentenniveau wirken würde – eine Erhöhung der beitragspflichtigen Entgelte hat höhere Rentenanpassungen zur Folge. Außerdem ist fraglich, wie zielgenau die Mindestrente helfen kann. Sie nimmt die Rentenhöhe, nicht aber mögliche weitere Einkommen in den Blick. Die Bedürftigkeit soll nur bedingt eine Rolle spielen – mit Altersarmut wird dennoch Stimmung gemacht. Wer aber erreicht die 35 Beitragsjahre? Ausgeschlossen von der Mindestrente wären jene, denen wegen der unsteten Erwerbsbiographie tatsächlich Armut im Alter droht: von längerer Arbeitslosigkeit Betroffene, Beschäftigte, die den Weg in die (Solo-) Selbstständigkeit gewagt haben und Frauen, die wegen Kindererziehung und Pflege für längere Dauer nicht erwerbstätig waren. Sie verfügen über geringere rentenrechtliche Zeiten und geringere Löhne.

Nötig sind folglich Überlegungen zur Ergänzung des bestehenden Systems, denn eine Ausweitung der Leistungen für langjährig Versicherte ist zwar geeignet, niedrige Löhne und ein individuell niedrigeres Rentenniveau in gewissem Maße aufzufangen. Dem Wandel der Arbeitswelt wird aber keineswegs Rechnung getragen. Die eigentliche Frage

lautet: Wie viel Umverteilung verträgt das Äquivalenzprinzip der gesetzlichen Rente, wenn die Balance zwischen Leistung und sozialem Ausgleich gehalten werden soll? Bis zu welchem Punkt behält die gesetzliche Rente ihre Legitimation als Pflichtversicherung und Hauptsäule der Alterssicherung? Eine stärkere Besserstellung von kleinen Renten in der Rentenversicherung kann nur effektiv wirken, wenn durchbrochene bzw. kurze rentenrelevante Erwerbsbiografien nicht zur Normalität werden. In ihrer Analyse der so genannten Solo-Selbständigkeit verdeutlicht die Deutsche Rentenversicherung einen Teil des Problems: zwei bis drei Mio. Selbständige sind ohne obligatorische Alterssicherung. Diese Selbständigen verfügen zumeist nicht über die Mittel, privat vorzusorgen (37 Prozent erreichen ein Einkommen von weniger als 1.100 Euro). Auch die Ergebnisse der neuesten Studie zur Altersvorsorge in Deutschland (AVID 2005) lassen den Schluss zu, dass eine ausreichende private Absicherung durch diesen Personenkreis nicht erfolgt.

□ Steuerfinanzierte Sockelrente gegen Altersarmut

Ein erster Schritt wäre die Einbeziehung aller Erwerbstätigen in die gesetzliche Rente, wie sie die Deutsche Rentenversicherung befürwortet und die SPD in Ihrem Grundsatzprogramm fordert. Allerdings reicht dies nicht zur Bekämpfung zukünftiger Altersarmut aus, denn Selbstständige müssten ihre Beiträge selbst aufbringen. In welcher Höhe dies möglich wäre und wie hoch ihre Ansprüche im Alter wären, ist entscheidend für die Wirksamkeit einer solchen Maßnahme. Hier ist die Ergänzung durch die Sockelrente, der vierten Säule sinnvoll. Diese bietet den Grundstock; die gesetzliche Rente wird durch die dann niedrigeren Beiträge bezahlbar und ergänzt die Alterssicherung.

Gleiches könnte die Erwerbstätigenversicherung allein nicht leisten. Die Bestimmung eines umfassenden Versichertenkreises – bis zur Einbeziehung der Gesamtbevölkerung als Volksversicherung

– kann einen größeren Schutz vor Armut im Alter, aber nicht die Sicherung des Lebensstandards ermöglichen. Bei einem erweiterten Versichertenkreis stehen den anfangs höheren Einnahmen später auch höhere Ausgaben gegenüber. Finanzielle Spielräume für weitere, das individuelle Rentenniveau sichernde Elemente sind deshalb kaum gegeben. Die Rentenhöhe würde weiterhin hauptsächlich vom früheren Einkommen aus Erwerbsarbeit und den geleisteten Beiträgen abhängig bleiben. Eine beitragsfinanzierte Einheitsrente würde keine Akzeptanz finden und ist auch alles andere als erstrebenswert. Sie wäre das Ende unseres – immer noch – gut funktionierenden Rentensystems. Die Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze bei Erweiterung des Versichertenkreises würde zwar auf die Finanzierung der Rente wirken – das System würde dadurch aber nicht arbeitsfester. Dies verdeutlicht auch die erste Säule des Schweizer Rentenmodells, das mit Recht immer wieder als Beispiel maximaler Umverteilung in der Alterssicherung angeführt wird. Es kennt keine Beitragsbemessungsgrenze, weist aber eine Mindest- und eine Höchstrente auf, die das Äquivalenzprinzip einschränken. Die Zahl der RuhestandlerInnen mit Sozialhilfebezug in der Schweiz ist derzeit sehr niedrig. Allerdings liegt die Mindestrentenhöhe nahe an der Sozialhilfe.

» Bei einer Fokussierung auf Veränderungen innerhalb der Rentenversicherung ist zweifelhaft, inwiefern künftig eine angemessene Rente erreichbar sein wird. Wir hätten nur die Wahl zwischen der Aufgabe des Leistungsprinzips und höheren finanziellen Lasten für die Versichertengemeinschaft – bspw. durch die Einführung einer Mindestrente – und/oder einer wachsenden Zahl von RentnerInnen, die auf eine bedarfsgeprüfte Grundsicherung angewiesen wären. Um dies zu verhindern, sollten wir neben der Erwerbstätigenversicherung auch die Einführung einer steuerfinanzierten vierten Säule zur Alterssicherung erwägen. ■

□ Anton Schaaf, ist SPD Bundestagsabgeordneter. Er ist Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales.

□ Andrea Franz, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin von Anton Schaaf, im Berliner Büro.

Landtagswahl in Niedersachsen 2008 – Epilog oder Neuanfang?

von Heiko Geiling



Wahlkampf der Landes-SPD keine stimulierenden Signale des Aufbruchs zu erkennen gewesen waren. Die nach 2003 erneute Wahlschlappe der SPD in Niedersachsen 2008 mündete nun in die Einrichtung einer parteiinternen „Zukunftskommission“ und in einen noch nicht ausgestandenen Streit um eine angemessene Organisationsstruktur der Landespartei abseits der auch als „Fürstentümer“ verstandenen mächtigen Bezirksgliederungen. Allerdings scheinen Zweifel angebracht zu sein, ob damit in der SPD nun endlich jene inhaltlich-politischen Diskussionen geführt werden, die nach dem ersten Wahldebakel von 2003 peinlichst vermieden worden waren, oder ob hier nicht eher im technokratischen Politikverständnis auf die pure Not finanzieller Einbußen, Mitgliederverluste und erodierender Parteiapparate reagiert wird.

□ Der Niedergang einer Landespartei

Der Niedergang der niedersächsischen SPD lässt sich entlang der Wahlergebnisse der Landtagswahlen seit 2003 nachvollziehen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass kaum eine andere sozialdemokratische Landespartei so stark an die Person und an die Politik von Gerhard Schröder gebunden gewesen war wie die in Niedersachsen. Seit 1998, mit dem grandiosen Sieg bei der Landtagswahl unter dem Motto „Ein Niedersachsen muss Kanzler werden“ und der unmittelbar anschließenden Ablösung Helmut Kohls auf Bundesebene durch Schröder, Lafontaine und Fischer, hatten die niedersächsischen Sozialdemokraten aufgehört, Landespolitik zu betreiben. So jedenfalls war der öffentlich vermittelte Eindruck, wenn an Stelle von Wilhelmshaven, Bentheim, Lüchow oder Hannoversch Münden die Bundeshauptstadt Berlin zum Bezugspunkt der SPD-Landesregierung mutierte. Schröder hatte 1998 seinen parteiintern erkorenen Ministerpräsident-Nachfolgern Glogowski und Gabriel ein Erbe hinterlassen, mit dem diese in jeder Beziehung überfordert waren. Sich weitgehend auf der neoliberal gefärbten politischen Achse Hannover-Berlin bewegend, waren sie nicht in der Lage, ein nachhaltiges sozialdemokratisches Profil der Landespolitik zu entwickeln.



Foto: www.fotolia.de, © Almuth Becker

» Die Verarbeitung der Landtagswahlergebnisse des Frühjahrs scheint noch lange nicht abgeschlossen zu sein. Die weitgehend ohne Grundsatzdiskussionen – dies insbesondere bei den Grünen – etablierte schwarz-grüne Koalition in Hamburg liefert Stoff für Spekulationen über die Zukunft des ehemals grünen Projekts. Zudem ist die politische Abwahl der CDU-Regierung und der rechtslastigen FDP in Hessen nach wie vor ungewiss, weil die Alternative von SPD, Grünen und Die Linke vor dem Hintergrund eines anhaltenden sozialdemokratischen Attentismus blockiert ist. Insbesondere Hessen liefert damit Stoff für Spekulationen über die Zukunft der SPD. An dieser Zukunft wird nun offenbar auch in Niedersachsen gearbeitet, wenn auch weitgehend unmerklich außerhalb der niedersächsischen Landesgrenzen, zumal am erneuten Wahlsieg der CDU um Christian Wulf bereits vor der Wahl im Januar 2008 kaum Zweifel bestanden hatten und auch im



Die niedersächsische Quittung erfolgte 2003 mit der sang- und klanglosen Ablösung Gabriels durch den Christdemokraten Wulf. Gabriel, sein treuester Minister Oppermann und etliche weitere Landespolitiker zogen scheinbar unbeschadet die Berlin-Karte und ließen eine weitgehend verunsicherte Landespartei zurück, die angesichts der anhaltenden Fixierung auf die Bundespolitik keine rechte Einstellung zur neuen Oppositionsrolle fand. Allein die gründliche Analyse und, wenn auch schmerzhaft, Diskussion des desaströsen Wahlergebnisses von 2003 hätte – wie in Hessen von Andrea Ypsilanti in der Ablehnung der Schröder-Politik vorexerziert – zur Neuaufstellung der Landespartei in Niedersachsen beitragen können. Nicht zur Kenntnis genommen wurde vor allem die in den noch immer den Kern der sozialdemokratischen Wählerschaft bildenden respektablen Milieus der ArbeitnehmerInnen herrschende Verunsicherung angesichts sozial belastender Zumutungen bei Rente, Gesundheit, Bildung und Arbeitsrecht. Überdurchschnittlich viele dieser Gruppen blieben der Wahl fern. Ebenfalls nicht zur Kenntnis genommen wurde der von Hoffnungslosigkeit gekennzeichnete Zustand der wachsenden Zahl der Arbeitslosen und der auf Sozialtransfers Angewiesenen, die – ohnehin an Wahlen wenig interessiert – bisher immer noch der SPD verbunden gewesen waren, 2003 aber ihre verbliebenen Hoffnungen auf die CDU lenkten. Gleichsam im Widerspruch zu ihrem Gefühl, eigentlich bei der SPD besser aufgehoben zu sein, lehnten sie sich aus purer Hoffnungslosigkeit an die vermeintlich Stärkeren an. Unbeachtet blieb auch das ausgeprägte Desinteresse und die Politikerverdrossenheit bei den jüngsten Wählern. Abgesehen von den Kindern aus bürgerlich-konservativen Milieus, die grundsätzlich bei Wahlen mobilisierungsbereit sind und 2003 erstmals für eine CDU-Mehrheit in der jüngsten Altersgruppe sorgten, war kaum noch jemand an der Wahl interessiert. Wenn selbst Eltern und Großeltern der Wahl fern blieben, wie sollten dann gerade die verstärkt auf gesellschaftliche Zukunftsperspektiven angewiesenen jungen Angehörigen der Arbeitnehmermilieus motiviert gewesen sein? Ohne Beachtung blieb die Wechselbereitschaft jener modernisierten und höher

qualifizierten Arbeitnehmermilieus, die schon 1994 und vor allem 1998 auf die Schröder-SPD gesetzt hatten, um die gesellschaftlichen Blockaden der Kohl-CDU aufzubrechen. Sie repräsentieren den bisher von sozialer Prekarität verschonten Kern der von ihrer Herkunft arbeitnehmerisch orientierten „Neuen Mitte“. Zwar ist ihnen bei aller Leistungsbereitschaft jeglicher Sozialdarwinismus fremd, jedoch wussten sie zu unterscheiden, ob und wie Politik kompetent und glaubwürdig agiert. Sie wandten sich – frei nach dem Motto: „Dann lieber das Original wählen“ – von der als indifferent wahrgenommenen SPD-Politik ab und den vermeintlich glaubwürdigeren konservativ-liberalen Strukturen zu.

□ Gerechtigkeit kommt wieder?

Diese Befunde führten zu einer beispiellosen Einschwärzung der politischen Landkarte Deutschlands auf Grund einer nie da gewesenen Niederlagenserie der SPD in nahezu allen Landtags-, Europa- und Bundestagswahlen und in nicht wenigen Kommunalwahlen. Die sozialdemokratische politische Repräsentation in den verschiedenen gesellschaftlich-politischen Feldern war gegen Null tendiert, was auf der anderen Seite dazu führte, dass die in der ohne politische Strategie in der Notgemeinschaft der Großen Koalition agierende Bundes-SPD trotz vereinzelter Gegenströmungen wie in Hessen der übrigen Partei weiterhin den von den Wählerschaften nicht akzeptierten Stempel der Agenda-Politik aufdrücken konnte. In Niedersachsen, wo sich mit Wolfgang Jüttner einer der wenigen verbliebenen Landespolitiker, jedoch ohne innerparteiliche Gegenkandidatur und ohne politische Aufarbeitung der Negativserie der SPD, zur Landtagswahl im Januar 2008 stellte, kam es prompt zu einem erneuten Desaster. Mehr oder minder nur halbherzig aus den Bezirken der eigenen Landespartei unterstützt – der junge Landesvorsitzende Duin hatte schon frühzeitig auf sein Bundestagsmandat in Berlin gesetzt – und ausgestattet mit einem konterlosen Schattenkabinett und dem wenig eindeutigen Slogan „Gerechtigkeit kommt wieder“



konnte Jüttner 2008 das Wahlergebnis gegenüber 2003 allenfalls verschlimmbessern. Nur noch 57 % der niedersächsischen Wählerschaft – 10 % weniger als noch 2003 – beteiligten sich an der Landtagswahl: ein historischer Tiefstand, der die „Partei der Nichtwähler“ auf 2,6 Millionen Stimmen anwachsen ließ. Gemessen an den Zweitstimmen verlor zwar die CDU (42,5 %) gegenüber 2003 ca. 470.000 WählerInnen, jedoch konnte die SPD (30,3 %) davon nicht profitieren und verlor ihrerseits ca. 295.000 Stimmen. Der FDP (8,2 %) mit ca. 44.000 Stimmen weniger und den Grünen (8,0 %) mit Verlusten von ca. 31.000 Stimmen erging es nicht anders, während allein Die Linke (7,1 %) mit zusätzlichen ca. 222.000 Stimmen zu den Wahlgewinnern zählte und erstmals in den Landtag einzog. Allein in der Region Hannover musste es die SPD hinnehmen, zwischen 1998 und 2008 die Hälfte ihrer Wählerschaft zu verlieren. In vielen anderen Regionen des zweitgrößten Flächenlandes Deutschlands erging es den Sozialdemokraten nicht anders. Statt die 2003 verloren gegangenen WählerInnengruppen zurück zu gewinnen, wurden 2008 weitere WählerInnen verloren. Einerseits in den ohnehin schon verprellten sozialdemokratischen Kernmilieus traditioneller und moderner ArbeitnehmerInnen, die in noch größerer Zahl als zuvor der Wahl fernblieben, andererseits in den jüngeren und zumeist urbanen Milieus, die auf Kosten der SPD und den Grünen Die Linke wählten.

□ Was nun?

Auch fünf Jahre nach 2003 lehnt ein Großteil der Wählerschaft die Berliner Reformpolitik und damit insbesondere die Politik der Bundes-SPD ab. Sozialwissenschaftler sprechen von erschöpften Legitimationsreserven des neoliberalen Politikmodells, während wirtschaftsliberale Konservative, wie Roman Herzog, auf die vermeintliche Uneinsichtigkeit des Volkes in weiterreichende sogenannte Reformen mit WählerInnenbeschimpfungen reagieren. Erstaunlich ist nur das anhaltende Fortwirken jener Kräfte in der SPD, die am liebsten Roman Herzogs autoritären Untertönen beipflichten würden. Trotz der für die SPD katastrophalen Wahlergebnisse seit 2000 als Reaktion auf die von der rot-grünen Regierung unter Schröder und Fischer initiierten Politik der Aushöhlung des Sozialstaats und der steuerlichen Umverteilung zu Gunsten von Großunternehmen und höheren Einkommensklassen setzt die großkoalitionäre SPD ihre Politik weiter fort. Sie glaubt sogar, dies mit dem Konjunkturaufschwung seit 2006 rechtfertigen zu können, kann aber damit – wenn überhaupt – nur bei jenen gesellschaftlichen Eliten punkten, die Modernisierung schon immer auf Kosten wachsender sozialer Polarisierung betrieben haben. Hinzu kommt die entstandene Bitterkeit im sozialdemokratischen Umfeld, wenn durchaus akzeptable familienpolitische Ideen der Großen Koalition nicht von der SPD ausgehen, sondern von der CDU, obwohl gerade sozialdemokratische Frauen jahrzehntelang dafür gestritten hatten, jedoch innerparteilich damit immer in die „Gedöns“-Ecke verwiesen worden waren. Selbst das beim SPD-Programmparteitag 2007 in Hamburg auf Betreiben des Vorsitzenden Kurt Beck signalisierte Eingeständnis einer weitgehend gescheiterten politischen Strategie der kalten gesellschaftlichen Modernisierung konnte nur halbherzig erfolgen, weil die Einbindung in die Große Koalition ebenso wie die offenbar mangels personaler Alternativen unveränderte technokratische Funktionselite der Partei es verhinderten, eine offensive Symbolik des Neuanfangs zu vermitteln. Wenn also dieser angedeutete Strategiewechsel bisher noch nicht einmal der eigenen Partei gegenüber vermittelbar

Foto: www.fotolia.de, © Peter Jobst



gewesen ist, weil die innerparteilichen Kämpfe weitgehend unsichtbar und über die Medien nur in verzerrter Form ausgetragen werden, ist auch nicht zu erwarten, diesen vermeintlichen Wechsel rechtzeitig und glaubwürdig in die nach wie vor gegenüber der SPD indifferenten Wählerschaften hinein vermitteln zu können. Für die sozialdemokratische Partei bleibt noch viel zu tun, wenn sie in Zukunft wieder Wahlen gewinnen will. Sie muss sich insbesondere der Frage stellen, wie sie mit den bisher zumeist heruntergespielten Mitgliederverlusten umgehen will, zumal die noch verbliebenen lokalen Kader und Mitglieder vor Ort in den letzten zehn Jahren weitgehend verprellt und verschlissen worden sind. Ohne diese Parteiaktivisten wird die SPD als Volkspartei keine Zukunft haben können, weil noch immer sie es sind, die als Kümmerer in der Lage sind, notwendige Anlehnungs- und Klientelbeziehungen zu pflegen, um trotz verstärkter sozialer Polarisierungen in der Gesellschaft noch so etwas wie innere Bindungen zwischen Partei und Teilen der Wählerschaft zu ermöglichen. Vor allem wissen sie, dass die Wählerschaften nicht ohne Strukturen und Traditionen sind und insbesondere auf von oben autoritär zugewiesene Label à la Herzog und anderen empfindlich ablehnend reagieren. Auch wenn die zunehmende Neoliberalisierung unseres Gemeinwesens diese für die Existenz von Volksparteien vorausgesetzte Form der politischen Bindung und Willensbildung erschwert, weil sie das soziale Kapital der Parteien tendenziell aufzuzehren droht und ohnehin als unmodern erscheinen lässt, muss sich die SPD fragen, welche Alternative es gibt. Weder das amerikanische Marktmodell der Demokratie noch die italienische Berlusconiisierung der Politik werden in Deutschland Akzeptanz finden können. Insofern ist gerade der SPD im Interesse der noch verbliebenen Parteimitglieder wie nicht zuletzt auch im Interesse der noch nicht ganz abgewandten Wählerschaften zu raten, innerparteiliche Konflikte mit offenem Visier auszutragen, um darüber wieder politische Orientierung und Bindung zu ermöglichen. ■

☞ Dr. Heiko Geilling, ist Professor am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Hannover.

Verlag WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

PROKLA 147 (Hrsg.)
Internationalisierung des Staates
 2007 - 176 S.
 € 12,00
 ISBN 978-3-89691-346-3



Theorie und Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft

Benno Teschke
Mythos 1648
 Klassen, Geopolitik und die Entstehung des europäischen Staatensystems
 2007 - 307 S. - € 39,90
 ISBN 978-3-89691-122-3



NEU
 Band 22

Heide Gerstenberger
Die subjektlose Gewalt
 Theorie und Entstehung der bürgerlichen Staatsgewalt
 2. Auflage 2006 - 665 S. - € 40,00
 ISBN 978-3-89691-116-2



Band 1



Hafenweg 26a
 D - 48155 Münster
 Tel.: 0251 39 00 48 0
 Fax: 0251 39 00 48 50
 info@dampfboot-verlag.de
 www.dampfbootverlag.de

Peter von Oertzen – eine vielschichtige Persönlichkeit der sozialistischen Linken

von Reinhold Rünker und Stefan Stache



» Der Nachruf auf Peter von Oertzen in spw 163 durch Gregor Kritisidis – der in den letzten Jahren dessen engster Mitarbeiter war – hat Widerspruch hervorgerufen. Dies zeugt von der vielschichtigen Bedeutung, die Peter für die Linke hat. Wir veröffentlichen nun eine Würdigung des Verlegers Klaus Wettig, der selbst viele Jahre ein politischer Weggefährte von Oertzen war. Er betont, dass Peter von Oertzen

sich nicht als „ein Einzelgänger in die SPD verirrt“ habe, sondern während seiner 59jährigen SPD-Mitgliedschaft zahlreiche bedeutsame Positionen bekleidet habe. In unserem Nachruf auf www.spw.de, den wir kurz nach seinem Tod veröffentlichten, hatten wir zudem auf die herausragende Bedeutung verwiesen, die Peter von Oertzen für die programmatische Arbeit der SPD-Linken und für spw als Herausgeber hatte.

Gregor Kritisidis rückte in seinem Nachruf den Peter von Oertzen in den Mittelpunkt, der jenseits der Sozialdemokratie Bedeutung entfaltet hat.

Die Linke in Deutschland tut gut daran, beide Facetten für eine künftige Strategie- und Programmentwicklung fruchtbar zu machen. Wir freuen uns darauf, dass die Loccumer Initiative unter Beteiligung des Forums DL21 und spw in absehbarer Zeit eine entsprechende Tagung durchführen wird.

↳ Reinhold Rünker, ist Geschäftsführer des Forums DL21.
↳ Stefan Stache, spw.



Foto: Stephan Hoppe

Anmerkungen zu einem Nachruf auf Peter von Oertzen

von Klaus Wettig



Gregor Kritisidis' Nachruf auf Peter von Oertzen, Marxistischer Selbstdenker, (spw 3/2008) regt an, ein PvO-Memory zu entwerfen, damit jeder, die/der ihn kannte, mit ihm zusammen gearbeitet, ihn gelesen oder von ihm gehört hat, sich aus Versatzstücken seinen Peter von Oertzen zusammensetzen kann. Zugegeben, er war vielfältig, für manche auch zwiespältig, aber der lonely rider in einer ihm umgebenden, fremden sozialdemokratischen Welt war er nicht:

Immerhin 59 Jahre Mitglied bis in sein 80. Lebensjahrzehnt, keine Karteileiche. Viele Funktionen: kleine, große, vom Studentenverband SDS bis zum Vorsitz in seinem langjährigen Ortsverein Göttingen. Nach neunjähriger Parteimitgliedschaft schließlich erfolgreicher Landtagskandidat. In der Landtagsfraktion wird er nicht geliebt, doch respektiert und zunehmend mit wichtigen Aufgaben betraut. Schon diese Laufbahn bis 1959 legt nicht das Urteil nahe, hier hat sich ein Einzelgänger in die SPD verirrt.

» Den Weg eines Einzelgängers betritt PvO ganz und gar nicht, als er ab 1966 seine Rückkehr in die Politik betreibt. Diesmal will er – beruflich abgesichert – in die erste Reihe der SPD vordringen. Dieses kann nur gelingen, wenn man gut vernetzt ist, eigene politische Interessen und Ambitionen mit denen der Mitstreiter verknüpfen kann. Peter von Oertzen ist dabei zielstrebig: schon ein Jahr nach seinem Wiedereinzug in den Landtag gehört er dem Fraktionsvorstand an, wird bald danach in den Vorstand des mächtigen SPD-Bezirks Hannover gewählt, zieht in den SPD-Parteirat ein. Er ist unumstrittener Sprecher einer Oppositionsgruppe in der SPD-Landtagsfraktion, die die SPD aus der Niedersachsen seit 1965 regierenden Großen Koalition lösen will. 1970 löst er Egon Franke als Bezirksvorsitzenden Hannover ab und bewirkt damit einen Linksruck, der die gesamte SPD beeinflusst. Er wird Kultusminister und setzt Bildungsreformen durch, die in Niedersachsen bis heute Bestand haben. Auch eine gedankenlose Korrektur unter Ministerpräsident Gabriel konnte sie nicht auslöschen. Mit Ludwig von Friedeburg und Johannes Rau bildet er ein Reformdreieck sozialdemokratischer Bildungspolitik. Eine Folge dieses großen Einflusses in der niedersächsischen SPD ist seine lange Mitgliedschaft im Parteivorstand der SPD (1973-1993). Er ist dort durchaus eine zentrale Figur, nicht immer mehrheitsfähig, aber stets respektiert! Leider schlägt er einmal die schon erfolgte Wahl ins Präsidium der SPD aus, wie auch die Aufforderung Willy Brandts zum stellvertretenden Parteivorsitzenden zu kandidieren. Einzelgänger, Außen-seiter haben andere Karrieren.

» Richtig ist, dass Peter von Oertzen aus seiner wissenschaftlichen Beschäftigung mit der Rätetheorie und den Rätebewegungen Vorschläge für aktuelle Mitbestimmungsforderungen entwickelte, diese in den von ihm herausgegebenen Sozialwissenschaftlichen Arbeitsheften und auf Gewerkschaftstagungen vortrug, dabei immer wieder auch weiterreichende Forderungen, z.B. bei wirtschaftlichen Mitbestimmung in öffentlich-rechtlichen Unternehmen (Sparkassen), eingrenzte. Zum Scheitern von Modellen der Arbeiterselbstver-

waltung (Jugoslawien) hat er sich öffentlich nicht geäußert, aber es hieße seine Analysefähigkeit unterschätzen, wenn er daraus nicht sehr pragmatische Schlüsse gezogen hätte.

Dass Peter von Oertzen kein „geistiger Fremdkörper“ in der SPD war, zeigt sein nachhaltiger Einfluss auf die Programmdiskussion der SPD: Er lieferte zentrale Beiträge zur Interpretation des Godesberger Programms, gegen das er einst gestimmt hatte. Der Kommission Orientierungsrahmen '85, deren Vorsitz er hatte, gelang eine programmatische Neuorientierung der SPD in den 1970er Jahren. Völlig unwichtig war seine Mitarbeit am Berliner Programm nicht. Es ist korrekt, Peter von Oertzens Mitarbeit an der Sozialistischen Politik zu erwähnen, doch bestimmend für die entscheidende Phase seiner politischen Arbeit zwischen 1966 und 2000 waren weder die Personen noch die politischen Inhalte der SoPo. Allein Peter von Oertzens Verhältnis zu Wolfgang Abendroth belegt diese Distanz. Er hielt nichts, aber auch gar nicht von dessen politischen Stellungnahmen und späteren Manövern (ADF-Gründung 1969).

» Die Politik der IV. Internationale verfolgte er mit Interesse, wie er stets den theoretischen und organisatorischen Verästelungen und Verirrungen sozialistischer Sekten nachspürte, das war ein Wissenschaftlerinteresse, denn irgendeine Relevanz für die Bundesrepublik oder Europa sah er nicht.

Ja, Peter von Oertzen war ein „selbstkritischer Querdenker“, meist „sperrig zum Geist der Zeit“, wie sein massiver Einsatz für das Verfassungsschutzgesetz 1975 belegte, mit dem er in schweren Konflikt zu seinen engsten politischen Freunden geriet. Der „marxistische Selbstdenker“ blieb stets offen für Neues und Marx war nicht der alleinige Ausgangspunkt seines Denkens, deshalb hingen in seinem Büro auch die Porträts von Immanuel Kant und Martin Buber. ■

☞ Klaus Wettig, war von 1966 bis 1976 Wahlkreismitarbeiter, persönlicher Referent und Büroleiter Peter von Oertzens. Dem Europäischen Parlament gehörte er von 1979 bis 1994 an. Seitdem arbeitet er als Kulturmanager und Verleger in Berlin.

Personen & Positionen

□ Detlev von Larcher aus SPD ausgeschlossen

Der spw-Herausgeber und ehemalige Bundestagsabgeordnete Detlev von Larcher ist aus der SPD ausgeschlossen worden. Dies entschied die Schiedskommission des SPD-Unterbezirks Diepholz, nachdem von Larcher im hessischen und niedersächsischen Landtagswahlkampf zur Wahl einer anderen Partei aufgerufen hatte. Detlev von Larcher will gegen diese Entscheidung keinen Widerspruch einlegen. In einer Erklärung teilte von Larcher mit: „Für meine politischen Ziele und Überzeugung werde ich nach meinem Ausschluss nun außerhalb der Partei eintreten müssen, in der ich 39 Jahre lang zu den aktivsten Mitgliedern gehörte.“

Detlev von Larcher wird sich auch nach seinem Ausschluss als Herausgeber in die spw und deren Diskussionen einbringen. Sein Verhalten wird von der spw-Redaktion – ebenso wie jenes von Wolfgang Clement – nicht toleriert.

fahrlässigen Bewertungen und Risikoanalysen. Die Vergütung der Vorstände mit Aktienoptionen soll entweder abgeschafft oder am langfristigen Unternehmenserfolg ausgerichtet werden. Für internationale Krisen soll die Idee eines europäischen Stabilitäts- und Sicherungsfonds weiterentwickelt werden, in den alle privaten Finanzinstitutionen einzahlen müssen. Ferner fordert das Papier gesetzlich verankerte Informations- und Beratungsrechte des Betriebsrates, im Fall der Übernahme von mehr als 30 Prozent der Unternehmensanteile durch neue EigentümerInnen und eine gesetzliche Begrenzung des „leveraged buy out“ (überwiegend fremdfinanzierte Übernahmen) durch eine Mindesteigenkapitalquote von 30 Prozent für die ersten fünf bis sieben Jahre der Unternehmensübernahme. Steueroasen sollen durch nationale wie internationale Initiativen zur Kooperation im Kampf gegen die Steuerhinterziehung gezwungen und in einen Regulierungsrahmen eingebunden werden. ► **Download:** www.parlamentarische-linke.de und www.forum-dl21.de

□ Rien ne va plus im Spielkasino des Finanzkapitalismus? – Welche Lehren aus der Finanzkrise zu ziehen sind.

Gemeinsames Positionspapier des Forums DL-21 und der Parlamentarischen Linken

Vor dem Hintergrund der Krise an den Finanzmärkten haben das Forum DL-21 und die Parlamentarische Linke der SPD-Bundestagsfraktion am 5. Mai 2008 ein Positionspapier veröffentlicht. Darin fordern sie Maßnahmen zum Abbau unternehmerischer Fehlanreize, eine verbesserte Absicherung von Kreditrisiken, die Eingrenzung von Hedge- und Private-Equity-Fonds, die Austrocknung von Steueroasen sowie die Stärkung des Kerngeschäfts der öffentlichen Banken und die Stärkung der Bankenaufsicht. Konkret geht es z.B. um Haftungsregeln für Unternehmensvorstände, Aufsichtsräte und Rating-Agenturen bei Fehlentscheidungen bzw.

□ SPD-Denkfabrik: Für eine selbstbewusste Strategie linker Politik

Der Vorstand der Denkfabrik der SPD-Bundestagsfraktion hat angesichts der „Begrenztheit des eigenen Handelns in einer großen Koalition“ eine Stärkung des sozialdemokratischen Profils gefordert. In einem Strategiepapier sprechen sich die AutorInnen für einen Dialog mit möglichen parlamentarischen und außerparlamentarischen BündnispartnerInnen aus. „Entscheidend für Zusammenarbeit und Koalitionen sind inhaltliche Übereinstimmungen“, so die Verfasser. Die Denkfabrik werde sich daher mit VertreterInnen von Bewegungen und Parteien treffen, mit denen sie „Schnittmengen“ auf der Grundlage des Hamburger Programms sehe. Dazu gehöre auch die Partei Die Linke. Man wolle verhindern, „dass politische Konstellationen zum ersten Mal im Rahmen von Koalitionsverhandlungen diskutiert werden“.

□ Konzept der Gewerkschaften zur Zukunftssicherung der Renten ist ein großer Schritt in die richtige Richtung!

Ulrike Hiller, Sprecherin der DL 21 Bremen und Mitglied im DL21-Bundesvorstand, begrüßt das Eckpunkte-Papier des DGB zur Zukunftssicherung der Renten: „Das Konzept der Gewerkschaften zur Zukunftssicherung der Renten ist ein großer Schritt in die richtige Richtung!“ Der DGB hat Mitte Mai ein Eckpunktepapier zur Zukunftssicherung der Renten vorgelegt. Neben einer effektiven Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit und Armuts-löhnen verlangt der DGB folgende Reformen im System der Rentenversicherung:

1. Erhöhung des Rentenniveaus, das nicht so stark wie bereits beschlossen absinken darf. Dafür muss der Nachhaltigkeitsfaktor abgeschafft und die Aussetzung des Riesterfaktors verlängert werden. Dadurch würde der Beitragssatz um 1,2 Prozentpunkte, das Rentenniveau um drei Prozentpunkte steigen.
2. Selbständige, Beamte und PolitikerInnen sollten mit entsprechenden Übergangsregelungen in die Rentenversicherung einbezogen werden.
3. Die Erwerbsminderungsrenten müssen ausgebaut werden. So müssen die Rentenabschläge von 10,8 Prozent entfallen und der Zugang zu Erwerbsminderungsrenten erleichtert werden. Das würde anfangs rund 1,2 Milliarden Euro, langfristig 4,6 Milliarden kosten.
4. Die Rentenzahlungen für Langzeitarbeitslose müssen deutlich aufgestockt werden. Das würde Steuermittel von ca. zehn Milliarden Euro erfordern, gleichzeitig aber eine Beitragsentlastung von einem Prozentpunkt bringen. Im Gegenzug würden die Rentenausgaben langsam von 0,1 auf 2,7 Milliarden Euro im Jahr 2025 steigen.
5. Die Rente nach Mindesteinkommen soll kleine Renten nach mindestens 25 Versicherungsjahren über die Grundsicherung anheben. Die aus Steuern zu finanzierenden Kosten betragen anfangs jährlich 0,3 Milliarden und steigen bis 2025 auf maximal 6,5 Milliarden Euro.

6. Um flexiblere Übergänge in die Rente zu ermöglichen, lehnt der DGB nach wie vor die Rente mit 67 ab und verlangt die Fortsetzung der Altersteilzeit einschließlich der Förderung durch die Bundesagentur für Arbeit. Außerdem muss die Teilrente attraktiver gestaltet werden.

7. Angestrebt wird eine Stärkung der betrieblichen Altersvorsorge, die möglichst flächendeckend verbreitet werden sollte.

Diese Forderungen der Gewerkschaften sind ein großer Schritt in die richtige Richtung und verdienen die grundsätzliche Unterstützung der sozialdemokratischen Linken – was Kritik in Einzelfragen natürlich nicht ausschließt.

□ Michael Rüter wird SPD-Landesgeschäftsführer in Niedersachsen

Der Landesvorstand der SPD-Niedersachsen hat Michael Rüter am 18. April 2008 zum neuen SPD-Landesgeschäftsführer berufen. Er tritt damit die Nachfolge von Dr. Frank Wilhelmy an, der als Politikberater nach Berlin gewechselt war. Rüter übernimmt die Landesgeschäftsführung nach dem Landesparteitag. Der Ordentliche Landesparteitag der niedersächsischen SPD findet am 21. Juni 2008 in Hannover statt.

Der 44-jährige Sozialwissenschaftler ist seit 1998 beim Parteivorstand der SPD in Berlin tätig. Dort ist er seit 2002 Abteilungsleiter, zuletzt in der Abteilung „Parteilieben und Organisation“. Zurzeit liegt die Vorbereitung und Umsetzung des Zukunftskonvents am 31. Mai 2008 in Nürnberg in seiner Verantwortung. Vor seiner Tätigkeit beim Parteivorstand war Rüter von 1997 bis 1998 Bundesgeschäftsführer der Jusos. Er ist Mitglied der IG BCE. Michael Rüter ist verheiratet und Vater von zwei Kindern.